

# WIR IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND UNSERE PARTEI.



**PROTOKOLL.**

**8. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG,  
OBERHAUSEN, 28. SEPTEMBER 1985**



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Eröffnung und Begrüßung Antje Huber	3
2. Grußworte	5
3. Konstituierung des 7. ordentlichen Landesparteitages	9
4. Beschlußfassung über a) Tagesordnung b) Geschäftsordnung	10
5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau	11
6. Bericht des Landesgeschäftsführers	21
7. Bericht der Gleichstellungskommission	23
8. Bericht der Landeskontrollkommission	26
9. Aussprache	28
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission	29
11. Behandlung der Anträge	30
12. Wahlen a) des Landesvorsitzenden b) der stellvertretenden Vorsitzenden c) der Beisitzer d) der Landeskontrollkommission e) eines Mitgliedes des Parteirates	58
13. Schlußwort Johannes Rau	59

# „Kleiner Taubenschlag“ eröffnete den Landesparteitag in Oberhausen

---



Die Kinder des „Kleinen Taubenschlags“ eröffneten den 8. ordentlichen Landesparteitag in der Oberhausener Stadthalle. Alle waren begeistert, und Johannes Rau gefielen die Lieder und Tänze des „Taubenschlags“ so gut, daß er zur Freude der Kinder auf die Bühne kam, um sich bei allen herzlich zu bedanken. Der „Kleine Taubenschlag“ ist eine Kindermusikgruppe aus Dortmund, in der deutsche und ausländische Kinder gemeinsam singen und tanzen. Die Grundschullehrerin Lisa Wittmann gründete die Kindergruppe vor fünf Jahren. Das Ziel: „Ausländische und deutsche Kinder sollen sich besser kennenlernen.“

# 1. Eröffnung und Begrüßung

## Begrüßung der stellvertretenden Landesvorsitzenden Vorsitzenden Antje Huber



Liebe Genossen, liebe Gäste!

Als wir uns zum letzten ordentlichen Parteitag in Aachen versammelt hatten, bereiteten wir uns auf die Landtagswahl 1985 vor. Obwohl wir damals nicht pessimistisch waren, hatte doch niemand geglaubt, daß wir im Mai 1985 hier unseren größten Wahlsieg seit Bestehen des Landes NRW begehen könnten und der CDU, die 1 1/2 Millionen Wähler verlor, die schwerste Niederlage beibringen würden. Wir hofften, mit gutem Ergebnis wieder den Ministerpräsidenten zu stellen. Jetzt im September 1985 können wir wohlbegründet hoffen, daß er nun auch unser nächster Bundeskanzler wird. Nach dem, was Kohl und seine Regierung alles angerichtet haben, ist Johannes Rau für uns der einzig erkennbare wirkliche Hoffnungsträger im Lande, und auch wenn der Wahlsieg unser aller Erfolg war, so können wir ihm und sollten wir ihm auf diesem Parteitag doch noch einmal für seine ganz besondere Leistung danken und Glück wünschen in dem kommenden Wahlkampf, auch wenn er offiziell noch nicht zum Kandidaten gekürt ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden zu einem guten Start – so hoffe ich – auch heute beitragen, nämlich dann, wenn wir die gute Stimmung, die wir seit dem 12. Mai des Jahres verzeichnen, über diesen Parteitag hinaus in die kommenden Monate und in den sicher nicht

leichten Wahlkampf tragen. Der sozialdemokratische Sieg in Nordrhein-Westfalen war auch Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit der Bürger mit der Bonner Politik. Noch nie hat es in unserer Republik einen so raschen Wandel, einen so raschen politischen Meinungswandel gegeben wie zwischen März 1983 und Mai 1985. Entlarvt ist das Gerede von der größeren Kompetenz und der moralischen Kraft der CDU. Daß das Wort „Wende“ heute für viele nur noch den Beigeschmack eines üblen Propagandatricks hat, liegt sicherlich nicht nur an den Arbeitslosenzahlen, sondern hauptsächlich daran, daß die Menschen in unserem Land immer noch die Fähigkeit besitzen, die Moral eines Spieles zu durchschauen, das den Armen Einkommen und Rechte genommen hat, während andere von den Opfern profitieren, die sie selber gar nicht erbracht haben.

Das neue Vertrauen, das uns in den letzten 1 1/2 Jahren entgegengebracht wurde, ist aber nur ein Vorschub auf Zeit. Wir können es als ein Zeichen wachsender Demokratie ansehen, daß die Wähler kritischer sind, zu größeren Teilen als früher auch ungebundener und daß sie mit ihrem Stimmrecht gezielter umgehen. Für uns, die wir nun unter einem hohen Erwartungsdruck stehen, ist das auch eine größere Herausforderung. Nicht nur die anderen Ministerpräsidenten, auch die Bürger in den anderen Ländern unseres Staates schauen stärker als je jetzt nach Nordrhein-Westfalen. Sie möchten ihre Ängste abbauen, vor Arbeitslosigkeit, sozialen Unsicherheiten, Überrüstung, vor Abbau von Rechten und schlechter Staatsführung. Sie wollen von uns kein Versprechen, daß wir die Arbeitslosigkeit schon morgen restlos beseitigen können, aber sie werden kritisch prüfen, wie wir z. B. mit diesem Thema umgehen. Nur wenn sie glauben, daß uns das wirklich schmerzt und wir keine statistischen Tricks versuchen, werden sie uns ihre Unterstützung geben.

Nordrhein-Westfalen hat es da gar nicht leicht, denn das Land trägt für die ganze Republik eine Reihe von Bürden, für die andere nichts bezahlen. Trotzdem gehört es zu unserer Glaubwürdigkeit, daß die Modernisierung unserer alten Industrieregion ebenso wie die Entwicklung der anderen Gebiete vorankommt und unsere jungen Menschen Ausbildung und Arbeit finden. Es gehört auch zur Glaubwürdigkeit, daß Umweltschutz Priorität hat vor Straßenbau und daß Bildungsimpulse den jungen Menschen die Lebens- und Arbeitswelt der Zukunft besser erschließen. Aber all das im Rahmen jener Sorgfalt, liebe Genossen, die nötig ist, damit wir hier in diesem Land keine neue Staatsschuldendiskussion erleben. Wir erinnern uns noch sehr genau, was das für ein ernstes Thema war. Auch dürfen wir unsere unbestrittene soziale Zuverlässigkeit nicht mit Versprechungen belasten, die wir nicht halten können. Wir müssen im Gegenteil zeigen: das ehrliche, sozialverantwortliche Konzept ist bei der SPD, während die CDU nach 3 Jahren sozialer Grausamkeiten nun mit einigen für die Frauen durchaus hinterlistigen Wahlgewinnen das alles vergessen machen möchte.

Genossen, wir haben am 12. Mai einen großartigen Wahlsieg errungen. Diesen Sieg verdanken wir in starkem Maße auch den Frauen, den Wählerinnen, besonders vielen Jüngeren, die sich von der CDU abgekehrt haben. Ja,

ich hoffe, Ihr werdet gleich auch noch klatschen, wenn ich den nächsten Satz sage, nämlich: ich nehme nicht an, daß die Frauen von NRW sich dem Wahlkampf bei uns verweigern werden, aber ich bin fest überzeugt, daß sie nicht nur für Männer Wahlkampf machen möchten. In allen Wahlanalysen wird hervorgehoben, daß es bei den Frauen die größten Veränderungen gibt, und deshalb muß auch in Regierung und Parlament ein Zeichen gesetzt werden, und zwar bald, sonst geht die große Aufbruchstimmung unter den Frauen an der SPD vorbei. Eine der heutigen Botschaften von diesem Parteitag muß sein, daß die Frauen in NRW nicht nur gleiche Rechte, sondern auch mehr tatsächliche Chancen bekommen.

Also, liebe Genossen, seien wir in der Friedenspolitik vorn, in der Sozialpolitik zuverlässig, in der Arbeitsmarktpolitik solidarisch, in der Umweltpolitik sensibel und in der Frauenpolitik endlich ehrlich, dann werden unsere Wähler wissen, daß wir nicht nur die richtigen Ideen für die Zukunft, sondern auch ein Herz für unsere Bürger haben, und zwar unsere Bürger und Bürgerinnen.

Der Parteitag ist eröffnet.

Als Gäste begrüße ich ganz besonders den Oberbürgermeister dieser Stadt Oberhausen, Friedhelm van den Mond.

Ich begrüße die Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger und Heinz Westphal.

Ich begrüße unseren ehemaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn.

Ich begrüße den Landtagspräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Denzer.

Und ich begrüße den Vorsitzenden unseres Parteirates, Karl Liedke sowie die Vorsitzenden des gastgebenden Bezirks und des gastgebenden Unterbezirks, Heinz Schleußer und Dieter Schanz.

Für den DGB begrüße ich den Landesvorsitzenden Dieter Mahlberg. Auch ist zu uns gekommen das Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, Ilse Brusic, und der ehemalige Vorsitzende des DGB Heinz Oskar Vetter.

Ganz besonders begrüße ich den neuen Vorsitzenden der IGBE, Heinz Werner Maier, dem wir zu seiner Wahl gratulieren, die gerade hier stattgefunden hat.

Aber es ist uns auch ein Bedürfnis, seinen Vorgänger zu begrüßen: Adolf Schmidt.

Für die DAG begrüße ich für den Landesvorstand Jürgen Gromeck.

Ich begrüße ferner alle Vertreter der uns befreundeten Organisationen, von der AWO, den Falken und dem Arbeiter-Samariterbund. Unter uns ist auch als Gast der Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände, Dr. Hans Helmut Krause.



Dann habe ich an internationalen Gästen zu begrüßen: David Libai aus Israel, er ist Mitglied des Landesvorstandes in Tel Aviv und natürlich auch der israelischen Arbeiterpartei, er wird nachher zu uns sprechen.

Aus Israel ist auch gekommen Avi Lipinski, Mitarbeiter der internationalen Abteilung der Arbeiterpartei.

Aus Spanien haben wir zu begrüßen den Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten der POSE Andalusien, José Rodrigues de la Vorvolla und seine Begleitung. Auch der Landesvorsitzende der POSE Balearen ist gekommen, Josef Markes.

Ferner begrüße ich die Gäste der diplomatischen Vertretungen in NRW, alle Bundestagsabgeordneten, Europaabgeordneten, Landtagsabgeordneten und herzlich auch die ehemaligen Mitglieder unseres Landeskabinetts.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte, Euch zu erheben, wir kommen jetzt zur Totenehrung.

Viele unserer Freunde und Mitglieder haben uns im letzten Jahr verlassen. Ich nenne hier stellvertretend für alle aus allen Regionen einige Namen:

Fritz Klaus, ehemaliger Oberbürgermeister in Bochum; Josef Hahnwinkel, Mitglied des Kreistages Steinfurt und Fraktionsvorsitzender in Drewen; Werner Hut, Bürgermeister in Lotte und Mitglied des Kreistages Steinfurt; Günter Jaschke, ehemals Bürgermeister in Soest und früherer Bundestagsabgeordneter; Sally Keßler, stellvertretender Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten; Dr. Rolf Klima, Unterbezirksvorsitzender in Bielefeld und Mitglied des Bezirksvorstandes in Ostwestfalen-Lippe; Gustav Korten, Bürgermeister in Dortmund; Arnold Mazelta, Oberbürgermeister in Duisburg von 1969 bis 1974; Wilhelm Matull, bis 1933 Redakteur der Königsberger Volkszeitung und Herausgeber des Landboten, Direktor der Landeszentrale in Düsseldorf, 1958 bis 1968 Vorsitzender des Ost- und Mitteleuropäischen Arbeitskreises; Karl Ommer, Ortsvereinskassierer im Unterbezirk Köln; Helmut Pardon, ehemaliger Landtagsabgeordneter; Ewald Sprawe, Altbürgermeister in Dortmund, auch er politisch Verfolgter; Kurt Destrote, Mitglied des AGS-Landesvorstandes; Günter Witzmann, Gewerkschaftssekretär in Leverkusen; Karl Hohlmeier, Mitarbeiter der AVS.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

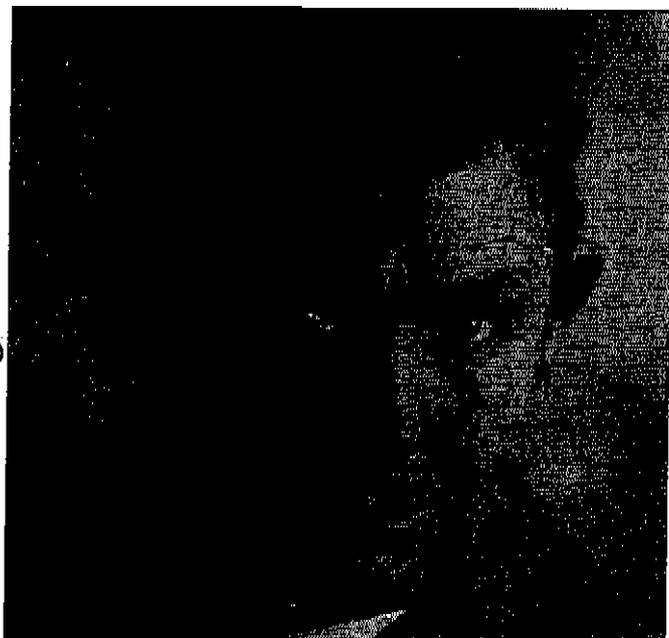
Liebe Genossinnen und Genossen, ich erteile jetzt vier Gastrednern zu einem kurzen Grußwort das Wort. Ich bitte sie, der Reihe nach ohne weiteren Aufruf dann herzukommen, danach wird Christoph Zöpel in die amtlichen Handlungen eintreten.

Das Wort hat der Reihe nach zuerst der Oberbürgermeister Friedhelm van den Mond, dann vom DGB Dieter Mahlberg, danach unser israelischer Gast David Libai und dann Heinz Schleußer als Bezirksvorsitzender.

Ich danke.

# 2. Grußworte

## Grußwort des Oberhausener Oberbürgermeisters Friedhelm van den Mond



Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich darf Euch recht herzlich im Namen von Rat und Verwaltung hier in unserer Luise-Albertz-Halle begrüßen, und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht: Zum einen als Oberbürgermeister, der sich freut, daß unser 8. ordentlicher Landesparteitag hier stattfindet, aber auch als Genosse, dem es wie vielen Oberhausenern sicher gut tut, auch auf diese Weise ein wenig Anerkennung zu spüren für unser Bemühen, sozialdemokratische Mehrheiten noch auszubauen. Und ich begrüße Euch schließlich auch als Mitglied des Unterbezirksvorstandes, auch im Namen unseres Unterbezirkvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten, Dieter Schanz. Dieter Schanz und ich sind davon ausgegangen, daß es Eure Zustimmung findet, wenn ich hier auch für ihn und für den Unterbezirk spreche und Euch damit ein Grußwort und ein wenig Zeit erspare.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Wunsch nach einem Grußwort, um das ich gebeten wurde, löste bei mir etwas zwiespältige Gefühle aus. Sicherlich gilt es, Genossinnen und Genossen und Gäste hier herzlich willkommen zu heißen, etwas Freundliches und Positives zu sagen. Ein kritisches Wort ist dabei meist nicht so gefragt. Nur, ich halte auch bei Grußworten nichts von Schönfärberei. Ihr wißt, hier sagt man offen seine Meinung. Und, liebe Genossinnen und Genossen, die Durchsicht der vorliegenden Anträge hat mich als Kommunalpolitiker schon ein wenig betroffen gemacht, als ich festgestellt habe, daß es nur ganze zwei Anträge gab, die sich mit Kommunalpolitik befaßt haben.

Inzwischen soll ein Initiativantrag vorliegen, das ist dann schon ein dritter. Ich habe mich gefragt, sollen denn die in den Kommunen politisch Tätigen daraus den Schluß ziehen, daß Sozialdemokraten vergessen, wo eigentlich die

stärksten Wurzeln sozialdemokratischen Handelns sind, oder gibt es etwa in den Kommunen keine Probleme? Ich finde schon, daß es solche Probleme gibt, und ich glaube, wir als Partei sind gut beraten, wenn wir uns dieser Probleme annehmen, nicht nur in der täglichen Arbeit, auch auf einem Landesparteitag. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, in der Kommunalpolitik findet wohl am ehesten ein Gespräch und der unmittelbare Kontakt mit dem Bürger statt und hier spürt der Bürger unmittelbar, wie gut es um seine Stadt, seine Gemeinde bestellt ist. Und die Erfahrung hat ja wohl gezeigt, daß der Dialog mit dem Bürger und die Umsetzung in eine dann erfolgreiche Kommunalpolitik – ich will es einmal so nennen – günstige Wahlergebnisse für uns Sozialdemokraten bringt. Denn die zentrale Frage, Genossinnen und Genossen, vor der viele Gemeinden im Land, ganz besonders aber die Gemeinden hier im Revier stehen, ist die Frage: Wann findet eine gerechtere kommunale Finanzausstattung statt? Eine Forderung nicht nur an das Land, auch und in erster Linie an den Bund.

### Gemeindefinanzen: Beispiel Oberhausen

Ich möchte die wirklich dringende Notwendigkeit einer Verbesserung am Beispiel unserer Stadt einmal mit wenigen Zahlen deutlich machen:

Der Fehlbedarf unseres 85er Haushalts lag bei der Verabschiedung bei 46,5 Mio. Mark, liegt zum Jahresende wahrscheinlich bei 51,4 Mio. Mark, im wesentlichen bedingt durch die explosionsartig angestiegenen Sozialhilfeleistungen bei gleichzeitigen Einnahmeausfällen. Ich nenne hier nur Aufstockung II. Und für 1986 sieht es noch prekärer aus. Wir rechnen mit einem Fehlbedarf von 70 Millionen Mark.

Liebe Genossinnen und Genossen, neben diesen finanziellen Sorgen kommt die Strukturchwäche dazu. Die Strukturchwäche der Stadt, Ihr habt sicher davon gehört, wird sich noch verstärken durch Anpassungsmaßnahmen der Thyssen-Stahl AG. Und auch der Beschluß des Aufsichtsrates, den GHH-Konzern nach Süddeutschland zu verlegen, hat diese Stadt schlimm getroffen.

### Aufmerksamkeit für kommunale Probleme

Genossinnen und Genossen, ich glaube deswegen, wir müssen unsere Aufmerksamkeit besonders kommunalen Problemen zuwenden, auch kommunaler Finanzausstattung. Denn wenn sozialdemokratische Kommunalpolitiker in ihren Kommunen handlungsunfähig werden, wenn sie den Bürgern und ihren Wählern keine Antworten mehr auf ihre Fragen geben können, dann sehe ich unsere erfolgreiche Politik durchaus gefährdet.

Genossinnen und Genossen, ich will hier kein Klagegedicht eines Oberbürgermeisters anstimmen, betrachte meine Ausführungen so, wie sie gemeint sind: als Denkanstoß für unsere gemeinsame politische Linie, damit wir nach dem Bundestagswahlkampf gemeinsam sagen können, Johannes Rau ist der neue Bundeskanzler.

In diesem Sinne wünsche ich dem Landesparteitag gute Beratungen und einen guten Erfolg.

Glück auf!

# Grußwort des Bezirksvorsitzenden Heinz Schleußer



Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Wir Niederrheiner freuen uns natürlich, daß der erste Landesparteitag nach unserem eindrucksvollen Erfolg am 12. Mai in unserem Bezirk ist, und ich will nur kurz auf drei Punkte eingehen, die mir heute zu Beginn unseres Landesparteitages wichtig erscheinen.

1. Das Ruhrgebiet stellt sich selbstbewußt als ein starkes Stück Deutschland dar und – wie ich weiß – ist das auch so. Landesregierung und Landtagsfraktion haben in der Vergangenheit vielfältig bewiesen, daß sie ihren Beitrag zur Stärkung des Reviers leisten, und auch bewiesen, daß sie es in Zukunft leisten wollen. Und ich finde, wir sollten heute deutlich machen, daß die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten auch in Zukunft solidarisch den Menschen hier zur Seite stehen, um ihnen bei der Bewältigung der schwierigen Strukturprobleme zu helfen. Ich bin sicher, das industrielle Herz unseres Landes steht nicht vor dem Infarkt, sondern wird trotz aller Probleme auch künftig kräftig schlagen.

2. Sozialdemokraten haben in Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft durch ihr überzeugendes Angebot zur Lösung der anstehenden Probleme die absolute Mehrheit der Wählerstimmen am 12. Mai erreicht. Sicherlich hat uns dabei geholfen, daß die Rechtskoalition eine unsoziale Verteilungspolitik von unten nach oben praktiziert, hat uns die Rechtskoalition dabei geholfen durch eine beispiellose Pannen- und Skandalfolge, und ganz sicher hat uns dabei geholfen, daß selbst die eigene Partei über den amtierenden Kanzler lacht, wie uns intelligenterweise der Herr Worms bestätigt. Liebe Genossinnen und Genossen, alles das hat uns geholfen. Entscheidend war jedoch, daß wir Sozialdemokraten mit dem Konzept der

ökologischen und ökonomischen Erneuerung Nordrhein-Westfalens den richtigen Weg beschrieben haben, Arbeit und Umwelt auch in der praktischen Politik zu versöhnen. Und daß wir mit Johannes Rau einen Spitzenkandidaten hatten, an dem sich zunächst der Herr Biedenkopf und dann der Herr Worms die Zähne ausgebissen haben und ich finde, es werden in Zukunft auch noch andere sein. Und ich finde aber auch, entscheidend für unseren Erfolg war, daß Partei und Bürger von einem Wir-Gefühl ergriffen wurden mit der Zuversicht, gemeinsam die vor uns liegenden Probleme zu lösen.

Liebe Genossinnen und Genossen

3. und abschließend. Wir werden heute nicht der Versuchung erliegen, unseren Parteitag zu einer Auftaktveranstaltung zum Bundestagswahlkampf mißraten zu lassen, aber gut wäre sicher, wenn der Ablauf dieses Parteitages dazu beitragen würde, die satten 52 % des 12. Mai bald in Nordrhein-Westfalen zu wiederholen. Dazu wünsche ich uns allen Erfolg und Glück auf!

# Grüßwort des Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Dieter Mahlberg



Liebe Genossinnen, liebe Genossen!  
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich bringe Euch die Grüße der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften von Nordrhein-Westfalen und ich bin ausdrücklich beauftragt, auch die Grüße der DAG zu überbringen.

Genossinnen, Genossen, heute vor einer Woche hat Bernhard Worms die Politiker der Union aufgefordert, sich über den Kanzler dieser Republik nicht länger lustig zu machen. Treffender ist das völlige Scheitern eines Regierungschefs seltener beschrieben worden.

Gescheitert, Genossinnen und Genossen, ist aber nicht nur dieser Kanzler, dahinter verbirgt sich der Zusammenbruch einer Politik. Der Zustand dieser Bundesregierung ist desolat. So verkündete am vergangenen Samstag Kanzleramtsminister Schäuble zur Außenpolitik, das Kabinett sei völlig einig und die Entscheidungen für Südafrika von Beginn an völlig klar gewesen.

Wie einig, Genossinnen und Genossen, das wurde am gleichen Tag deutlich. Der Außenminister beschwor das Ende des Koalitionsstreits um Südafrika. Der außenpolitische Sprecher der Union hingegen stufte die Genscher-Linie als in jeder Hinsicht töricht ein, und Exinnenminister Baum sah sogar den Koalitionsfrieden ernsthaft gefährdet. Wie man sieht, Genossinnen und Genossen, Einigkeit aller Orten. Und ich meine, da nimmt es kein Wunder, daß Helmut Kohl mit stolzgeschwellter Brust erklärt, diese Bundesregierung sei ein Erfolg für unser Land.

Dazu liebe Genossinnen und Genossen, paßt ein Blick in die Leistungsbilanz dieser Koalition. Vor einigen Jahren noch gehörte Heiner Geißler zu den Mitentdeckern der neuen Armut, heute beweisen 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger in einem der reichsten Länder dieser Erde, daß neue Armut in seiner Mitverantwortung zum gesellschaftspolitischen Skandal Nr. 1 geworden ist.

Einschließlich der nicht registrierten Arbeitslosen, Genossinnen, Genossen, sind in der Bundesrepublik derzeit mehr als 3,5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Der Frontalangriff auf das Betriebsverfassungsgesetz ist eingeleitet, die Einschränkung des Streikrechtes über die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes steht bevor und das Personalvertretungsgesetz in Hessen soll über eine Normenkontrollklage zu Fall gebracht werden.

Genossinnen, Genossen, Zucker im Kaffee dieser Anti-Reform ist schließlich des Kanzlers größte Steuerreform aller Zeiten. Sie wird Spitzenverdiener, wenn sie so wie beschlossen kommt, 50 mal höher entlasten als Normalverdiener. Offensichtlich, Genossinnen, Genossen, lautet das Motto dieser Regierung, Jedem das Seine und den Reichen das Meiste.

Ich sage, wir brauchen eine neue, wir brauchen eine bessere Politik. Wir brauchen eine Politik für die Arbeitslosen, für die sozial Benachteiligten. Wir brauchen eine Politik im Interesse unserer Arbeitnehmer. Und deshalb, Genossinnen und Genossen, führt der deutsche Gewerkschaftsbund in der Zeit vom 14. bis 20. Oktober seine bundesweite Aktionswoche durch. Höhepunkt hier in Nordrhein-Westfalen wird der zentrale Aktionstag am 19. Oktober in Dortmund sein.

Ihr wißt, die AfA hat zur Unterstützung aufgerufen. Sie wird mit eigenen Aktionen in Dortmund präsent sein. Aber, Genossinnen und Genossen, die Arbeitnehmernahe der Sozialdemokraten darf sich nicht auf die AfA beschränken. Ich meine, die gesamte Sozialdemokratie ist gefordert. Viele nichtgewerkschaftliche Organisationen, von der Arbeiterwohlfahrt über zahlreiche Arbeitsloseninitiativen, von den Sportlern bis hin zum VDK, werden am 19. Oktober gemeinsam mit den Gewerkschaften in Dortmund demonstrieren. Ich meine, den Regierenden muß klar werden, daß ihre Politik bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Unterstützung mehr findet. Und deshalb, Genossinnen und Genossen, müssen wir gemeinsam beweisen, daß wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, daß uns der Wille zum gemeinsamen Widerstand vereint. Und dabei darf die gesamte Sozialdemokratie nicht fehlen.

Genossinnen und Genossen, deshalb appelliere ich an Euch, informiert und mobilisiert in den Ortsvereinen, in der Nachbarschaft, in den Familien. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß der Protest des Wortes endlich zum Protest der Tat wird. Genossinnen und Genossen, wir kommen aus derselben Bewegung. Wir haben die gleichen Ziele. Wir kämpfen gegen die Massenarbeitslosigkeit, für Vollbeschäftigung und für soziale Gerechtigkeit.

140 Jahre Arbeiterbewegung haben uns gelehrt: wer kämpft, Genossinnen und Genossen, kann verlieren; wer nicht kämpft, der hat bereits verloren. In diesem Sinne bitte ich Euch nicht nur um Eure Solidarität. In diesem Sinne sage ich Euch ein herzliches Glück auf.

# Grußwort des Generalsekretärs der Israelischen Arbeiterpartei Shimon Peres

Liebe Freunde!

Es bereitet mir eine große Freude, mich meinem guten Freund und Kollegen Prof. David Libai bei den herzlichen Grußworten an Ihren Parteitag anzuschließen. Es ist tatsächlich eine einmalige Gelegenheit, sowohl Würdigung als auch Hoffnung auszudrücken.

Die Arbeitspartei Israels ist dankbar für die feste Freundschaft und die standhafte Unterstützung der SPD im Laufe der Jahre. Die freundschaftliche Hilfe während der schweren Zeiten unserer Partei in der Opposition diente uns, als wir Wege suchten, Herz und Geist der israelischen Öffentlichkeit wiederzugewinnen.

Ihre großen Führungspersönlichkeiten, meine lieben Freunde, tragen die hervorragende Tradition der Verbindungen weiter, die sowohl persönlich als auch institutionell zwischen der SPD und der Arbeiterpartei bestehen. Heute, wenn wir uns Israels zwei dringendsten Herausforderungen stellen, der Suche nach Frieden und dem Kampf gegen Terrorismus, bestärkt uns das Wissen um Ihre standhafte Haltung in unserer Hoffnung, diese Herausforderungen zu meistern.

Was die erste betrifft, so erinnern wir uns alle an die vielen Friedensmissionen zwischen Israel und seinen Nachbarn, die Ihre Führung als Botschafter des guten Willens unternommen hat. Ich vertraue darauf, daß sie uns heute eben so behilflich sein werden, da wir eine neue Phase in der Suche nach verbesserten Beziehungen zu Ägypten und nach einem Durchbruch in Richtung Frieden mit Jordanien und den Palästinensern einleiten. Bezüglich des Letzteren bleibt unsere Losung wie immer zuvor, denen eine Hoffnung zu bieten, die den Dialog suchen, und die, die Gewalt predigen und anwenden, zu bekämpfen. Die allerletzte Erinnerung an das brutale Wesen des sinnlosen PLO-Terrorismus kann nur dazu dienen, unsere Entschlossenheit zu verstärken, die Verbrecher überall zu verfolgen, wo immer sie sein mögen.

Sozialismus ist eine ständige Fahrt in Richtung Frieden. Durch Bestärken derer, die die zum Frieden ausgestreckte Hand aus Jerusalem annehmen wollen, durch Erziehung derer, die unsere Überzeugung anzweifeln, und durch Warnung an die, die unsere Entschlossenheit in Frage stellen, können Sozialisten überall zum Frieden im Nahen Osten beitragen.

Mit freundlichen Grüßen  
Shimon Peres

# 3. Konstituierung des 8. ordentlichen Landesparteitages

Unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Zöpel konstituierte sich der 8. ordentliche Landesparteitag wie folgt:

Es wurden vorgeschlagen und gewählt oder bestätigt für:

## a) Wahl des Präsidiums

Dammeyer, Manfred	Bezirk Niederrhein
Friebe, Ingeborg	Bezirk Niederrhein
Heinemann, Hermann	Bezirk Westliches Westfalen
Mahne, Erhard	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
von Renesse, Margot	Bezirk Westliches Westfalen
Schlatter, Günter	Bezirk Mittelrhein
Schröer, Thomas	Bezirk Niederrhein

## b) Wahl der Mandatsprüfungskommission

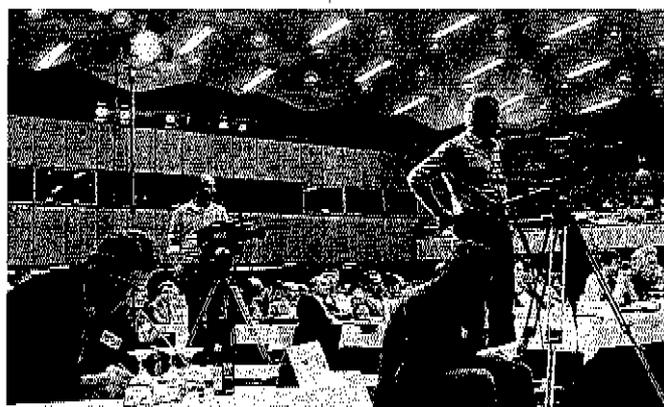
Adam, Ilse	Bezirk Westliches Westfalen
Franke, Ferdi	Kontrollkommission
Grahl, Jörg	Kontrollkommission
Hofmeister, Manfred	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Holberg, Rudi	Bezirk Niederrhein
Seeck, Wolfgang	Bezirk Mittelrhein
Verhoeven, Rainer	Kontrollkommission

## c) Wahl der Zählkommission

Betge, Wolfgang	Bezirk Westliches Westfalen
Franke, Ferdi	Kontrollkommission
Grahl, Jörg	Kontrollkommission
Hofmann, Fritz	Bezirk Niederrhein
Krüger, Jutta	Bezirk Niederrhein
Menke, Karin	Bezirk Mittelrhein
Nilges, Herbert	Bezirk Mittelrhein
Rehbock, Klaus	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Siebel, Hans-Wilhelm	Bezirk Westliches Westfalen
Verhoeven, Rainer	Kontrollkommission
Zappini, Karl	Bezirk Ostwestfalen-Lippe

## d) Bestätigung der Antragskommission

Becker, Heinrich	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Catenhusen, Wolf-Michael	Bezirk Westliches Westfalen
Fonteyn, Reiner	Bezirk Niederrhein
Grätz, Reinhard	Landesvorstand
Grossmann, Achim	Bezirk Mittelrhein
Hein, Horst	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Jaax, Hans	Bezirk Mittelrhein
Katzy, Roland	Bezirk Niederrhein
Kuhlmann, Werner	Landesvorstand
Mahne, Erhard	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Mernizka, Loke	Bezirk Westliches Westfalen
Morawietz, Marie-Luise	Bezirk Niederrhein
Schinzel, Dieter	Bezirk Mittelrhein
Schmedt, Helga	Landesvorstand
Schultz, Reinhard	Bezirk Westliches Westfalen



# 4. Beschlußfassung über

## a) Tagesordnung

## b) Geschäftsordnung

### a) Tagesordnung

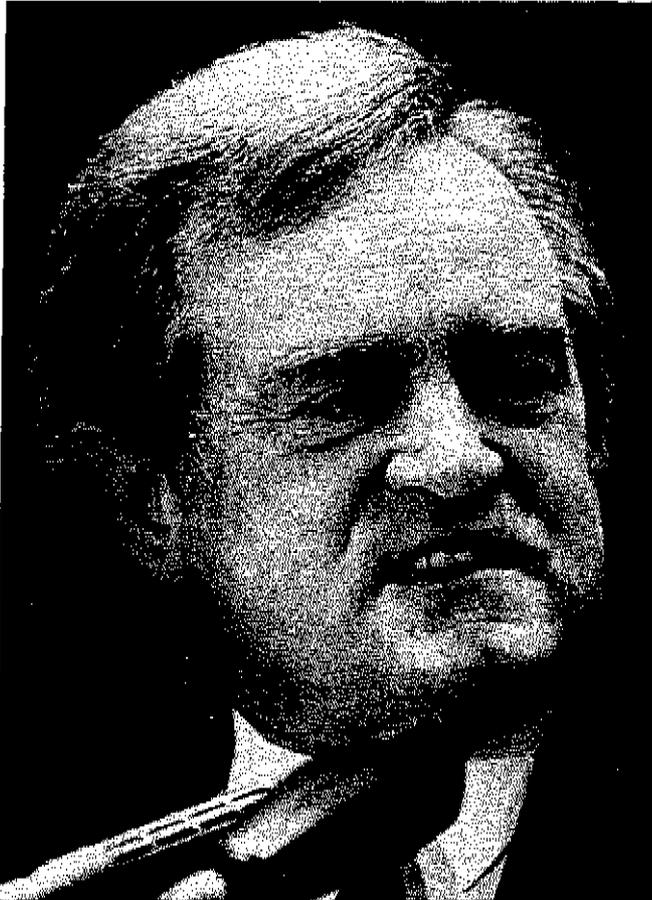
1. Eröffnung und Begrüßung
2. Grußworte
3. Konstituierung des 8. ordentlichen Landesparteitages
  - a) Wahl des Präsidenten
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Zählkommission
  - d) Bestätigung der Antragskommission
4. Beschlußfassung über
  - a) Tagesordnung
  - b) Geschäftsordnung
5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau
6. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes – Bodo Hombach
7. Bericht der Gleichstellungskommission
8. Bericht der Landeskontrollkommission – Rainer Verhoeven
9. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 8
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Behandlung der Anträge
12. Wahlen
  - a) des Landesvorsitzenden
  - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
  - c) der Beisitzer/innen im Landesvorstand
  - d) der Landeskontrollkommission
  - e) eines Mitglieds für den Parteirat
13. Schlußwort



### b) Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes NRW (§ 9) durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt: der Landesvorsitzende, die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen, die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes. Wahlen zum Landesvorstand sind geheim. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt. Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung von Initiativ-Anträgen. Initiativ-Anträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (17. August 1985) nicht absehbar war. Antragsschluß ist der 28. September 1985, 12.00 Uhr. Initiativ-Anträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.
6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
9. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

# 5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde! Von der Stimmung eines Abends kann man nicht 5 Jahre leben, aber: Was war das für ein Abend, der 12. Mai. Das war ein guter Tag in der Geschichte unseres Landes. Erinnert Euch, wie wir in Hagen zusammen waren, Anfang Februar, wie wir auf die absolute Mehrheit gesetzt haben und wie ich immer wieder gesagt habe: Es geht um Nordrhein-Westfalen und um sozialdemokratische Führung und es geht nicht um Koalitionen. Wie viele haben einen beiseitegenommen und gesagt: Nimm den Mund nicht so voll. Wie viele haben gezweifelt, ob das wohl zu packen wäre. Stellt Euch vor, da hätte jemand in Leuchtschrift an die Wand geschrieben, was der 12. Mai bringen würde: 125 Direktmandate, 52,1 Prozent der Stimmen in Nordrhein-Westfalen.

Ich mache jetzt keine Wahlanalyse, aber ich sage: Das Maß der Veränderung, das dieser Tag gebracht hat, haben viele von uns und hat die Republik noch nicht begriffen. Denn die Hochburgen der Sozialdemokraten von Duisburg bis Hamm sind nicht geschliffen worden, wie

das manche vermutet hatten. Im Landtag wurden 26 neue Stühle angeschafft, weil die Zahl der Mandate stieg. Die Hochburgen, in denen man der CDU seit 1950 das Direktmandat gewissermaßen billigend zugestanden, haben sozialdemokratisches Gepräge und Gesicht bekommen. Den wenigsten von uns ist das bewußt, was das heißt: Aachen I und II, der Kreis Aachen und dann der Wahlkreis II in Heinsberg, die beiden Dürener Wahlkreise und der letzte Wahlkreis in Köln, der rheinisch-bergische Kreis, die beiden Oberbergischen, die zwei Rhein-Sieg-Kreise, Mettmann III und Düsseldorf I und VI, die drei Wahlkreise in Neuss, Mönchengladbach, Viersen und Wesel, Steinfurt II und Münster II und Warendorf II, zwei Gütersloher Wahlkreise, Minden-Lübbecke, die beiden Wahlkreise in Soest, der Hochsauerlandkreis. Liebe Freunde, wie oft bin ich im Hochsauerlandkreis gewesen und die haben mir gesagt: Der Hochsauerlandkreis ist so groß wie das Saarland. Dann habe ich gesagt: Dann wählt auch mal wie das Saarland am 12. Mai. Und sie haben es getan im Hochsauerlandkreis. Das ist ein großer Erfolg.

**„Die großen Städte unseres Landes haben sozialdemokratisches Profil.“**

Die großen Städte unseres Landes haben sozialdemokratisches Profil. In der Bundeshauptstadt Bonn ist der CDU-Vorsprung auf 5,4 Prozent geschrumpft. Im Ruhrgebiet, auf das Kurt Biedenkopf vor 10 Jahren schon seine ganze Energie ansetzte und in das Bernhard Worms mit einem Suzuki-Planwagen fuhr, als sei das eine Gegend für Safarifahrten, im Ruhrgebiet hat die CDU noch einmal 17 Prozent verloren. Im Landesdurchschnitt sank sie um 15 Prozent auf 36,5.

## Herausforderung für alle Sozialdemokraten

Ich mache Euch, Genossinnen und Genossen, diese Zahlen deutlich, nicht weil ich meine, wir wären hier so zum Feiern zusammengekommen, sondern weil ich glaube, in diesem Wahlergebnis liegt eine ganz große Herausforderung für uns alle und eine große Aufgabe für jeden einzelnen Sozialdemokraten. Denn jetzt geht es darum, nachdem wir die Pflöcke so weit vorangesteckt haben, nachdem Nordrhein-Westfalen das sozialdemokratische Stammland geworden ist, in der Bundesrepublik unsere Politik so zu betreiben, daß die Menschen, die neu hinzugekommen sind, auf Dauer bei uns eine politische Heimat finden. Jetzt geht es darum, zu erreichen, daß Nordrhein-Westfalen und seine SPD zeigen, wie ein Staat, wie eine

Gesellschaft ein menschlicheres Gesicht bekommen. Und jetzt geht es darum, zu zeigen: Das war nicht irgendein Ausschlag auf der Temperaturkurve, sondern das war Kurskorrektur für die ganze Republik.

Deutlich war das übrigens schon ein halbes Jahr vorher bei der Kommunalwahl. Damals zeigte sich, die SPD ist gut in Form, die SPD ist wieder da. Wir wurden die stärkste politische Kraft in Nordrhein-Westfalen, zum ersten Mal nach zwanzig Jahren. 38 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister kamen dazu.

In beiden Wahlen steckt ein Potential an Bürgern, denen hat man die SPD-Stimme nicht an der Wiege gesungen. Sonst wären die Erfolge in den Kreisen, die ich genannt habe, nicht denkbar gewesen. In beiden Wahlen steckt, daß Menschen enttäuscht sind von dem, was CDU/CSU und FDP ihnen an Politik bieten und daß sie es mit uns einmal versuchen wollen.

Das sage ich jetzt, damit keiner hochmütig wird. Das sage ich, damit keiner glaubt, wir hätten schon alles eingefahren in die Scheuer parteipolitischer Siege. Nein, in diesen beiden Wahlergebnissen steckt ein Stück Vorschub an Vertrauen, und das dürfen wir nicht enttäuschen. Wir müssen jetzt versuchen, diese Menschen – Männer und Frauen, Junge und Ältere, Arbeitnehmer und Selbständige, Rentner und Arbeitslose – zu Menschen zu machen, die bei der SPD ihre politische Heimat finden. Nach meiner Überzeugung war ein solcher Wahlsieg nur möglich, weil wir auf klare Verhältnisse gesetzt haben.

### **„Wir wollen politische Verantwortung für die ganze Republik!“**

Und ich füge das hinzu, das gilt für mich auch für die kommenden Auseinandersetzungen. Wir wollen nicht Teilhaber werden, wir wollen nicht Komplementäre werden, die Kommanditisten suchen, sondern wir wollen politische Verantwortung für die ganze Republik!

### **CDU hat sich noch nicht erholt**

Unsere Siegeszuversicht war eine wichtige Voraussetzung für den Wahlerfolg. Wir setzten auf Mehrheit. Das war eine der wichtigen Voraussetzungen für den 12. Mai. Unsere Mitglieder waren motiviert. Die CDU wurde immer nervöser. Und sie hat sich von diesem erdrutschartigen Sieg der SPD bis heute nicht erholt. Nun gibt es keine Partei, die immer Siege hat. Und auch wir und auch viele, die hier sitzen, wissen das aus Ihrer kommunalpolitischen Erfahrung oder aus Landtagswahlen in den fünfziger und sechziger Jahren. Es kommt auch vor, daß man das Ziel nicht erreicht, daß die Meßlatte zu hoch ist. Ich bitte die Partei, wenn das einmal geschehen sollte, daß wir dann zeigen, wie man mit denen umgeht, die einmal verlieren und die nicht allein verloren haben.

### **„Wir hatten unsere Programmarbeit getan.“**

Es gibt in einem solchen Wahlkampf in den Analysen derer, die ihn beschreiben und die ihn diskutieren, eine Menge von Legendenbildungen. Eine der Legenden, die ich immer wieder gehört habe, war, das sei ein völlig unpolitischer Wahlkampf gewesen. Ich will das hier nicht mit Ironie bedenken. Aber wie man sich zwei Mal auf eine absolute Mehrheit „hinzögern und zaudern“ kann, das fand ich schon ganz interessant. Ich sage: Das war kein unpolitischer Wahlkampf. Wir hatten unsere Programmarbeit getan auf den Parteitag in Duisburg und Aachen. Und

wir haben unsere politischen Aussagen gemacht, aber wir haben eine Sprache geredet, die nicht die Sprechblagensprache mancher Politiker ist, sondern die so ist, wie Männer und Frauen in diesem Lande selber reden.

Das muß unser Stil bleiben, auch in den nächsten Jahren, die vor uns liegen. Mit „Friede, Freude, Eierkuchen“ war diese Wahl nicht zu gewinnen. Wir haben klar gesagt, was wir wollen und was wir können. Und wir haben klar gesagt, was wir nicht versprechen können und nicht versprechen werden. Und wir haben auch deshalb gewonnen, weil die Bürgerinnen und Bürger uns in Wirklichkeit in vielen Bereichen und auf vielen Feldern für kompetenter halten als die Union. Beim Umweltschutz, bei der Lösung der Ruhrgebietsprobleme und bei dem unverzichtbaren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Noch einmal: Dieser erdrutschartige Wahlsieg am 12. Mai war nicht Sache einer Person, sondern es war der Siegeswille einer Partei. Es war die Geschlossenheit einer Partei, die Geschlossenheit nicht verwechselt mit der Langweiligkeit einer Schallplatte, sondern die Geschlossenheit und Bandbreite miteinander verbindet, und bei der Parteitage nicht nur zum Jubeln da sind, sondern zum diskutieren. Weil wir die Sorgen der Bürger hineinnehmen müssen in unsere Überlegungen und Entscheidungen. Weil wir das, was die Bürger bewegt, auch im Streit unter uns austragen müssen, um dann Lösungen zu finden, die der Mehrheit der Bürger glaubwürdig und akzeptabel erscheinen.

### **Wir haben das Haus gut bestellt**

Ich habe vielen zu danken, vielen Referenten und Helfern, die ich gar nicht mit Namen kenne oder bei denen ich Namen und Gesichter nicht zusammenbringe. Aber wenn ich mich erinnere, wie ich damals gesagt habe, ich will die 151 Wahlkreise besuchen, da habe ich manchmal gedacht: Hätte ich das doch nie gesagt. Aber 150 habe ich besucht. Dabei sind mir die Vielen begegnet, ohne die gäbe es die 125 sozialdemokratischen Abgeordneten nicht. Und denen sollten wir öffentlich und deutlich unseren Dank aussprechen, wenn wir zusammenkommen.

Übrigens, bei einigen kenne ich die Namen, z. B. bei den Mitarbeitern meines Büros. Aber ich glaube, Ihr versteht das, wenn ich sage, wir haben auf diesem Parteitag auch allen Anlaß, Bodo Hombach und denen, die er um sich sammelt hatte, zu danken für diesen hervorragenden Wahlkampf und für die Arbeit, die da geschehen ist.

### **„Nordrhein-Westfalen ist das neue Stammland der Sozialdemokraten.“**

Ich habe gesagt, Nordrhein-Westfalen, das ist das neue Stammland der Sozialdemokraten. Manche werden sich bei uns der Verantwortung, die damit verbunden ist, noch bewußt werden müssen und manche im anderen politischen Lager werden sich schmerzhaft an diese Einsicht gewöhnen müssen. Aber wir haben das Haus gut bestellt. Die Wählerinnen und Wähler haben politisch klare Verhältnisse geschaffen. Wir haben die Regierung gebildet. Diese Regierung hat einen neuen Zuschnitt und in diesem Zuschnitt werden die Schwerpunkte unserer Arbeit deutlich. Die neuen Inhalte unseres Programms sind an die richtige Organisation übergeben worden.

Die Regierungserklärung, die immer ein schweres Geschäft ist, die vorzulesen nie leicht ist, weil sie in einem Diskussionsprozeß zustande gekommen ist, bei dem nicht der Satzbau entscheidet, sondern die Gewichtung der Probleme, diese Regierungserklärung hat Perspektiven für die nächsten 5 Jahre aufgezeigt und Akzente und

Aktionen angekündigt. Sie stehen unter dem Stichwort – und es ist schade, daß man es nur mit Fremdwörtern sagen kann – der ökologischen und der ökonomischen Erneuerung der Industriegesellschaft.

Das werden wir nun 5 Jahre lang zu zeigen haben im Parlament und Regierung und Partei. Und wir wissen, wir zeigen das in einer Zeit, die, was das Geld angeht, außerordentlich schwierig ist. Diese Etatberatungen im Kabinett waren kein Kaffeekränzchen, auch wenn nicht alles stimmt, was man darüber liest. Unter schwierigsten Bedingungen, über die noch zu sprechen sein wird, haben wir einen Haushalt beschlossen und das, was die Schwerpunkte der Regierungserklärung sind, übersetzt in Zahlen. Ich hoffe, wir bringen das durch.

Wir bringen das nur durch, wenn und weil Regierung und Fraktion sich nicht auseinandervividieren lassen, weil die Fraktion, die zu kontrollieren hat, das solidarisch tut, und weil sie eigene Anstöße in den Landtag einbringt. Weil Regierung und Fraktion und Partei in Ordnung sind, nicht stromlinienförmig, nicht konturenlos, nicht mit einheitlichen Temperamenten – was wäre das für eine trostlose Welt –, sondern indem jeder das, was er an Gaben hat, einbringt und umsetzt in Chancen für sozialdemokratisches Handeln.

## NRW hat 11 Milliarden Mark eingezahlt

Dabei ist eine Melodie nicht zu Ende, von der ich glaubte, am 12. Mai sei der letzte Tanz geschwungen worden, nämlich der Gesang der Opposition, Nordrhein-Westfalen sei ein sterbendes Land, sei das Armenhaus der Republik, die Südstaaten hätten längst gewonnen. Was muß man für eine verzerrte Optik haben, um so etwas für wahr zu halten oder weiterzugeben. 35 Jahre lang gibt es jetzt einen Finanzausgleich zwischen den Ländern. 2 Jahrzehnte hat Nordrhein-Westfalen in diesen Länderfinanzausgleich über 11 Milliarden eingezahlt. Ein Land partizipiert seit 34 Jahren Jahr für Jahr am Ausgleich, weil seine Steuerkraft nicht ausreicht, weil seine Finanzkraft zu gering ist: Der Freistaat Bayern – seit 34 Jahren. Und wir hören die, die vom Ausverkauf Nordrhein-Westfalens reden, und wir fragen uns, warum reden die so?



Natürlich ist über einiges kritisch zu reden, auch über das, was Friedhelm van den Mond eben gesagt hat, über die Verlagerung des Firmensitzes einer Gesellschaft von Oberhausen nach Bayern, die seit 60 Jahren das Schwergewicht ihrer Aktivitäten in Süddeutschland hat. Aber könnte es nicht sein, daß manche so reden, weil sie ein Land nicht mögen, in dem es soviel mitbestimmte Betriebe gibt wie in Nordrhein-Westfalen? Könnte es nicht sein, daß manche so reden, weil sie lieber von Ländern reden, in denen der Organisationsgrad der Gewerkschaften geringer ist? Könnte es sein, daß manche so reden, wie sie reden, weil sie aus Nordrhein-Westfalen nicht nur das Armenhaus machen wollen, weil sie Nordrhein-West-

## „Wir müssen jetzt die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen Ländern und dem Bund zu einem Thema machen.“

falen seit Jahren und Jahrzehnten seinen gerechten Anteil an Steuern und Finanzen verweigern, so daß wir zum Bundesverfassungsgericht gehen müssen, um dort Antwort zu bekommen? Ich weiß, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, das alles sind spröde Themen. Aber so wie wir 1980 die Frage nach der Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat zu einem Thema gemacht haben, das die Bürger begriffen haben, so müssen wir jetzt die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen Ländern



und dem Bund zu einem Thema machen. Vor allen Dingen in einer Zeit, in der der Bund Arbeitslosengeld kürzt, Sozialhilfe steigen läßt und die Länder dann sehen können, wie sie zurechtkommen mit den so veränderten Finanzströmen. Ich fände das ganz originell, wenn der Bund im Falle der Steuersenkungen einmal die Steuern senkte, die seine Steuern sind, und nicht nur immer die von Ländern und Gemeinden. Das schiene mir gerechter. Nein, wir haben allen Grund, den verzerrten Darstellungen unseres Landes entgegenzutreten, denn wer so redet, der trifft nicht nur das Land, der will auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften treffen.

## Die SPD braucht wieder viele junge Leute

Die politischen Wirkungen des 12. Mai, so habe ich gesagt, sind noch nicht bewältigt. Es wissen nicht alle, was das bedeutet. Nun gehöre ich nicht zu denen, die der Meinung sind, wir müßten uns in die Personalquerelen der Union hineinbegeben. Es ist eine riesige Variationsbreite, die einem da begegnet. Aber ich meine, die Tatsache, daß die CDU sich anschickt, einen einheitlichen Landesverband zu gründen, an dessen Spitze der gegenwärtige westfälische Vorsitzende stehen könnte, die sollte uns schon aufmerksam machen. Wir sollten schon überlegen, was sich dahinter vollzieht und was damit gemeint ist und was das bedeuten kann, für unsere Organisationskraft in unserem Landesverband. Und ob wir nicht miteinander eine neue Anstrengung machen müßten, damit die Sozialdemokraten nicht nur das Stammland der Wähler sind, sondern damit wir uns auch in der Mitgliederdichte vergleichen können mit anderen Ländern und Unterbezirken. Ich möchte Euch bitten, in den vor uns liegenden Monaten wieder Menschen danach zu fragen, ob sie nicht mitarbeiten wollen in der SPD. Ich möchte Euch bitten, darauf zu achten, daß bei aller Neigung zum Organisationsüberdruß die SPD wieder viele junge Leute braucht, auch wenn die unbequem sind, die uns helfen in den Orts-

## „Wir wollen eine andere Politik.“

vereinen und in den Arbeitsgemeinschaften, und daß wir hier eine große Anstrengung machen müssen.

Zur Bundesregierung fällt mir nicht viel mehr ein, als was in dem Grußwort schon angesprochen wurde. Aber ich gestehe, daß es mir gelegentlich so geht – auch wenn man die Ressorts nicht so vergleichen kann, die sind ja zum Teil unterschiedlich zugeschnitten –, wenn ich bestimmte Bundesminister im Fernsehen sehe, daß ich dankbar bin für die, die mit mir im Kabinett zusammenarbeiten. Wenn ich Zimmermann sehe, freue ich mich, daß es Herbert Schnoor gibt, unsere Alternative. Und jetzt könnte ich das fortsetzen und könnte sagen – soll ich mal? –, ja bei Kiechle und Matthiesen fällt mir das auch noch sehr, sehr leicht. Aber ich denke, wir müssen jetzt hier nicht Zeugnisse ausstellen, und keiner soll denken, wer noch nicht genannt ist, ist nicht gemeint. Ein paar Punkte gibt es, da müssen wir in den Personen und in der Sache deutlich machen, daß wir eine andere Politik wollen. Daß wir z. B. das Demonstrationsrecht schützen, weil es die Pressefreiheit des kleinen Mannes ist und daß wir das deutlich machen, als die eigentliche liberale Partei.

Die 80er Jahre sind in Nordrhein-Westfalen die Jahre der sozialdemokratischen Alleinregierung. Das ist nicht immer so gewesen. Noch in den 60er Jahren war es sogar noch im Ruhrgebiet anders. Diese Strukturveränderungen, diese Leistungen machen deutlich: Die SPD ist die Partei, die zu den Menschen hier paßt. Und darum wollen wir durch unser Tun, durch unser Verhalten, durch unsere Politik zeigen, was Politik eigentlich ist. Und da sage ich wieder den schlichten und den Vielen unpolitisch scheinenden Satz, aber ich meine ihn so: Politik ist nichts als der mühsame Versuch – von der Bezirksvertretung bis zum europäischen Parlament – das Leben der Menschen jeden Tag ein bißchen menschlicher zu machen.



Und darum lohnt sich dieser Einsatz. Und wer das unpolitisch findet, dem sage ich: Mir ist es lieber, man kann das mit so einfachen Worten deutlich machen, als daß man dem, der uns wählt, erst ein Fremdwörterlexikon in die Hand geben muß, damit er uns versteht.

## Helmut Kohl muß eine Episode bleiben

Nun folgt aus diesem Wahlergebnis etwas Nötiges und Schwieriges. Nämlich, daß wir der Kontrapunkt werden und sind zu der Regierung, die es in Bonn gegenwärtig gibt. Daß wir so politisch handeln, daß aus Helmut Kohl keine Epoche wird, sondern daß er eine Episode bleibt. Das ist unser Ziel. Wir merken auch jetzt nach diesem Datum, aus vielen Zahlen: Es gibt immer mehr Menschen, die halten das für nötig – einen Kontrapunkt und ein Ge-



## „Wir widerstehen der sozialen Demontage.“

gengewicht mit allen legalen, mit allen legitimen Mitteln. Wir widerstehen der sozialen Demontage, wir widerstehen der Umverteilung von unten nach oben, wir stehen ein für Liberalität und Freiheitsrechte. Wir werden dafür sorgen, daß kein eilfertiger Politiker in Bonn Schnüffelapparate einrichten kann. Wir wollen Raum schaffen für konstruktives Nachdenken auch über die Zukunft unseres Volkes, auch für Fragen der Sicherheit. Raum schaffen, keine bornierten Denkverbote, aber auch keine Waldspaziergänge auf Wolken, sondern konkrete Schritte in die richtige Richtung. Und dieses Gegengewicht, das müssen wir sein, und das wollen wir sein, trotz der eingeschränkten Möglichkeiten, die wir haben.

Wir müssen Akzente setzen, wo der Bund das nicht tut. Aber wir können nicht die Ausfallbürgschaft für die gesamte Bonner Politik übernehmen. Und aus dieser Schwierigkeit kommen wir nur durch sachgerechtes Handeln heraus. Ich will ein Beispiel nennen.

Viele erinnern sich ja an das Jahr 83, als wir die Plakate mit der Lehrstellengarantie des Kanzlers sahen. Merkwürdig – 84 haben wir sie nicht gesehen, die Plakate, 85 waren sie nicht geklebt. Vielleicht, weil sie 83 schon in Wirklichkeit der Versuch waren, aus jungen mündigen Staatsbürgern Stimmvieh zu machen, indem man ihnen etwas vortäuschte. Und dieser Versuch ist mißlungen.

Wir in Nordrhein-Westfalen werden im Haushalt des nächsten Jahres noch mal 100 Millionen Mark drauflegen. Dann werden es 750 Millionen Mark sein, damit jeder junge Mensch, der eine Ausbildung will, auch ein Ausbildungsangebot bekommt. Das ist die nordrhein-westfälische Antwort auf den Lehrstellenmangel, mit dem wir es zu tun haben.

## „Die Bonner Koalition ist offenbar nicht die Koalition der Mehrheit der Bürger.“

Nur – ohne die Mitglieder und die Delegierten, ohne die Mitarbeit der Kommunen läßt sich das nicht übersetzen. Denn wir müssen ja nicht nur Faltblätter haben, sondern wir müssen die jungen Menschen erreichen und begleiten, die dieses Angebot nutzen sollen. Und weil wir das tun müssen, darum brauchen wir das Gespräch mit den jungen Frauen und Männern stärker als bisher. Die Bonner Koalition ist offenbar nicht die Koalition der Mehrheit der Bürger, sondern nur die der Mehrheit der Mandate. Und darum reicht es nicht, wenn wir die Fehler der Bundesrepublik vor die Türen der Länder und Gemeinden gekippt kriegen. Wir können sie nicht da wegschaffen.

## Betriebe in die Pflicht nehmen

Ich habe das gesagt, Genossinnen und Genossen, damit wir daran denken, wenn wir über die Finanzierung der beruflichen Bildung miteinander reden. Unsere Position ist klar. Ich habe im Landtag bei der Regierungserklärung gesagt, was wir in Aachen beschlossen haben: Betriebe, die ausbilden können und sich zu Lasten anderer Betriebe der Ausbildungsverantwortung entziehen, müssen sich an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Das halten wir für eine moralische Pflicht.

Die Landesregierung wird im Bundesrat eine Initiative einbringen für eine allgemeine und bundeseinheitliche Beteiligung der nichtausbildenden, ausbildungsfähigen Betriebe an der Finanzierung der Berufsausbildung. Die sozialdemokratisch geführten Länder werden das in diesem Jahr tun, zeitgleich mit der Bundestagsfraktion, und wir sollten dann deutlich machen: Dies ist keine Straffaktion gegen Handwerker. 85 Prozent der Auszubildenden in der Bundesrepublik werden in kleinen und mittleren Betrieben ausgebildet, und wir sollten denen danken, die sich dieser Pflicht unterziehen. Aber wir sollten die nicht aus ihrer auch finanziellen Verantwortung entlassen, die auf Ausbildung verzichten und dann in Reden vor Kongressen ständig über den Facharbeitermangel reden, den sie selber verursacht haben. Laßt uns nicht darüber spekulieren, was nach der Beratung dieses Gesetzes im Bundestag und im Bundesrat geschieht. Noch ist das Gesetz nicht gescheitert. Es gibt erste Anzeichen dafür – auch gestern wieder –, daß die Blöcke sich ein wenig auflösen. Und im übrigen: Wir wollen doch, so wie wir in diesem Jahr aus der Zahl der sozialdemokratisch geführten Länder fünf gemacht haben, vorher waren es vier, so wollen wir doch im nächsten Jahr, daß es sechs werden, daß Gerhard Schröder in Niedersachsen dazu kommt, damit wir den Sozialabbau stoppen können in der Bundesrepublik.

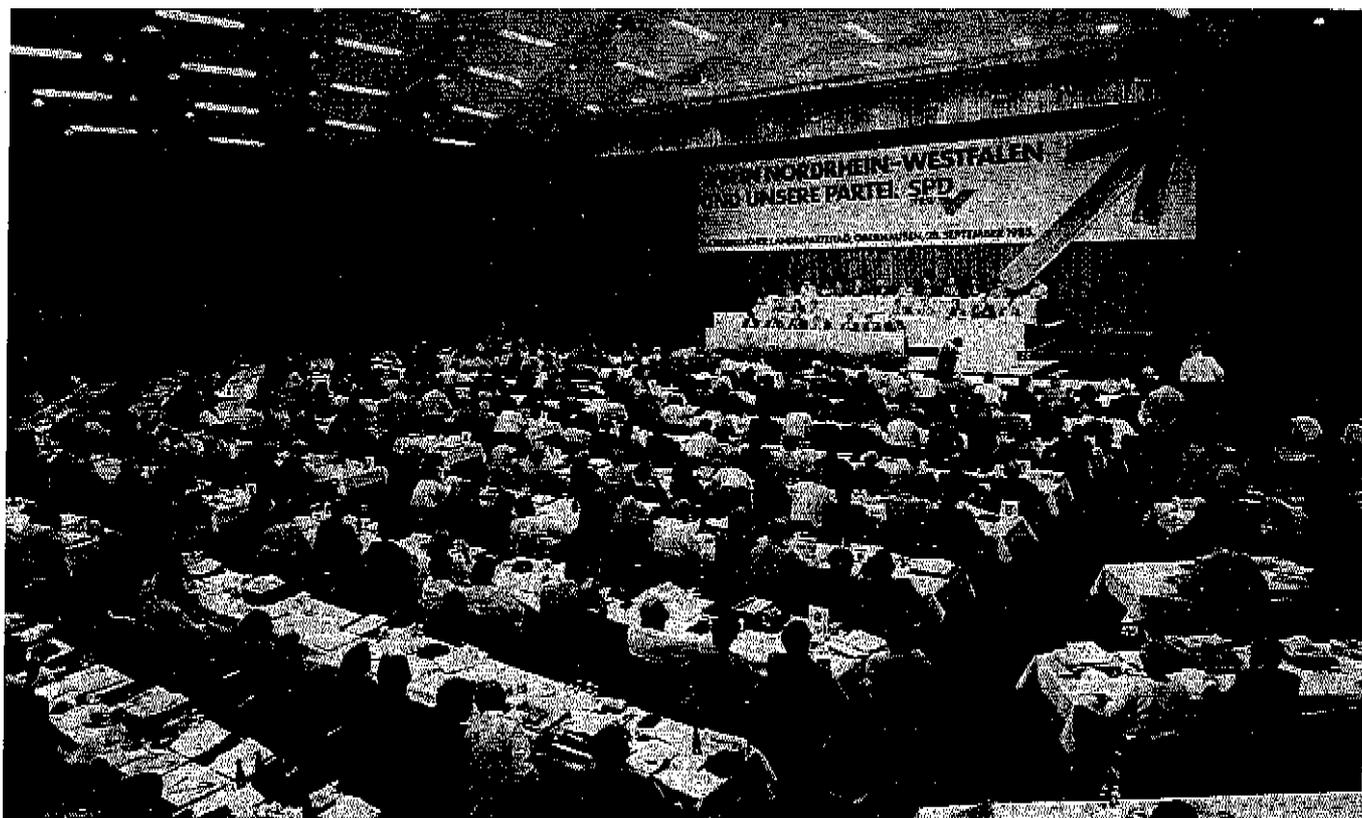
Jeder weiß, das Land bestimmt nicht über seine Einnahmen; darüber entscheiden die Organe des Bundes. Seit

drei Jahren erleben wir eine Politik, die nicht nur zu Lasten der kleinen Leute geht, sondern auch zu Lasten der Länder und Gemeinden: Von der Vermögenssteuersenkung bis zu Steuergeschenken an die Großbauern – nicht an die Landwirte, sondern an Großbauern –, vom ständigen Anwachsen der Steuersubventionen über Sonderabschreibungen bei gewerblich genutzten Gebäuden bis hin zu der verfehlten Steuerreform '86 und '88.

Unser Land wird ungerecht behandelt. Wir werden benachteiligt und wir klagen. Dennoch haben wir trotz der engen Finanzlage Prioritäten gesetzt, und wir werden weiter politische Schwerpunkte deutlich machen. Wir haben ein insgesamt erfolgreiches Ruhrprogramm finanziert. Wir statten die Gemeinden am besten von allen Bundesländern aus. Wir leisten im Ländervergleich überdurchschnittlich viel beim Wohnungsbau, bei der Städtebauförderung, bei der Weiterbildung, beim Umweltschutz, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Ich sage ganz offen: Wir werden nicht alle Aktivitäten im bisherigen Umfang durchhalten können.

Wir haben in Duisburg einen mittelfristigen Pfad der Haushaltskonsolidierung beschlossen und diesen Kurs in Aachen bestätigt. Ich habe in der Regierungserklärung dazu gesprochen und deutlich gemacht, wie wir klare Prioritäten durch kräftige Umschichtungen schaffen wollen. Das war nicht leicht und ganz gewiß wird das auch in den Diskussionen dieses Parteitages eine Rolle spielen. Ich sage aber gleich, bei allen Anträgen, die hier gestellt werden, müssen wir wissen, wo sie finanzielle Auswirkungen haben, an welcher anderen Stelle gestrichen wird. Bei dem Finanzierungsvorbehalt, den üblicherweise der Finanzminister aussprechen muß, hat mich Diether Posser an seiner Seite, denn wir brauchen diesen Finanzminister und seine Konsolidierungspolitik.

Liebe Freude, dies ist ein Landesparteitag. Das machen auch die Anträge deutlich, wo es um landespolitische Positionsbestimmungen geht, um Weiterentwicklung des Aachener Programms. Ich will den Antragsberatungen nicht vorgreifen, aber ich denke, in einem Punkt hat der Landesparteitag Anspruch darauf, schon jetzt zu erfahren, wie der Landesvorsitzende, der Ministerpräsident, denkt. Ich meine den Schnellen Brüter in Kalkar.



Hier stehen wir alle und hier steht die Landesregierung vor einer schwierigen Entscheidung, und wie immer letztlich über die Inbetriebnahme oder die Nichtinbetriebnahme entschieden wird, was immer wir politisch dazu sagen, was immer wir rechtlich als Genehmigungsbehörde im Wege der Auftragsverwaltung des Bundes tun können oder nicht tun können, wird weit über unser Land hinaus Bedeutung haben, und es wird weitreichende Folgen haben.



Ich bekenne ganz deutlich, in den letzten Jahren haben sich die Zweifel erheblich verstärkt, ob mit dem Schnellen Brüter ein zweckmäßiger und verantwortbarer Weg zur Sicherung der Energieversorgung eingeschlagen wird. Viele Annahmen, die, als die Planungen begonnen wurden, unstrittig waren, haben nach der Meinung der Experten heute keinen Bestand mehr; das reicht von den immer wieder nach unten revidierten Prognosen beim Stromverbrauch bis hin zu der langfristigen Versorgung mit angereichertem Uran.

## Brüter in Ruhe neubewerten

Ich werbe dafür, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten in Ruhe und mit Sorgfalt einen Prozeß der Neubewertung der Brütertechnologie einleiten, daß wir mit allem verfügbaren Sachverstand alle rechtlichen Fragen durchdenken und daß wir politisch diskutieren, welchen Nutzen eine solche Anlage heute noch hat. Für mich wiegt am schwersten die Tatsache, daß wir seit dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom September 1979 bei der Lösung der Entsorgungsprobleme in der Bundesrepublik keine realen Fortschritte zu verzeichnen haben.

**„Bei der Lösung der Entsorgungsprobleme in der Bundesrepublik haben wir keine realen Fortschritte zu verzeichnen.“**

So gibt es manche, die bei dieser Sachlage jahrelang ein einfaches „Nein“ sagen wollen. Ich kann das nachempfinden, aber ich bitte Euch, nicht dieser Leitlinie zu folgen. Denn die Landesregierung ist ja nicht nur die politische Vertretung der Menschen und der Natur im Lande – das wollen wir wohl sein mit geschärftem Gewissen – wir sind doch auch Genehmigungsbehörde, und da werden wir sorgfältig jeden rechtlichen Schritt abzuwägen haben. Wo verfassungsmäßige Zweifel bestehen, müssen sie geklärt werden. Wo rechtliche Prüfungen nötig sind, müssen sie mit peinlicher Genauigkeit durchgeführt werden.

Wo wir ein Ermessen haben, müssen wir unter Beachtung aller zulässigen Sachargumente entscheiden. Aber wir dürfen eben nicht sachfremde Erwägungen an die Stelle sachgerechter Ausfüllung der Ermessensentscheidungen stellen.

Das erfordert Geduld und Zurückhaltung, wo manche gerne klar klingende Festlegungen wollen. Ich bitte, den Weg freizumachen zu neuen Verhandlungen mit der Bundesregierung bei der Neubewertung des Brüters. Ich will, daß alle Zweifel, Bedenken, Einwände sorgfältig geprüft werden. Und wenn am Ende des Prozesses die Zweifel bekräftigt und die Einwände bestätigt sein sollten, dann zögere ich nicht, öffentlich zu sagen: Das war ein Irrweg, laßt uns umkehren, ehe es zu spät ist. Aber nicht am Anfang des Prozesses, sondern am Ende der Verhandlungen und der Neubewertung, nach sachgerechter Prüfung. Und deshalb bitte ich den Parteitag um Zustimmung zu dem Antrag aus Münster in der Fassung der Antragskommission, der genau diesen Prozeß will und deutlich macht.

Dann wünschte ich mir zusätzlich, liebe Freunde, daß wir bei unseren zukünftigen Debatten nicht nur über ein Projekt sprechen, so wichtig es ist, sondern daß wir auf der Basis des Energieberichtes, den wir vorgelegt haben und der eine Fundgrube ist, bundespolitisch zu einer energiepolitischen Diskussion kommen. Wer, wenn nicht die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, soll denn die Energiedebatte führen? Wer soll denn ein umfassendes Energiekonzept erarbeiten? Wer, wenn nicht wir, kümmert sich um die Zukunft der Kohle, um die Arbeitsplätze im Bergbau, um die umweltverträgliche Gewinnung und Verwendung der Kohle?

Und darum greife ich gern die Anregung der Antragskommission auf: Wir sollten auf einem Sonderparteitag ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegen, in dem Energiesparen und Kohlevorrang Eckpfeiler sind für eine ökologisch verantwortbare Strategie in den neunziger Jahren.

## Wir in NRW haben gute Chancen

Aber auch hier, Genossinnen und Genossen, gilt, wenn man das durchsetzen will, dann brauchen wir nicht bloß die Mehrheit hier in Düsseldorf, dann brauchen wir die Mehrheit in Bonn im Bundestag und im Bundesrat. Und die bekommt auf Dauer nur, wer die Menschen davon überzeugt, daß sein Weg sicherer, sozialer und umweltverträglicher ist. Wir können die Mehrheit in Bonn nur erringen, wenn wir in Nordrhein-Westfalen erfolgreich regieren. Wir stehen für das Konzept der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung unseres Industrielandes. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gute Chancen, den wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich zu meistern.

Ich habe wegen der Gutehoffnungshütte viele persönliche Gespräche geführt. Die Entscheidung ist anders gefallen, als ich es mir gewünscht hätte. Das ist schmerzlich für Oberhausen, für das Revier und für unser Land. Aber so ist das, daß die Kapitaleigner entscheiden. Und daß sie die Konzernspitze gern dorthin haben möchten, wo der Konzern die meisten Probleme hat. Ein Anlaß für Tatarenmeldungen ist das nicht. Denn die Wirklichkeit ist anders. Die Wirklichkeit ist so, und das müssen wir weiter sagen, daß wir Siemens nach Witten geholt haben mit dem Zentrum für Mikroelektronik. Daß Elmos in Dortmund Chips produziert, daß Haindl in Duisburg sein Unternehmen aufbaut und ausbaut. Daß das Wachstumspotential im Land gestärkt wird, daß Babcock dafür ein Beispiel ist. Daß Hoesch längst kein reines Stahlunternehmen mehr ist. Und daß wir Erfolg haben bei den Umwelt-

technologien: Ein Drittel der Forschung findet in Nordrhein-Westfalen statt, ein Drittel der Produktion läuft in Nordrhein-Westfalen, mehr als ein Drittel der Exporte von Umweltechnologien kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Wir haben die Kraft und wir haben die Möglichkeiten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zurückzugewinnen. Der Maßstab für unser politisches Handeln, ich habe das Wort oft gebraucht, ist solidarische Gesellschaft. Solidarische Gesellschaft, d. h. doch nicht, daß man den Schwachen sagt, nun seid mal nett solidarisch untereinander, sondern d. h. das Bündnis derer, die Solidarität brauchen, mit denen, die Solidarität wollen. Die Werte, auf die wir bauen, sind nicht neu zu definieren. Sie heißen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dieser Weg ist nur zu gehen, wenn wir den mühevollen Dialog mit allen Gruppen unserer Gesellschaft suchen. Wenn es da um uns alle geht. Nicht, daß wir in Schlagzeilen einen Hoffnungsträger entdecken je Bundesland, sondern daß die Millionen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik eine Million Hoffnungsträger sind, im Gespräch mit dem Nachbarn, dem Bürger und dem Kollegen.

## Grundsätzliche Weichenstellung

In Ahlen wird von der Politik der sozialen Erneuerung zu sprechen sein. Ich will nichts vorweg nehmen. Aber das muß uns bewußt bleiben: Die Siege an der Saar und in Nordrhein-Westfalen, so wichtig sie waren, reichen nicht aus, wenn wir wesentliche Korrekturen in der gegenwärtigen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wollen.



Wir werden in den wichtigsten Problembereichen unsere Vorstellungen und die Grenze unserer Möglichkeiten deutlich machen müssen. Daß die gegenwärtige Bundesregierung verschlissen ist, brauchen wir nicht bekanntzugeben, das wissen die Menschen. Daß wir Fehler und

## „Wir betreiben keine Oppositionsstrategie à la Sonthofen.“

Pannen anprangern, das ist gut und schön – aber wir betreiben keine Oppositionsstrategie à la Sonthofen. Bei der Bundestagswahl geht es um eine grundsätzliche Weichenstellung für die Zukunft: Es geht darum, ob in schwierigen Zeiten mehr Solidarität gebraucht wird oder weniger, ob Sozialpolitik etwas ist für die schönen Tage und Monate oder ob Sozialpolitik wichtig wird, wenn schwierige Zeiten durchzustehen sind. Das ist die Frage, um die es geht.

Solidarität derer, die sie brauchen, mit denen, die sie nicht unbedingt nötig haben – dazu laden wir ein zu alten und neuen Bündnissen: Die Gewerkschaften, Menschen

aus Kirchen und Verbänden, aus dem Bereich des Sports, aus dem sogenannten vorpolitischen Raum. Die Alternative zur solidarischen Gesellschaft ist die Ellenbogengesellschaft, und wer wissen will, wie Sozialabbau aussieht, schleichender Sozialabbau, dem können wir die Stichworte ja nennen: Von den individuellen Krankenversicherungsbeiträgen der Rentner über verschärfte Voraussetzungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, Ausschluß von Krankenversicherungsleistungen, Senkung der Arbeitslosenunterstützung, Kürzung der Anrechnung bei Kuren, selbst bei Schwerbehinderten, Erleichterung befristeter Arbeitsverträge, Einschränkung der Mitbestimmung. Das ist schleichender Rückschritt, schleichende Rücknahme sozialer und liberaler Rechte, und das hat auf Dauer tiefgreifende Folgen.

## „Wir können versprechen, daß wir den starken Schultern etwas mehr zumuten wollen als den schwachen.“

Nun setzen wir Sozialdemokraten gegen diese schleichende Rücknahme nicht die großen Vokabeln, sondern die kleinen Verbesserungen und die beharrlichen Fortschritte. Keiner von uns kann versprechen, daß über Nacht alles besser wird, daß wir alle Probleme lösen. Aber wir können versprechen, daß man bei unserer Politik unsere Wertvorstellungen noch erkennt. Und wir können versprechen, daß wir den starken Schultern, die vieles tragen können, etwas mehr zumuten wollen als den schwachen, die kaum belastbar sind. Deshalb setzen wir auf Solidarität und auf Einsicht.

Ich glaube, dafür gibt es eine Mehrheit. Ich glaube, es gibt eine Mehrheit der Menschen, die wissen, eine solidarische Gesellschaft ist humaner und sie ist friedlicher. Deshalb brauchen wir nicht nur die Zustimmung derer zum Sozialstaat, die den Sozialstaat selber brauchen, sondern wir brauchen den fairen Ausgleich, und wir brauchen die Bereitschaft, die Tugenden der Menschen zu fördern. Beharrlicher Fortschritt, bescheidene Schritte, das ist die eigentliche Alternative zur Rücknahme im Bereich der Sozialpolitik und zum gesellschaftlichen Rückschritt.

## Aussteigen hilft der Umwelt nicht

Das kann man dann an konkreten Beispielen deutlich machen. Ich nenne eines: Da sind die Arbeitslosenbeiträge um 1 Promill gesenkt worden, das ist Augenwischerei. Das bringt dem Arbeitnehmer 1,50 Mark, dem Arbeitgeber auch. Für alle zusammen macht das 750 Millionen Mark. Genau die Summe, die ich Euch eben als den Beitrag Nordrhein-Westfalens gegen die Ausbildungsnot genannt habe. Was wäre das für eine Bundesregierung, was wäre das für ein anderer Akzent, wenn nicht die 0,1 Prozent zurückgegeben worden wären, sondern wenn mit diesen 750 Millionen Mark ein Ausbildungsbeschaffungsprogramm für junge Leute geschaffen worden wäre, damit sie Arbeit finden, damit sie sich nicht überflüssig vorkommen in unserer Gesellschaft. Ich füge hinzu, wir Sozialdemokraten müssen deutlich machen, wo unsere Alternativen sind, ich sage noch ein Beispiel. Das zweite Beispiel ist für mich die Umweltpolitik. Wer sich das angesehen hat auf den Messen, in Tokio und in Hannover, oder jetzt in Wien, der ist fasziniert von dem, was unsere Unternehmen zustandebringen. Freunde, ich sage: Die Umweltechnologie hat die gleiche Faszination wie die Raumfahrt, aber sie bringt sehr viel mehr Verbes-

serung für die Lebensqualität. Wir müssen es nur deutlich machen, daß das unsere Priorität ist.

Darin unterscheiden wir uns von kleinen Gruppen, daß wir sagen: Umweltpolitik, das geht nicht durch Ausstieg aus der Industriegesellschaft, dazu sind die Schäden viel zu groß, sondern das geht nur, indem die Industriegesellschaft alle ihre Mittel einsetzt, damit Schäden behoben werden und damit nur noch Regenerierbares verbraucht wird. Das ist das Thema.

Und da sage ich: Das gelingt nicht, wenn wir nicht Intelligenz und Phantasie der Techniker und der Ingenieure, der Konstrukteure und der Erfinder erreichen. Bloß müssen wir dann diesen Konstrukteuren und Erfindern, diesen Ingenieuren, diesen Technikern deutlich machen: Bei uns ist Platz für sie. Wir wollen ihnen zuhören. Wir wollen mit ihnen arbeiten. Wir sind nicht die Partei mit der Angst vor der Technik, sondern wir sind die Partei, die Technik einsetzen möchte zu lebenswürdigerem Leben. Das ist eine gigantische Anstrengung der Forschung und eine große Herausforderung für die 80er und 90er Jahre.

**„Technik an sich ist nicht gut oder schlecht. Die Frage ist, was man damit tut.“**

Technik an sich ist nicht gut oder schlecht, es ist die Frage, was man damit tut. Das gilt im Grunde für jede Entwicklung, Entdeckung und Erfindung. Mit den Mitteln der Industriegesellschaft diese Industriegesellschaft humaner machen, das ist die Aufgabe der Zukunft und das muß eine Sache der Techniker werden, der Ingenieure, aber auch der Facharbeiter. Und darum sagen wir: Wenn der technische Fortschritt unaufhaltsam ist und wenn keiner von uns ihn aufhalten will, dann ist die Frage, wie er auf den Menschen wirkt, noch wichtiger, und dann ist mehr Mitbestimmung die notwendige Folge von Technik und nicht weniger Mitbestimmung.

## Solidarität zwischen den Geschlechtern

Es ist schon merkwürdig, wenn die Union hier die Mitbestimmungsrechte eingrenzen und ausbauen will. Nimmt sie eigentlich nicht zur Kenntnis, daß in Japan Industrie- und Handelskammern Seminare machen über die positi-



ven Ergebnisse der Mitbestimmung bei uns, für Produktivität, für Betriebsklima, für soziales Gefüge. Es ist schon merkwürdig, gelegentlich begegnet man Politikern, die halten große Reden auf freie und starke Gewerkschaften – aber nur, wenn die sich in Polen befinden. Das schmeckt mir nicht.

Solidarität, Freunde, nicht nur zwischen Stärken und Schwachen, auch zwischen Generationen und zwischen Geschlechtern. Hier gibt es Fehlentwicklungen, die sind zu korrigieren. Hier müssen wir die Partei fragen: Helfen wir, damit die Jusos und die Falken ermuntert werden, damit sie wieder breite Resonanz suchen, damit sie wieder Bewegungen werden, damit sie wieder die Sorgen der jungen Menschen wirklich an uns heranbringen und uns helfen, mit jungen Menschen zu sprechen!



Es gibt eine aktuelle Debatte. Antje Huber hat gesprochen über die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Partei. Wir wollen da deutliche Zeichen setzen. Ich habe die Empfehlung der Gleichstellungskommission in einem Brief den Bezirksvorsitzenden weitergeschickt, und ich bitte alle, laßt das nicht Papier bleiben, was die

## **„Wir sind dabei, in der Landesregierung die Repräsentanz der Frauen zu stärken.“**

Partei am 16. September beschlossen hat. Wir sind dabei, in der Landesregierung die Repräsentanz der Frauen zu stärken, und ich werde das Zugesagte so schnell wie möglich einlösen.

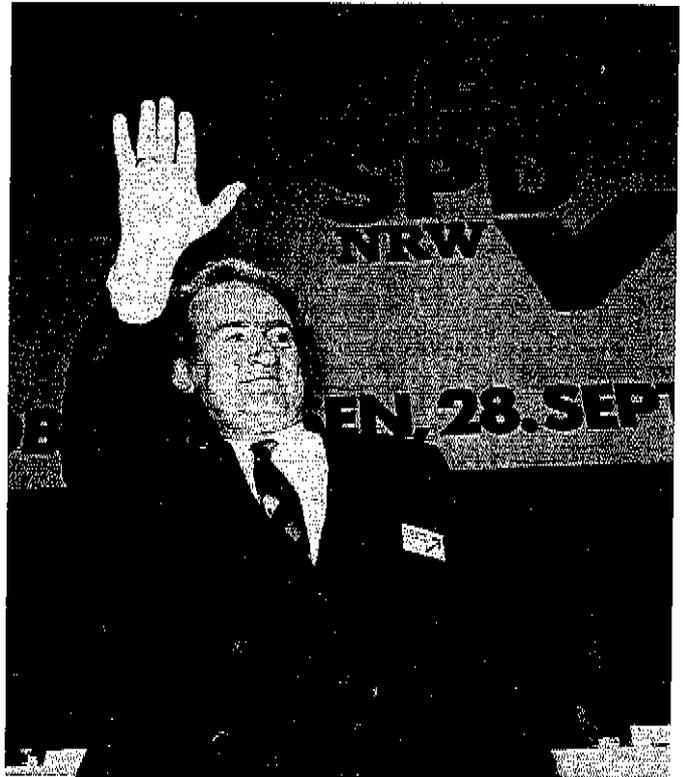
Liebe Freunde, laßt mich noch zwei Bemerkungen ansprechen, weil ich die für unverzichtbar halte. Das eine ist die Entscheidung vom 16. September, die Willy Brandt eine Vorentscheidung genannt hat und die stärker bundespolitische Aufgaben für mich, den Landesvorsitzenden, in den Blick nimmt. Es sind noch 68 Wochen bis zur Bundestagswahl. Ich habe mir das Sommertheater nicht gewünscht. Es war offenbar unvermeidbar, aber ich sage auch nach diesem Sommertheater: Wir wollen die Bundesrepublik nicht mit einem Dauerwahlkampf überziehen. Die Bürgerinnen und die Bürger erwarten zu Recht, daß jeder seine Aufgabe da wahrnimmt und seine Arbeit tut, wo er seine Verantwortung trägt. So werde ich handeln.

Ich will in Ahlen meine Vorstellungen dartin über die soziale und die ökologische Erneuerung in Frieden. Ahlen hat dabei einen besonderen Reiz. Da kann man deutlich machen, daß wir es heute mit einer anderen CDU zu tun haben, mit einer, die eine Interessenspartei geworden ist und keine Volkspartei mehr ist. Und da kann man die Frage stellen, wer die Lasten der Krise trägt. Und bei allen Spekulationen über „Zögern und Zaudern“ und „ist er

## **„Wenn ich im August nächsten Jahres ein Mandat der Partei bekomme, dann will ich auch Kanzler werden, Kanzler aller Bürger.“**

Kandidat oder ist er nicht Kandidat“, sage ich: **Wenn ich im August nächsten Jahres ein Mandat der Partei bekomme, dann will ich nicht Kanzlerkandidat werden, dann will ich auch Kanzler werden, Kanzler aller Bürger.** Dabei kämpfe ich nicht um Koalitionen, sondern um die Koalition der Wähler, die absolute Mehrheit der Mandate. Ich bewerbe mich dann nicht um das Amt des Oppositionsführers oder des Fraktionsvorsitzenden. Ich finde, die Bundestagsfraktion hat uns unter Jochen Vogel den 12. Mai leicht gemacht. Wenn sie nicht in diesen Jahren eine so hervorragende, fleißige, politisch pointierte Arbeit getan hätten in der Bundestagsfraktion, in der Opposition und oft gegen die Schallmauer der öffentlichen Meinung, hätten wir es auch nicht so geschafft. Ich sage danke Hans-Jochen Vogel und der Bundestagsfraktion. Schaffen können wir es nur, wenn wir die Partei bundesweit so mit Zuversicht, so mit Hoffnung, so mit Siegeswillen infizieren, wie die Partei vor dem 12. Mai in Nordrhein-Westfalen war. Aber dann, wenn wir das tun, dann können wir dieses schwierige Ziel erreichen. Die, die jetzt in Bonn regieren, haben natürlich ihre Trickkiste schon geöffnet. Die ganze Geißlerei ist erkennbar. Da wird man versuchen, die SPD und den Rau auseinanderzudivide-

ren. Da wird man fragen, wessen Mann das eigentlich wäre. Die Antwort kann ich klar geben: Ich laß' mich nicht abtrennen von der Partei. In den 8 Jahren, in denen ich Landesvorsitzender hier in Nordrhein-Westfalen bin, glaube ich, haben wir das miteinander geschafft, daß es zwischen den Mitgliedern und Delegierten und dem Vorsitzenden keine Kluft gegeben hat. Und das bleibt so, darauf können sich die politischen Gegner einstellen. Nun könnte man, liebe Genossinnen und Genossen, natürlich sagen: Wir haben jetzt soviel vom 12. Mai geredet. Der Sieg ist haushoch, jetzt kommt eine richtige Pause. Ich kann Euch das leider nicht versprechen. Denn wir haben zwar viel geleistet in den vergangenen 2 Jahren, und wir haben den Spannungsbogen über 3 Wahlen



durchgehalten. Wir haben mehr Erfolg gehabt, als die anderen uns zugetraut hatten, auch mehr, als wir selber uns zugetraut hatten. Und natürlich habe ich Verständnis für den Wunsch, erstmal Luft zu holen und neue Luft zu sammeln.

## **Vier große Aufgaben warten auf uns**

Aber wir stehen vor vier großen Aufgaben, die wir gemeinsam bewältigen müssen.



Erstens: In den nächsten Monaten erarbeiten wir in unserer Partei ein wirtschaftspolitisches Programm. Da wollen wir den Bürgern sagen, wie wir den Weg in die Industriegesellschaft von morgen gehen möchten. Die Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik schreibt einen ersten Entwurf. Und daraus kann ein wirkungsvolles Programm werden, wenn wir uns als Partei aktiv beteiligen. Wenn es um Arbeit und Umwelt geht, dann sind die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die erste Adresse. Und darum müssen unsere Arbeiten einmünden in dieses wirtschaftspolitische Programm, das dann beim Kongreß im Mai vorgestellt wird.



Zweitens: Bis zum Sommer muß das Wahlprogramm für die Bundestagswahl stehen. Dieses Programm soll meine Handschrift tragen, aber doch nicht so, daß ich es mir allein ausdenke. Ich brauche dazu Eure Anregung, Eure Ideen, Eure Hilfe. Und ich bitte um Eure Mitarbeit. Drittens: Ende August wollen wir in Nürnberg erstmals über die Überarbeitungsvorschläge zum Godesberger Programm diskutieren. Die Programmdiskussion, die Willy Brandt selber leitet, ist dabei, uns Entwürfe vorzulegen. Und da kommt es doch noch mehr als bei den beiden Aufgaben, die ich eben genannt habe, darauf an, wie wir

und mit wem wir über unser Programm diskutieren und wie wir zu einem Ergebnis kommen. Wir müssen die Bezirke und Unterbezirke in diesen Diskussionsprozeß einschalten. Wir müssen darauf achten, daß mittel- und langfristiges Wollen und das aktuelle Tun so in Verbindung bleiben, daß die Menschen das nachvollziehen können.

Und schließlich viertens: Von diesem Parteitag im August '86 bis zum Januar 1987 liegt dann auf uns allen die Last des Bundestagswahlkampfes, eines schwierigen, eines Winterwahlkampfes, eines Medienwahlkampfes. Da geht es darum, daß die gewollte Epoche zur vergangenen Episode wird.

## „Wir brauchen als Gesamtpartei die Sonderleistung im Stammland NRW.“

Die unerläßliche Voraussetzung dafür, liebe Freunde, ist doch, daß im Stammland der SPD in Nordrhein-Westfalen eine klare eindeutige Wählermehrheit sich für die soziale Demokratie entscheidet. Da liegt die Meßlatte hoch, sie liegt in absoluten Stimmen noch höher als bei der Landtagswahl. Wir brauchen als Gesamtpartei die Sonderleistung in unserem Stammland, damit die Schlaglöcher in anderen Regionen ausgefüllt werden können. Das sind vier Zusatzaufgaben. Neben dem, was die Normalaufgaben sind. Was sind die Normalaufgaben? Vertrauen bewahren, neues bilden. Neue Freunde gewinnen und uns stützen auf die bewährten Freunde in den Gewerkschaften, in den Verbänden, in den Kirchen. Soziale Gerechtigkeit voranbringen, sozialen Frieden sichern, mehr Mitbestimmung. Wir haben eine große Chance, den künftigen Weg unserer Partei und unserer Gesellschaft zu bestimmen. Solidarisch miteinander und solidarisch mit den Menschen, die uns brauchen. Ich danke Euch, daß Ihr diesen Weg mitgeht.



# 6. Bericht des Landesgeschäftsführers

schriftlich vorgelegt von Bodo Hombach



Es fällt leicht, an einem Tätigkeitsbericht mitzuwirken, der über erfolgreich abgeschlossene Kampagnen und Wahlkämpfe Rechenschaft abzulegen hat.

Es ist eine Selbstverständlichkeit und völlig angemessen, erhaltenes Lob für Konzeptions- und Managementenerfolge ungeteilt weiterzugeben an die Kolleginnen und Kollegen im Landesbüro, an die vielen Helferinnen und Helfer, an die Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine. Niemand wird mir verdenken, wenn ich den Bezirksgeschäftsführern Franz Huppertz, Gerd Kompe, Karl-Heinz Otten und Friedel Uthe, auf deren kollegiale Unterstützung und hilfreichen Rat ich jederzeit rechnen konnte, in besonderer Weise danke.

Es ist durchaus gut und angemessen, sich über gemeinsam erkämpfte Siege zu freuen. Das gibt Mut, Motivation und Selbstvertrauen. Es ist aber falsch, sich allzulange damit aufzuhalten. Es bleibt sehr vieles zu tun, um im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen die Position der Sozialdemokratie noch weiter auszubauen.

Die weitere Qualifizierung der Organisationsarbeit der Partei wird im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen, anknüpfend an die bisher geleistete Arbeit und das Wis-

sen aus unserer Ortsvereinsstudie. Die in den Wahlkämpfen bewährte kollegiale und enge Kooperation zwischen Landesverband, Bezirken und Unterbezirken ist zu pflegen und noch weiter zu stärken. Es gibt keine Konkurrenz oder Rivalität zwischen den einzelnen Ebenen, sondern nur eine sinnvolle, sich ergänzende Arbeit für die gemeinsame Aufgabe.

Nur gemeinsam sind wir erfolgreich: So wie sich jeder Ortsverein die Erfolge bei der Bundestagswahl wünscht, ist gleichzeitig jede erfolgreiche Gemeinde ein unentbehrlicher Baustein für den Sieg des Ganzen.

Die nordrhein-westfälische CDU hat nach ihrer herben, schweren Niederlage lange deren Grundlagen und Ursachen untersucht. Eine Konsequenz daraus ist der Beschluß, einen gemeinsamen Landesverband zu gründen. Die CDU geht damit einen richtigen Weg, sie hat Wesentliches von uns gelernt. Die Gründung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes im Jahre 1960 durch die vier Bezirke war und ist entscheidend dafür, daß Nordrhein-Westfalen, das nie ein Stammland der Sozialdemokratie war, nun ein wirkliches Stammland für unsere Partei geworden ist. Es war eine weitsichtige Entscheidung der vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirke, sich zu einem starken Landesverband zusammenzuschließen. Das haben die hinter uns liegenden drei Wahlkämpfe wieder einmal eindrucksvoll bestätigt.

Ein geeilter CDU-Landesverband könnte die politische Gewichtung innerhalb der Bundes-CDU entscheidend verändern. Nordrhein-Westfalen würde dadurch politisch gestärkt und gleichzeitig die Landes-CDU ein für uns erster zu nehmender Gegner. Auf diesen Fall müssen wir uns auf allen Organisationsebenen, auch beim Landesverband, vorbereiten, damit wir weder organisatorisch noch inhaltlich in die Defensive geraten.

Das wirkliche Geheimnis der Kraft der nordrhein-westfälischen SPD hat die CDU aber noch nicht begriffen, und sie wird es auch nur schwerlich kopieren können: Die schlagkräftige Organisation, in der vier Bezirke, 54 Unterbezirke und 1 800 Ortsvereine, die Arbeitsgemeinschaften wie die Genossinnen und Genossen vor Ort zusammenarbeiten.

Die Schlagkräftigkeit der gesamten Partei-Organisation muß in der Zukunft erhalten und noch weiter ausgebaut werden. Wir müssen neue Mitglieder werben und die gesamte Organisation noch kompetenter machen. So ist mit der Fraktion verabredet, daß sie sich ab sofort an der Herausgabe der Ortsvereinsnachrichten für Funktionäre und Mandatsträger beteiligt, um noch hautnaher die Landespolitik auch dem einzelnen aktiven Mitglied im Ortsverein nahezubringen. Die Landesregierung wird anläßlich der 40-Jahr-Feier Nordrhein-Westfalens mit einem NRW-Tag im September 1986 das Landesbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger vertiefen und pflegen und damit eine sozialdemokratische Initiative aufgreifen und vollenden.

Die gesamte Partei in Nordrhein-Westfalen muß sich jetzt vorbereiten auf 1987, auf das siegreiche Bestehen bei der

Bundestagswahl. Wir werden wie zur Landtagswahl alles auf eine Karte setzen müssen, wir setzen voll auf Sieg und das mit Recht. 1987 kann es uns gelingen, der Wende in den Arm zu fallen und den Sozialabbau zu stoppen. 1991 könnte es dazu bereits zu spät sein. Die Organisation muß jetzt Kraft tanken, um neuen Schwung nach den anstrengenden drei Wahlkämpfen der letzten zwei Jahre zu finden.

Bewährtes und Begonnenes muß ausgebaut und verfestigt werden. Es ist ein Problem, daß viele SPD-Mitglieder sich nicht aktiv am Leben und an der Arbeit der Partei beteiligen. Das muß uns selbstkritisch stimmen. Hier ist noch ein großes Potential zu erschließen.

Die Chancen sind gut: Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten haben Geschlossenheit, Zusammengehörigkeit und ein Gemeinschaftsgefühl wie niemals zuvor bewiesen und gezeigt. Viele Außenstehende verspürten daraufhin den Wunsch, dazuzugehören, mitzumachen und mitzugestalten.

Das Gefährlichste wäre jetzt, daß wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen, deshalb müssen wir uns jetzt verstärkt an der Programmdiskussion der Gesamtpartei beteiligen, uns auf allen Politikfeldern zu Wort melden. Die Leistung der Organisation muß es dabei sein, Beteiligungsmöglichkeiten auch für die Menschen und Gruppen zu schaffen, die uns bislang noch fernstanden.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, die Leistungen eines Vereins zu erwähnen, der viel dafür getan hat, das Gespräch zwischen Sozialdemokraten und Andersdenkenden, zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, Hochschulangehörigen, Künstlern und Verantwortlichen in Wirtschaft und Publizistik zu intensivieren. Der Verein der Freunde Nordrhein-Westfalens hat keinen Hehl daraus gemacht, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahezustehen. Der Verein hat auch durch eine Vielzahl von Publikationen, wie das 10 000-fach verkaufte Buch über die Geschichte der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die Beachtung und Unterstützung der Partei verdient.

# 7. Bericht der Gleichstellungskommission durch Ilse Ridder



Liebe Genossinnen, liebe Genossen!  
Ich stehe jetzt vor zwei Schwierigkeiten: einmal muß ich nach Johannes Rau reden, zum anderen spreche ich über ein Thema, das überhaupt nicht beliebt ist. Trotzdem hoffe ich – und da wende ich mich insbesondere an die Genossen –, daß Ihr Verständnis habt, wenn ich zu diesem doch sehr unbeliebten Bereich „Gleichstellung“ einmal mehr rede. Zu einem Thema, das sicherlich einigen Genossen zum Halse heraushängt. Einerseits habe ich Verständnis dafür. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn ich hier spreche, dann tue ich das nicht aus reinem Selbstzweck, sondern weil dies für die Frauen eine lebenswichtige Frage ist. Auch wir möchten sie gerne zu den Akten legen, aber bitte dann nur mit einem positiven Eriedigungsvermerk. Dann hätten wir das Thema nämlich endlich geregelt. Wenn wir so hartnäckig an der Sache bleiben, das nehmt den Frauen in der Partei einmal ab, daß wir es auch deshalb tun, weil wir möchten, daß die SPD mehrheitsfähig bleibt. Und wenn der Johannes Rau gerade gesagt hat, daß er Kanzler werden möchte für alle Bürgerinnen und Bürger, dann kann ich nur sagen und bestätigen, daß wir Frauen in Nordrhein-Westfalen dies auch wollen und daß wir ihn dabei solidarisch unterstützen werden.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
ein schriftlicher Bericht der Gleichstellungskommission liegt Euch vor. Ich möchte aufgrund der aktuellen Diskussion in der Partei ein paar mündliche Ergänzungen machen.

Wenn die Forderungen der Frauen in der Partei nach mehr Beteiligung immer massivere Formen annimmt, so darf dies eigentlich niemanden verwundern. Außenstehende wundern sich vielmehr über die Geduld und Diszipliniertheit, mit der Parteifrauen manches über sich ergehen lassen!

Trotz politischer Programmatik, trotz vieler Beschlüsse – in jüngster Zeit zunehmend einvernehmlich – lassen die Erfolge innerparteilicher Gleichstellungsbemühungen auf sich warten. So hatte der Bundesparteitag in Essen die Partei erneut in die Pflicht genommen, Ernst zu machen mit einer angemessenen Frauenbeteiligung auf allen Ebenen, bei allen Ämtern und Mandaten und als Ziel eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen anzustreben.

## Frauen hatten noch Glück

Und was ist daraus geworden z. B. in NRW? (Woanders sieht es auch nicht wesentlich besser aus!)

Im neuen Landtag sitzen unter 125 Mandatsträgern ganze 9 Frauen = 7,2 Prozent. Damit hatten wir noch unverschämtes Glück, weil 5 Frauen völlig unerwartet ihren Wahlkreis gewannen. Am Kabinetttisch sitzt eine Frau neben 10 Männern. Wir kennen alle die Zwänge, die dazu geführt haben. Bitter für die Frauen dabei ist, daß eben immer alle anderen Zwänge schwergewichtiger sind, als der Zwang, Frauen angemessen zu beteiligen!

Zwischen Beschlußlage und praktischer Politik bestehen tiefe, unüberwindliche Gräben.

## Stellen uns dem Konflikt

Die Frauen wollen und werden diesen Widerspruch in der Partei nicht länger hinnehmen und werden sich diesem Konflikt stellen. Ich möchte die Genossen warnen, den Konflikt zu bagatellisieren und sich mit dem Gedanken zu trösten, es handele sich um eine Auseinandersetzung nur mit einigen Exotinnen, einigen Feministinnen in der ASF, die diesen Zauber veranstalten.

Frauen in den Gewerkschaften, Frauen in der AfA, junge Frauen, Frauen bei den Jusos, Frauen in den Kommunalparlamenten, Frauen in der Kirche, Frauen in den Verbänden, sie alle empfinden diese Benachteiligungen allesamt gleichermaßen bedrückend.

Ungleichheiten, Benachteiligungen von Frauen existieren nämlich in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, und Frauen empfinden sie zunehmend stärker, ihr braucht nur einmal die Ohren dafür zu öffnen.

Seht Euch nur mal die Lage der Mädchen und Frauen in der beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt an: viele befinden sich in einer Sackgasse, auf einer Straße ohne Zukunft.

Ich sehe meine Aufgabe als ASF-Landesvorsitzende, die unterschiedlichen Interessen dieser Frauen, die doch gemeinsame Forderungen haben, zu bündeln und Sprachrohr zu sein für alle.

## Die innere Ablehnung wächst

Jedes Auseinanderdividieren ist da schädlich und zwecklos.

Die Beteiligung von Frauen in der Landespolitik z. B. zeigt mit aller Deutlichkeit, daß Beschlüsse, die zwar formal einmütig gefaßt und zu den Akten gelegt werden, uns nicht weiterhelfen. Ich glaube nämlich, und dies bestätigt mir eine Reihe Erfahrungen, daß zwar die offene Ablehnung progressiver Frauenförderungsbeschlüsse seltener wird, die innere Ablehnung aber größer: da wird dann mit der Faust in der Tasche und Wut im Bauch zugestimmt, weil offene Ablehnung derzeit nicht gerade opportun ist.

Wir befinden uns in einer Mangelsituation: Mangel an Ausbildung, Mangel an Arbeitsplätzen – Doppelverdiener, gemelnt sind natürlich die Verdiennerinnen – Mangel an Zuwachsraten, mit denen in der Vergangenheit vieles ausgeglichen werden konnte. Auch die Mandate und Ämter, auf denen heute Männer sitzen, lassen sich nicht beliebig vermehren.

Genossen empfinden deshalb die Forderungen der Frauen als persönliche Bedrohung. Dies ist menschlich verständlich. Deshalb wird ein Mehr an Frauenbeteiligung auch nicht ohne harte, aber wie ich hoffe, faire Auseinandersetzung abgehen. Dies muß man wissen und einkalkulieren.

Wie kommen wir aber nun praktisch weiter?

Die Gleichstellungsarbeit in der SPD braucht prominente Fürsprecher. Johannes Rau und andere führende Genossen, z. B. die Bezirksfürsten, die schließlich nicht ohne Grund diesen Spitznamen führen und auch die Unterbezirksvorsitzenden müssen sich verstärkt dieser Aufgabe annehmen, wenn es ihnen ernst ist mit der Frauenbeteiligung, und wenn sie in NRW einen Durchbruch schaffen wollen.

## Die Basis muß sich stellen

Auch die Basis, die Ortsvereine, müssen sich dieser Aufgabe stellen. Nur wenn wir den Frauen in den Ortsvereinen und den Kommunalparlamenten mehr Chancen und Aufgaben geben, werden sich auch mehr Frauen für höhere Ebenen profilieren können! Wir wollen also nicht die Außeneinsteigerin, die Höhenfliegerin; die Frauen wollen in der Partei ihren Weg machen.

Wenn es der Partei Ernst ist mit den Frauen, habe ich vorhin gesagt. Ist es ihr wirklich Ernst damit? Ist es Zufall oder Ausnahme, wenn man nach der NRW-Wahl hier und da den Spott hören konnte: „Was wollt ihr denn eigentlich, wir haben die Wahlen doch auch ohne Frauen im Kabinett gewonnen“?

An dieser Aussage gibt es wohl zunächst keinen Zweifel. Johannes Rau hat die Wahlen in NRW mit einem hervorragenden Ergebnis gewonnen.

Es fragt sich nur, wie lange noch ist das haltbar. Umfrageergebnisse signalisieren uns deutlich, daß nicht nur Frauenthemen immer größere Bedeutung gewinnen, sondern auch die Frage gleichberechtigter Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten.

## Neues Bewußtsein bei Frauen

Dieses neue Bewußtsein ist insbesondere bei Frauen verankert und entkräftet alte Vorstellungen, daß Frauen keine Frauen wählen.

54 Prozent der Befragten finden eine stärkere personelle Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten sehr gut. Überdurchschnittlich stark identifizierten sich SPD-Anhänger (62 Prozent) und die der Grünen (69 Prozent), mit der Forderung nach einer paritätischen Besetzung. Bei den Frauen reagieren 60 Prozent auf einen solchen Vorschlag positiv, 67 Prozent der SPD-Frauen und gut 75 Prozent der Anhängerinnen der Grünen.

So wichtig gerade für die Frauen eine sozialdemokratisch orientierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist (die Frauen brauchen da die SPD, dies ist ganz klar), die Frage der eigenen Interessenvertretung von Frauen durch Frauen gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. Dies bestätigt auch die Tatsache, daß der Frauenanteil bei den Neuzugängen der Partei stetig wächst und in einigen Regionen 40–50 Prozent erreicht hat.

## Frauen machen wirkungsvolle Politik

Und diese Frauen machen für die SPD wirkungsvolle Politik. Beispiel: kommunale Gleichstellungsstellen.

Nach der Änderung der Gemeindeordnung, die die Gemeinden jetzt aufruft, den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung ernst zu nehmen und umzusetzen, hatten immerhin 70 Prozent der Unterbezirke die Forderung nach kommunalen Gleichstellungsstellen in ihr kommunales Wahlprogramm aufgenommen.

Die SPD und die Frauen nahmen damit der Partei der Grünen ein Thema weg, das diese gerne auf ihre Fahnen geheftet hätte. Dieses Thema hat viele Frauen innerhalb und außerhalb der SPD wieder motiviert und neue Sympathien für die SPD geschaffen. Kein anderes Thema hat im Kommunalwahlkampf und im Landtagswahlkampf neben der frauenfeindlichen Bonner Politik eine so zentrale Rolle für die Frauen gespielt, wie die kommunalen Gleichstellungsstellen, mit denen man wirklich hautnahe Politik machen kann, sozusagen Politik zum Anfassen. Da wird spürbar, daß die Probleme von Frauen ernst genommen werden und konkrete Hilfe geleistet wird.

Dank an alle die, die im kommunalen Bereich mitgeholfen haben, Gleichstellungsstellen aufzubauen: ich gehe davon aus, daß bis Ende 1986 in NRW ein Netz von kommunalen Gleichstellungsstellen bestehen wird. Dies ist ein Beispiel für die Vorreiterrolle der SPD.

## Es fehlt nicht an Qualifikation

Wenn es um innerparteiliche Gleichstellung geht, kommt häufig der Qualitätsvorbehalt. „Es fehlen uns einfach gute Frauen“, so argumentiert man. Aber Genossen, noch nie gab es so viele gut ausgebildete und politisch engagierte Frauen in der BRD. Den Frauen fehlt nicht so sehr die Qualifikation, sondern eher der Mut, sich für Führungspositionen zu bewerben, und dafür gibt es gute Gründe.

Frauen brauchen eben auch die Möglichkeit, vor Ort in der Partei oder in den Fraktionen Erfahrungen zu sammeln, sie brauchen und wollen die gleiche Unterstützung und Toleranz, wie sie männlichen Bewerbern um Spitzenpositionen zukommen, die, nachdem sie von der Führungsgruppe auserkoren worden sind, wie von einem Schutzmantel umhüllt ihre Karriere vollenden. Wie anders sieht es da manchmal bei Frauenkandidaturen aus! Qualität ist gefragt. Dabei ist es ja nicht so, daß alle männlichen Würdenträger und Amtsinhaber nur große „Leuchten“ sind. In der großen Schar von Männern können sie nur viel besser untertauchen als die Frauen, die in ihrer Vereinzelung viel stärker auffallen. Wieviel leuch-

tende Beispiele von Frauen gibt es schon heute: seht Euch einmal unsere drei Oberbürgermeisterinnen an, unsere Mandatsträgerinnen, Fraktionsvorsitzenden, Ministerinnen, die sind engagiert und tüchtig und noch fleißig dazu!

---

## Umfragen sind ein Alarmsignal

---

Genossinnen und Genossen, der CDU sind die Frauen in Scharen bei der letzten Wahl davongelaufen, aber sie laufen nicht automatisch zu uns, bzw. sie bleiben nicht bei uns, wenn wir nicht mehr dafür tun. Ein Alarmsignal sollte es für uns sein, daß Meinungsumfragen zufolge die Partei der Grünen die besten Noten als Vertretung von Fraueninteressen erhält:

24 Prozent der Befragten trauen dieser Partei am meisten zu, die SPD folgt mit 13 Prozent vor der CDU/CSU mit 11 Prozent.

Besonders die jüngeren Frauen suchen ihre Zukunft verstärkt bei den Grünen.

Die innerparteilichen Bemühungen, die Willy Brandt jetzt eingeläutet hat, haben also auch ganz handfeste Gründe. Wir können in der Partei Erfolg haben, wenn Idealisten und Pragmatiker sich in dieser Frage die Hand reichen.

Überzeugte Sozialdemokraten müssen eigentlich für die Frauenbeteiligung eintreten, weil sie ein zentrales Ziel der SPD ist. Und damit ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, dieses Ziel wenigstens in den eigenen Reihen zu verwirklichen.

Wie können wir sonst Betriebe und Unternehmen in die Pflicht nehmen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, wie können wir Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft verlangen, wenn wir es in unserer Partei nicht schaffen.

Pragmatiker, Wahltaktiker und Mitläufer müßten aus wohlverstandem Eigeninteresse auch mitmachen, denn die Frauen und die Frauenpolitik sind ein wichtiges Standbein der SPD. Deshalb Genossen, die Faust aus der Tasche und mit Herz und Verstand die Frauen in der Partei unterstützen, damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen.

Die erste Herausforderung steht vor der Tür.

Auch in NRW wollen wir mindestens so viele weibliche Mandatsträger wie es dem Mitgliederanteil in der Partei entspricht, d. h. mindestens 25 Prozent.

Wir haben z. Zt. von 63 Abgeordneten 7 Frauen, also 11 Prozent. Zielvorstellung für NRW wären 16-19 weibliche Abgeordnete.

---

## Frauen mehr absichern

---

Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn Frauen sowohl in aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt, wie auch durch aussichtsreiche Listenplätze abgesichert werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden in den Unterbezirken aufgestellt, niemand kann sich hier aus der Verantwortung stehlen. Was bei der Kandidatennominierung vor Ort versäumt wird, kann später per Liste nicht mehr reguliert werden.

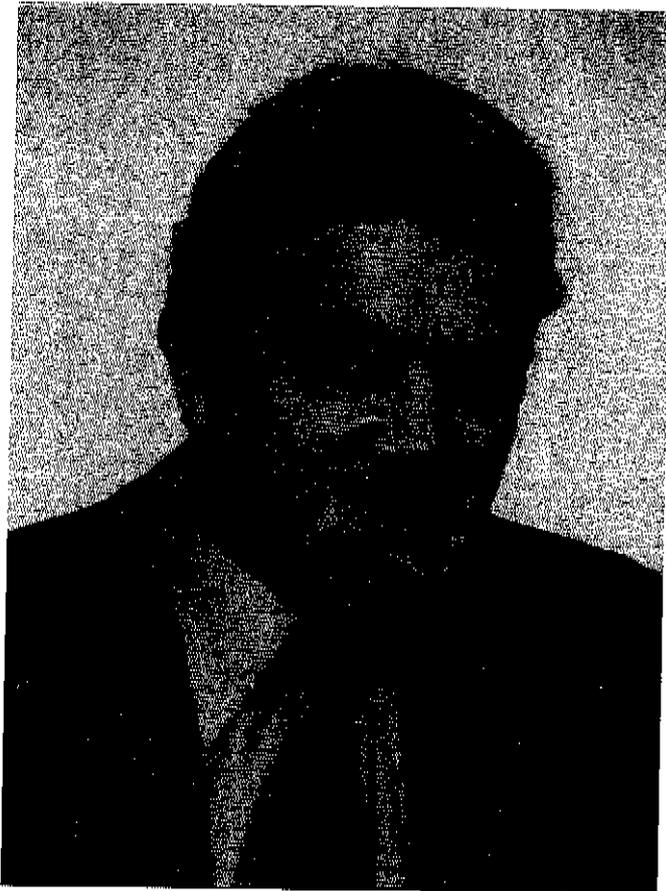
Ein erster Schritt auf diesen Wege wäre, wenn wir heute den vorliegenden Entschließungsantrag einstimmig verabschieden und damit den solidarischen Willen dieses Parteitages dokumentieren.

Ich meine, wir dürften Johannes Rau bei dieser schwierigen Frage nicht alleinlassen, denn er kann diese Aufgabe der Frauenbeteiligung auch nicht allein umsetzen. Wir sollten ihm und den Frauen solidarisch helfen und dann in Bonn gemeinsam die Mehrheit verändern. Die SPD

konnte sich eigentlich immer auf die Frauen verlassen. Die SPD wird sich auch in Zukunft auf die Frauen verlassen können. Und ich sage hier ganz einfach mutig und ungeschützt: „Die Frauen können sich auch weiter auf die SPD verlassen.“

# 8. Bericht des Vorsitzenden der Landeskontrollkommission

schriftlich vorgelegt durch Rainer Verhoeven



Die auf dem Landesparteitag am 26. Juli 1983 in Duisburg gewählte Landeskontrollkommission konstituierte sich in der am 23. September 1983 einberufenen Sitzung. Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie Rainer Verhoeven, zum Stellvertreter Wilfried Mittelberg. Außerdem gehören der Kontrollkommission Klaus Böbisch, Ferdi Franke und Jörg Grahl an.

Innerhalb des Berichtszeitraumes fanden 6 Sitzungen mit 2 Jahresabschlüssen statt.

Die im Rechenschaftsbericht zum 7. Ordentlichen Landesparteitag befürchtete schwere Finanzierungskrise des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ist aus unterschiedlichen Gründen nicht eingetreten. Außerdem konnten, anders als im letzten Geschäftsbericht erwartet, ausreichende Mittel für den Landtagswahlkampf zur Verfügung gestellt werden. Die Planung, Führung und Finanzierung des Landtagswahlkampfes ist im Berichtszeitraum wohl die wichtigste Aufgabe des Landesverbandes und des Landesbüros gewesen. In diesem Sinne hat auch die Landeskontrollkommission gemeinsam mit der Finanzkommission des Landesvorstandes, unter Vorsitz von Fritz Ziegler, mit Landesgeschäftsführer Bodo Hombach die finanziellen Angelegenheiten des Landesverbandes überprüft.

Daß es nicht zu der vorausgesagten und nach dem damaligen Kenntnisstand durchaus möglichen Finanzkrise kam, ist einmal dem überwältigend guten Landtagswahl-

ergebnis zu verdanken, außerdem der Anpassung der Wahlkampfkosten-Rückerstattung sowie der äußerst sparsamen Haushaltsführung des Landesverbandes.

Die Finanzkommission, unter Vorsitz von Fritz Ziegler, hat im Auftrag des Landesvorstandes seit 1980 kontinuierlich eine langfristige Finanzplanung erarbeitet, die zunächst bis 1985, mittlerweile bis in die 90er Jahre fortgeschrieben wurde. Diese wohl in einzigartiger Weise detaillierte Finanzplanung, die voll das Prinzip der „gläsernen Taschen“ erfüllt, geht zurück auf Forderungen der Landeskontrollkommission, die auf eine derartige Finanzplanung bestehen mußte, um gewiß zu sein, daß für die jeweils anstehenden Wahlkämpfe ausreichende Finanzmittel aufgewandt werden können.

Es ist irrig, anzunehmen, Parteien könnten aus der Wahlkampfkosten-Rückerstattung der öffentlichen Hand Mittel für ihre Parteilarbeit gewinnen. Das wäre eindeutig ungesetzlich und außerdem verschlingen moderne Wahlkämpfe mit den vielfältigen Kosten, zum Teil über die gesamte Legislaturperiode, und auf die ganze Partei betrachtet, mit Sicherheit mehr als den Betrag, der durch die Wahlkampfkosten-Rückerstattung gedeckt wird.

Die Landeskontrollkommission begrüßt es, daß der Landesgeschäftsführer in Absprache mit Fritz Ziegler die Wahlkampfkosten, umfassend wie nie zuvor und nicht nur auf die letzte heiße Wahlkampfphase bezogen, errechnet und vorgelegt hat. Dabei möchte ich besonders lobend erwähnen, daß die durch einen unabhängigen Unternehmensberater errechneten und belegten Wahlkampfkosten in Höhe von 17 404 257,88 DM mit einer Abweichung von nur 2 000,- DM einem Kostenvorschlag entsprachen, den Bodo Hombach zuvor zur Genehmigung vorgelegt hatte.

Bei einer derartigen Fülle von Einzelmaßnahmen und Projekten bei einem so hohen Finanzvolumen ist das eine bemerkenswerte Leistung der Betriebsführung, die zudem noch in Zusammenhang damit steht, daß es dem Landesgeschäftsführer von Jahr zu Jahr gelungen ist, den ihm gesetzten Kostenrahmen, der zunächst als viel zu niedrig galt, exakt einzuhalten. Wie auch im vergangenen Berichtszeitraum hat es dabei in ganz erheblichem Umfang innerhalb der einzelnen Ausgabenblöcke zwischen Soll und Ist Abweichungen gegeben. Generell ist dabei das Prinzip erkennbar, daß sämtliche technischen Kosten, Büro- und Personalkosten, sowie auch insbesondere Ansätze für Delegationsreisen u. ä. wie auch bereits im vergangenen Berichtszeitraum weit unterschritten wurden, während Ansätze für Aktionen und Publikationen deutlich überzogen wurden. Die Landeskontrollkommission stellt dies fest, bewertet es aber aus politischen Gründen, da jeweils der Gesamtrahmen mit Abweichungen von manchmal nur wenigen Hundert Mark eingehalten wurden, als positiv.

Der neue Landesvorstand sollte aber gemeinsam mit der Finanzkommission eine politische Diskussion über neue Kostenansätze führen. Der Vorsitzende der Kommission, Fritz Ziegler, und Landesgeschäftsführer Bodo Hombach haben gemeinsam die Absicht bekundet, in Zukunft die gegenwärtigen Kostenrelationen noch weiter zugunsten politisch unmittelbar produktiver Ausgaben zu ändern.

Daß es gelungen ist, mit 17 Mio. Mark den politischen Auftrag des Landesvorstandes zu erfüllen, ist ausschließlich der Tatsache zu verdanken, daß die in der Vergangenheit angefallenen üblichen hohen Agenturhonorare weitgehend eingespart werden konnten. So wurde es möglich, in gleichem Umfange wie 1980 Wahlwerbung mit Druckschriften, Plakaten und Anzeigen zu führen, obwohl zwischenzeitlich gerade im Druck- und Papierbereich erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen waren. Da offenbar auch die Qualität des Wahlkampfes nicht gelitten hat, scheint hier ein Modell entwickelt worden zu sein, das unter Kostengesichtspunkten sicherlich empfehlenswert ist.

Es wird dem Landesverband nicht erspart bleiben, in Zukunft weiterhin aufs Sparsamste zu wirtschaften, wo immer es geht, Kosten zusätzlich zu reduzieren, wenn er die Finanzierung des Landtagswahlkampfes 1990 in ähnlichem Umfange sichern will. Die Kontrollkommission begrüßt die Tatsache, daß den nordrhein-westfälischen Partei-Bezirken mit 8,1 Mio. Mark ein Betrag zur Abdeckung der ihnen anfallenden Landtagswahlkosten zur Verfügung gestellt wird.

Die Landeskontrollkommission findet die Kosten für Gremien und Arbeitsgemeinschaften und für den Sitzungsbetrieb immer noch bemerkenswert hoch.

Bereits im letzten Berichtszeitraum wurde die gesamte Buchhaltung des Landesverbandes von einem Steuerberater mit Hilfe einer externen EDV-Anlage abgewickelt. Dies ergibt ein höchstes Maß vielfältiger Kontrolle und Kostentransparenz. Der Landesverband ist hinsichtlich der Planung der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie größerer Investitionen durch die Finanzkommission gemeinsam mit der vom Parteitag gewählten Landeskontrollkommission kontinuierlich begleitet worden. Die über die EDV-Anlage vom vereidigten Steuerberater abgewickelte Buchhaltung gewährt ständigen, detailliertesten Überblick. Das war Voraussetzung dafür, daß es der Finanzreferentin Monika Müller bislang in allen Fällen gelungen ist, Planungsansätze nicht zu übersteigen.

Wie auch im letzten Berichtszeitraum möchte sich die Landeskontrollkommission dafür bedanken, daß Monika Müller bei allen Prüfungen im Landesbüro stets alle Unterlagen umfassend, ordentlich und korrekt vorlegen konnte.

Auch die nach dem neuen Parteiengesetz vorgeschriebene und im Landesverband bereits durchgeführte Prüfung einer unabhängigen Treuhandgesellschaft konnte gänzlich ohne Beanstandungen und mit ausdrücklichem Lob in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Die Landeskontrollkommission hat in Monika Müller, in Fritz Ziegler und Bodo Hombach Partner, die aufs engste zusammenarbeiten und stets ihr gemeinsames Streben in der ökonomischsten Lösung politischer Aufgaben sahen. Ich möchte diesen Bericht aber nicht schließen, ohne meine Sorgen für die Zukunft zu Protokoll gegeben zu haben. Die hohe Wahlkampfkosten-Rückerstattung kann allzu viele in der falschen Illusion wiegen, für den Landesverband seien nun dauerhaft alle Finanzprobleme beseitigt.

Der Parteivorstand in Bonn hat bereits sehr nachdrücklich den zunächst als Zuschuß gewährten Beteiligungsbetrag wegen des guten Wahlkampfes zurückgefordert. Ein Rückzahlungsverfahren ist zwischen Hans-Jürgen Wischnewski und Fritz Ziegler bereits vereinbart worden, was die Landeskontrollkommission nicht kritisieren möchte, aber dennoch zum Anlaß nimmt, darauf hinzuweisen, daß vielleicht schon 1990 ein neuerlicher PV-Zuschuß nötig werden könnte.

Ich habe durch meinen Bericht zum Ausdruck gebracht, daß mein Antrag zur Entlastung des Landesvorstandes und des Geschäftsführers gut begründet ist. Ich bitte auch im Namen meiner Kollegen um die Annahme meines Antrages.

# 9. Aussprache

---

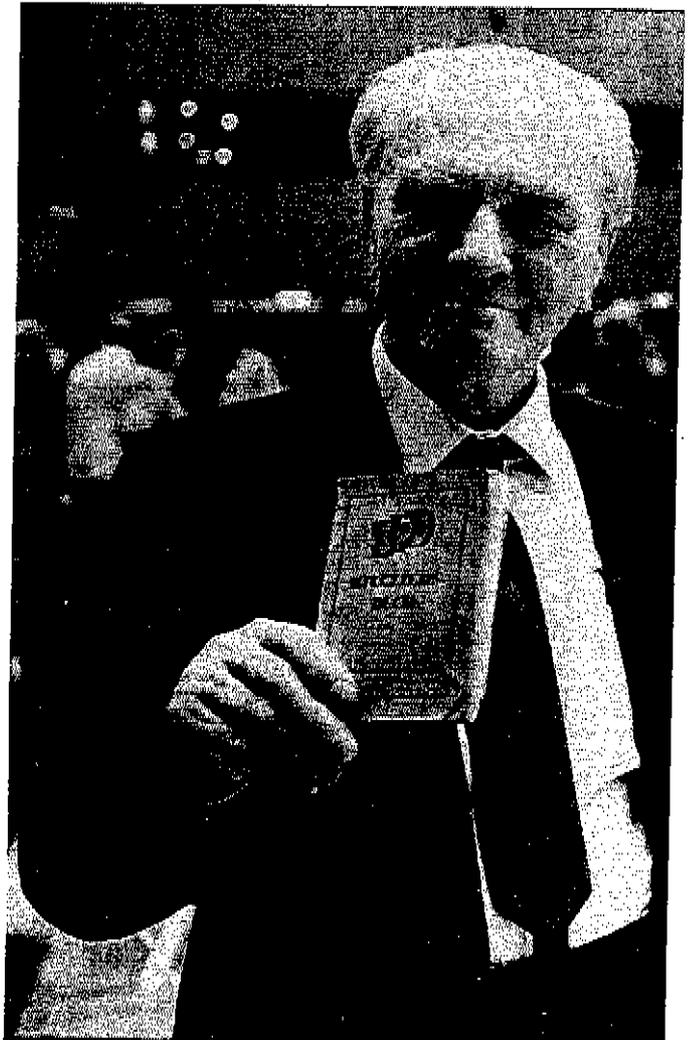
Zu den Tagesordnungspunkten fünf bis acht lagen keine Wortmeldungen vor. Der Parteitag widersprach dem Antrag der Landeskontrollkommission nicht und entlastete damit den Landesvorstand und den Landesgeschäftsführer.



---

## Paul Zuchlinski (82): Seit 67 Jahren in der Partei aktiv

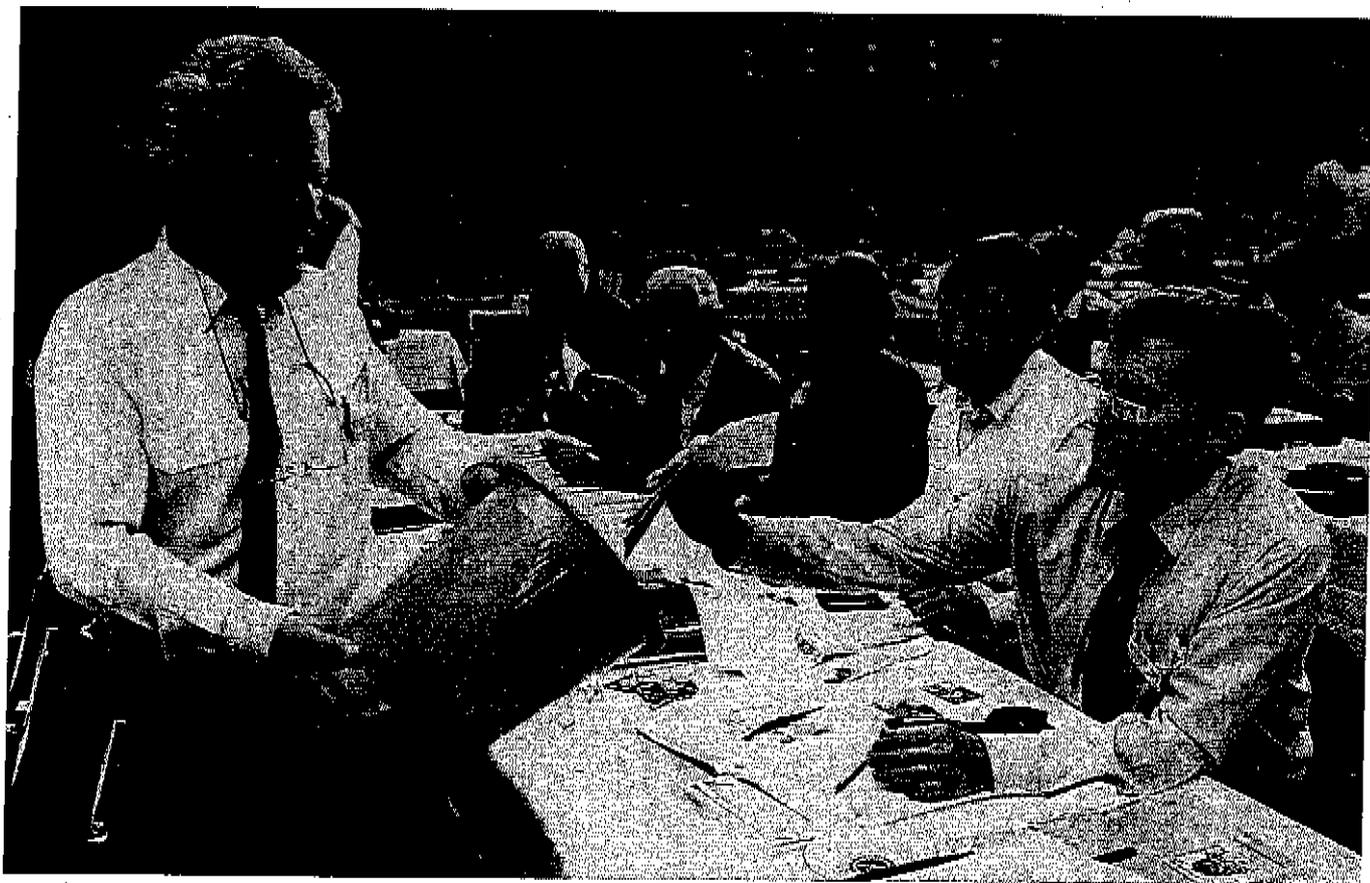
Seit 67 Jahren ist Paul Zuchlinski Mitglied der SPD. In seinem Ortsverein Oberhausen-Osterfeld ist er als unermüdlicher Wahlkämpfer und engagierter Genosse bekannt. Für die langjährige Mitgliedschaft und sein Eintreten für die Sache der Sozialdemokratie wurde Paul Zuchlinski (82) auf dem Landesparteitag von Johannes Rau geehrt. Paul Zuchlinski wurde 1903 in Polen geboren, zog mit seinen fünf Kindern nach Schlesien, wo er als Tiefbauarbeiter eine Arbeit fand. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschlug es ihn mit seiner Familie nach Niedersachsen. In Behrensen (Kreis Nordheim) baute Paul Zuchlinski einen SPD-Ortsverein auf. Seit 1954 lebt er mit seiner Familie in Oberhausen.



# 10. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Zum 8. Ordentlichen Landesparteitag waren aus den Bezirken 300 Delegierte eingeladen, dazu kommen 18 stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstandes, insgesamt waren also 318 Delegierte geladen. Anwesend waren 314, die sich wie folgt auf die Bezirke verteilen:  
Westliches Westfalen: geladen 143; anwesend 143  
Ostwestfalen-Lippe: geladen 29; anwesend 29  
Niederrhein: geladen 75; anwesend 74  
Mittelrhein: geladen 53; anwesend 51  
Vorstand: 18 Mitglieder, anwesend 17 – ein Mitglied ist entschuldigt.

Anwesend waren also 314 Delegierte. Es fehlen 4 Delegierte. Von den Anwesenden waren 246 mit Buch, 68 ohne Parteibuch erschienen. Die Versammlung beschloß, daß den 68 ohne Parteibuch das Stimmrecht zuteil wird, dadurch sind 314 Delegierte stimmberechtigt.



# 11. Behandlung der Anträge

## Antragsspiegel

Antrag-Nr. Antragsteller Betreff	Beschluß des Landesparteitages	
<b>Antragsgruppe A: Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Energiepolitik</b>		
<b>A/1</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Streikrecht	Erledigt, weil Klage zurückgezogen.	<b>A/8</b> Unterbezirk Unna Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landesregierung für Sozialhilfeempfänger
<b>A/2</b> Bezirk Westliches Westfalen Abbau von Überstunden	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	<b>A/9</b> Unterbezirk Unna Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – Förderung von Projekten mit Arbeitslosen
<b>A/3</b> Unterbezirk Dortmund Abbau von Überstunden	Erledigt durch Annahme des Antrages A/2 in der Fassung der Antragskommission.	<b>A/10</b> Unterbezirk Unna Sicherung der Sozialversicherung durch Einführung eines „Wertschöpfungsbeitrages“
<b>A/4</b> Unterbezirk Steinfurt Berufsausbildung für alle	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	<b>A/11</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Landesberufbildungs-gesetz
<b>A/5</b> Unterbezirk Steinfurt Arbeit und Ausbildung für alle	Erledigt durch Beschlüsse der Landesparteitage (Teilbereich Arbeit für alle) und durch Übernahme in Antrag A/4 (Teilbereich Jugendarbeitslosigkeit).	<b>A/12</b> Ortsvereine Hohenhausen, Schloß Holte Stukenbrock, Belke-Steinbeck Berufliche Bildung
<b>A/6</b> Unterbezirk Warendorf Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, Umwandlung der Jugendvertretungen in Jugend- und Ausbildungsververtretungen	Annahme.	<b>A/13</b> Ortsvereine Dahl (Unterbezirk Paderborn) Bünde-Mitte, Spradow Berufliche Bildung
<b>A/7</b> Unterbezirk Dortmund Verstärkte Förderung von Arbeitsplätzen für Frauen	Annahme mit redaktioneller Änderung.	<b>A/14</b> Ortsverein Wiedenbrück Berufliche Bildung
		<b>A/15</b> Unterbezirk Dortmund Landeshilfen für Unternehmen
		Annahme. Annahme in der Fassung der Antragskommission. Annahme in der Fassung der Antragskommission. Erledigt durch Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission. Erledigt durch Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission. Erledigt durch Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission. Erledigt durch Annahme des Antrages in der Fassung der Antragskommission. Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion und -Landesregierung.

<b>A/16</b> Bezirk Mittelrhein Energiepolitik in Nord- rhein-Westfalen	Überweisung als Grund- lage der Beratung der ein- zusetzenden Kommission zur Vorbereitung eines Sonderparteitages zur Energiepolitik.	<b>A/25</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Gegen Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen Annahme.
<hr/> <b>Antragsgruppe B: Kommunalpolitik, Woh-            nungs- und Verkehrspolitik</b>		
<b>A/17</b> Unterbezirk Kleve Förderung dezentraler Stromerzeugungsanlagen auf der Basis Kraft-Wär- me-Kopplung	Annahme in der Fassung der Antragskommission.	<b>B/1</b> Unterbezirk Warendorf Straßenbau und Umwelt- schutz Annahme.
<b>A/18</b> Unterbezirk Warendorf Thorium-Hochtemperatur- reaktor	Überweisung eines An- tragsteils an die einzuset- zende Kommission zur Vorbereitung eines Son- derparteitages zur Ener- giepolitik.	<b>B/2</b> Unterbezirk Dortmund Nichterhebung der Fehlbe- legerabgabe Ablehnung mit der Maß- gabe, daß alle rechtlichen Möglichkeiten ausge- schöpft werden, damit die Fehlbelegerabgabe flä- chendeckend erhoben wird.
<hr/> <b>Antragsgruppe C: Innenpolitik, Gesell-            schafts- und Sozialpolitik</b>		
<b>A/19</b> Unterbezirk Kleve Schneller Brüter	Erledigt durch Annahme des Antrages A/20 in der Fassung der Antragskom- mission mit Ergänzung des Landesparteitages.	<b>C/1</b> Unterbezirk Warendorf Gleichstellungsbeauf- tragte in den Kommunen Annahme mit Ergänzung- en des Landesparteita- ges als Material.
<b>A/20</b> Unterbezirk Münster Schnellbrutreakortech- logie	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzung des Lan- desparteitages.	<b>C/2</b> Unterbezirk Warendorf Langfristige Sicherung der Finanzierung von Frauen- häusern Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>A/21</b> Unterbezirk Münster Standort für den Bau eines weiteren Hochtemperatur- reaktors in NRW	Überweisung an die einzu- setzende Kommission zur Vorbereitung eines Son- derparteitages zur Ener- giepolitik.	<b>C/3</b> Unterbezirk Dortmund Haushaltstitel für Frauen- häuser Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>A/22</b> Unterbezirk Hamm Sonder-Katastrophen- schutzplan des THTR 300	Erledigt, weil die Stadt Hamm als Sonderkata- strophenschutzbehörde die Sicherheits- und Ge- fährdungszonen auswei- ten kann und der zustän- dige Minister nach Befra- gen dies auch genehmigen würde.	<b>C/4</b> Unterbezirk Warendorf Parlamentarische Staats- sekretärin für Frauenfra- gen Annahme.
<b>A/23</b> Unterbezirk Münster Zwischenlager Ahaus	Annahme.	<b>C/5</b> Unterbezirk Warendorf Alleinerziehende Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>A/24</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Fernwasserleitung in Ost- westfalen-Lippe	Durch Erklärung des zu- ständigen Ministers Klaus Matthiesen erledigt.	<b>C/6</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Datenschutzgesetz Überweisung an die SPD- Landtags- und Bundes- tagsfraktion.
<b>C/7</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Peter-Urteil Erledigt durch Annahme des Antrages C/8 in der Fassung der Antragskom- mission.		

<b>C/8</b> Unterbezirk Warendorf "Radikalenerlaß"	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>C/9</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Änderung des Wahlrechts zur Wahl des Landtages	Überweisung an den SPD- Landesvorstand und die -Bezirksvorstände in NRW.
<b>C/10</b> Ortsverein Münster-Mau- ritz/Erpho Gesetzesinitiative zur Fi- nanzierung der Pflege al- ter, invalider und behinder- ter Menschen	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>C/11</b> Unterbezirk Warendorf Säuglingssterblichkeit	Annahme.
<b>C/12</b> Unterbezirk Warendorf Umweltbedingte Erkran- kungen	Annahme.
<b>C/13</b> Unterbezirk Münster Verwirklichung der pro- grammatischen Grundla- gen	Überweisung an die SPD- Landtagsfraktion und die Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme.

### **Antragsgruppe D: Umweltschutz**

<b>D/1</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Umweltpolitik	Annahme.
<b>D/2</b> Unterbezirk Unna Nordwanderung des Berg- baus	Zusammenfassung der beiden Anträge D/2, D/3 und Annahme in der Fas- sung der Antragskommis- sion.
<b>D/3</b> Unterbezirk Warendorf Nordwärtswandern des Steinkohlenbergbaus	
<b>D/4</b> Unterbezirk Herne Altlasten	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>D/5</b> Unterbezirk Herne Entsorgung von Sonder- abfällen durch private Be- treiber von Deponien	Annahme.

<b>D/6</b> Unterbezirk Herne Schadstoffbelastung der Luft	Annahme.
<b>D/7</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Gegen den Gebrauch von industriellen chemischen Mitteln bei Gartenbau und -pflege	Erlедigt durch Annahme des Antrages D/12 in der Fassung der Antragskom- mission.
<b>D/8</b> Bezirk Ostwestfalen-Lippe Kommunaler Betrieb von Boden- und Bauschuttde- ponien	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>D/9</b> Unterbezirk Dortmund Deklarationspflicht für For- maldehyd	Annahme.
<b>D/10</b> Ortsverein Velbert Sofortprogramm zur Luft- reinhaltung	Erlедigt durch das Um- weltprogramm der Lan- desregierung (siehe Zwi- schenbericht zum Umwelt- programm vom Herbst 1984) und Emissionsmin- derungsplan.
<b>D/11</b> Unterbezirk Kleve Export von Chemikalien	Annahme.
<b>D/12</b> Unterbezirk Kleve Herbizide und Fungizide	Annahme in der Fassung der Antragskommission.
<b>D/13</b> Unterbezirk Kleve Verbot und Austausch von PCB	Annahme.
<b>D/14</b> Unterbezirk Kleve Gülle-Problematik	Annahme.
<b>D/15</b> Unterbezirk Kleve Versickern von Regenwas- ser	Annahme.
<b>D/16</b> Unterbezirk Essen Altlasten	Annahme in der Fassung der Antragskommission.

**D/17**  
Unterbezirk Kleve  
Abfallvermeidung

Überweisung an die SPD-  
Landtags- und Bundes-  
tagsfraktion.

**D/18**  
Unterbezirk Dortmund  
Smog-Alarm

Annahme.

**D/19**  
Unterbezirk Kreis Neuss  
Ausweitung der Bestim-  
mungen der Smog-Verord-  
nung hinsichtlich des  
Smog-Alarmplanes auf  
das Gebiet der Rheinschie-  
ne

Erlедigt durch Annahme  
des Antrages D/18.

### **Antragsgruppe E: Bildungspolitik**

**E/1**  
Unterbezirk Dortmund  
Bildungspolitik

Überweisung an die SPD-  
Landtagsfraktion.

**E/2**  
Ortsverein Wiedenbrück  
Änderung der flexiblen  
Schulferien im Sommer

Überweisung an die SPD-  
Landtagsfraktion und an  
den Kultusminister mit der  
Bitte, diese Position bei  
künftigen Entscheidungen  
zu berücksichtigen.

**E/3**  
Unterbezirk Dortmund  
Personalausstattung der  
Gesamtschule

Erlедigt durch Annahme  
des Antrages E/4 in der  
Fassung der Antragskom-  
mission.

**E/4**  
Unterbezirk Gelsenkirchen  
Personalausstattung der  
Gesamtschulen

Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**E/5**  
Unterbezirk Dortmund  
Regelung der Mindest-  
größe einer Gesamtschule  
bei der Errichtung

Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**E/6**  
Unterbezirk Dortmund  
Regelung zur Mindestzü-  
gigkeit von Gesamtschu-  
len

Annahme.

**E/7**  
Unterbezirk Dortmund  
Befreiung von der "Be-  
standsgarantie"

Nichtbefassung, weil ver-  
fassungsrechtlich nicht  
möglich.

**E/8**  
Unterbezirk Recklinghau-  
sen  
Oberstufe der Gesamt-  
schule nach dem Vorbild  
der Kollegschule

Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**E/9**  
Unterbezirk Dortmund  
Standorte für weitere Ge-  
samtschulen

Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**E/10**  
Unterbezirk Dortmund  
Verbesserung der Bedin-  
gungen an Sonderschulen  
für Lernbehinderte

Überweisung an die SPD-  
Landtagsfraktion und Lan-  
desregierung.

**E/11**  
Unterbezirk Kreis Neuss  
Erlaß von Richtlinien für  
den Informatik-Unterricht

Annahme.

**E/12**  
Unterbezirk Dortmund  
Förderung des Projektes  
"Frauenstudien" an der  
Universität Dortmund zum  
"Modell"-Studium

Annahme.

**E/13**  
Unterbezirk Unna  
Arbeitnehmerweiterbil-  
dungsgesetz

Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

### **Antragsgruppe F: Medienpolitik**

**F/1**  
Unterbezirk Gelsenkirchen  
Lokaler gemeinnütziger  
Rundfunk in NRW

Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**F/2**  
Unterbezirk Aachen-Stadt  
Lokaler gemeinnütziger  
Rundfunk in NRW

Erlедigt durch Annahme  
des Antrags F/1 in der Fas-  
sung der Antragskommissi-  
on

**F/3**  
Unterbezirk Hamm  
Lokaler gemeinnütziger  
Rundfunk in NRW

Erlедigt durch Annahme  
des Antrags F/1 in der Fas-  
sung der Antragskommissi-  
on

**F/4**  
Unterbezirk Düsseldorf  
Lokaler gemeinnütziger  
Rundfunk in NRW

Erlедigt durch Annahme  
des Antrags F/1 in der Fas-  
sung der Antragskommissi-  
on

**F/5**  
Ortsverein Düsseldorf-  
Oberbilk  
Lokaler gemeinnütziger  
Rundfunk in NRW  
Erledigt durch Annahme  
des Antrags F/1 in der Fas-  
sung der Antragskommis-  
sion

**F/6**  
Unterbezirk Kreis Neuss  
Versuche mit lokalem Hör-  
funk  
Erledigt durch Annahme  
des Antrages F/1 in der  
Fassung der Antragskom-  
mission.

**F/7**  
Ortsverein Mönchenglad-  
bach-Stadtmitte  
Änderung des Rundfunk-  
gesetzes  
Erledigt (durch Gesetzge-  
bung).

---

### **Antragsgruppe G: Entwicklungspolitik**

**G/1**  
Unterbezirk Warendorf  
Unterstützung für Nicara-  
gua durch das Land NRW  
Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**G/2**  
Unterbezirk Bonn  
Südafrika-Politik  
Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

---

### **Antragsgruppe H: Organisationspolitik**

**H/1**  
Ortsverein Wesseling  
Offenlegung von Beschäf-  
tigungsverhältnissen und  
Beteiligung an Unterneh-  
men von Mandatsträgern  
Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**H/2**  
Unterbezirk Hamm  
Umweltbelastendes Wer-  
be- und Arbeitsmaterial  
Annahme in der Fassung  
der Antragskommission.

**H/3**  
Unterbezirk Dortmund  
Recycling/Altpapier  
Annahme.

**H/4**  
Unterbezirk Kleve  
Umweltschutzpapier  
Ablehnung.

---

**Initiativ-Antrag 1**  
Kommunaler Finanzaus-  
gleich  
Überweisung in der Fas-  
sung der Antragskommis-  
sion.

**Initiativ-Antrag 2**  
Geschwindigkeits-  
beschränkungen auf  
Autobahnen  
Annahme.

**Initiativ-Antrag 3**  
Änderung der ABM-Anord-  
nung  
Annahme.

**Initiativ-Antrag 4**  
Zur aktuellen Lage der  
Stahlindustrie  
Annahme.

**Initiativ-Antrag 5**  
Gemeindefinanzierungs-  
gesetz  
Erledigt durch Überwei-  
sung des Initiativ-Antrages  
1 in der Fassung der An-  
tragskommission.

**Initiativ-Antrag 6**  
Ausbau der sozialpädago-  
gischen Familienhilfen  
Annahme.

---

**Resolution**  
Innerparteiliche Gleichstel-  
lung der Frauen  
Annahme.

---

**Änderungsantrag 1**  
zu Antrag A/19  
Erledigt bei Annahme des  
Antrages A/20 in der Fas-  
sung der Antragskommis-  
sion.

**Änderungsantrag 2**  
zu Antrag A/18  
Ablehnung.

# Wortlaut der beschlossenen Anträge

**Antrag Nr.:** A/2  
**Antragsteller:** Bezirk Westliches Westfalen  
**Betreff:** Abbau von Überstunden

Um die immer weiter steigende Massenarbeitslosigkeit zu verringern, ist eine Verminderung der geleisteten Überstunden dringend notwendig. Der Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes der SPD-Bundestagsfraktion, der die Senkung der Regelarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden vorsieht, ist ein erster wichtiger Schritt.

Wir fordern nunmehr die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, unverzüglich einen Gesetzesentwurf in den Bundesrat einzubringen. Diese Gesetzesinitiative sollte insbesondere folgende Regelungen enthalten:

- einen vorrangig vorgeschriebenen Freizeitausgleich für geleistete Überstunden innerhalb von drei Monaten
- wird kein Freizeitausgleich vorgenommen, sind steuerrechtliche Regelungen vorzusehen, die eine erhebliche Verteuerung der Überstunden bewirken, z. B. sollten Lohnkosten für Überstunden nicht mehr als Betriebsausgaben abzugsfähig sein.

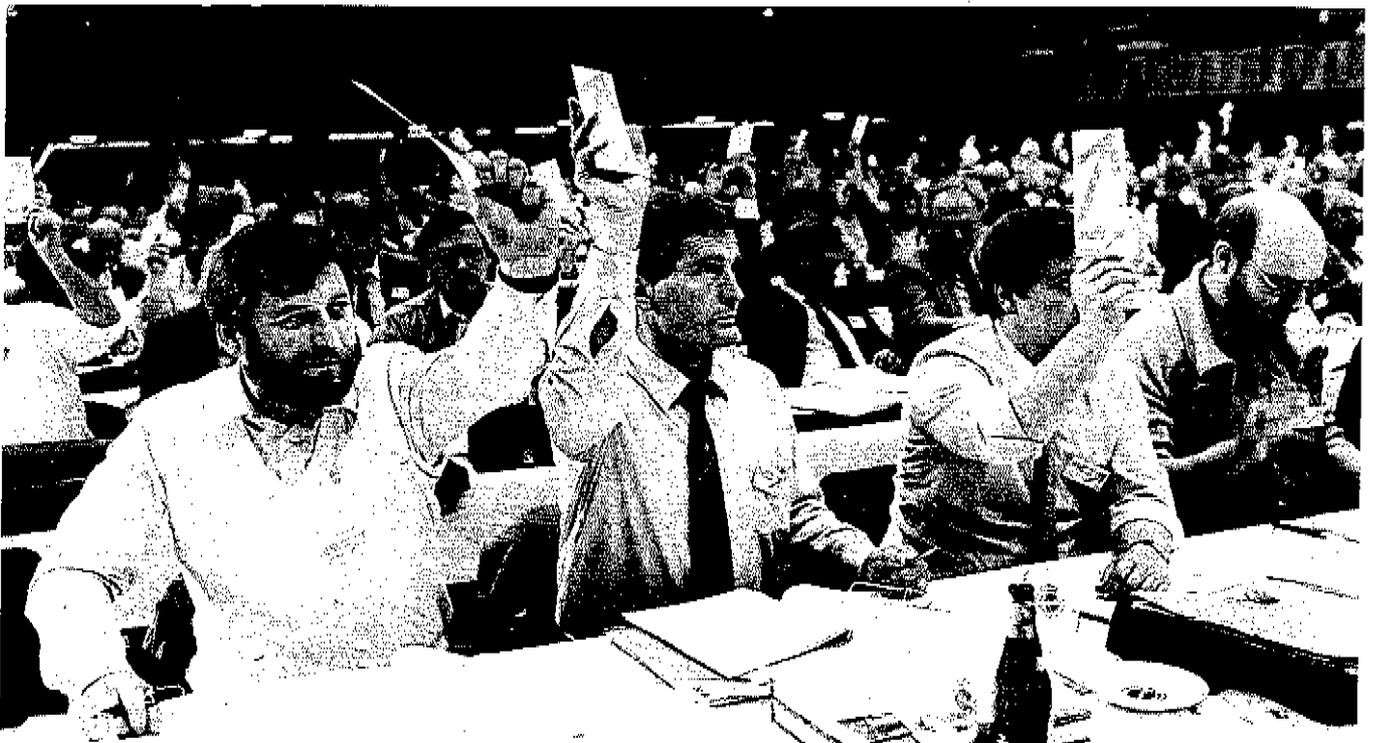
Wir erwarten, daß der Öffentliche Dienst beim Abbau der Überstunden im Rahmen der staatlichen und kommunalen Verantwortung und seiner finanziellen Möglichkeiten mit gutem Beispiel vorangeht.

**Antrag Nr.:** A/4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Steinfurt  
**Betreff:** Berufsausbildung für alle

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den anderen sozialdemokratisch geführten Bundesländern und der SPD-Bundestagsfraktion unverzüglich die Initiative im Bundesrat und im Bundestag zur gesetzlichen Regelung einer Umlagefinanzierung in der beruflichen Bildung zu ergreifen. Sollte diese Initiative scheitern, sind weitere landespolitische Anstrengungen notwendig.

Aufgrund der bisherigen Beschlüsse des Landesparteitages in Duisburg vom 25. Juni 1983 und des außerordentlichen Landesparteitages vom 31. 3. 1984 in Aachen sowie der Maßnahmen und Initiativen der SPD-Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion hält die SPD NRW an ihrem Ziel fest, ein qualifiziertes und zukunftsbezogenes Angebot an Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen durch Wirtschaft und Staat gemeinsam bereitzustellen.

Die Sicherung dieser beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen in Übereinstimmung mit den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für eine weitere Qualifikationskampagne ist Voraussetzung für die persönliche und gesellschaftliche Zukunftssicherung zur Bewältigung des technologischen und sozialen Wandels. Die theoretischen Bildungsangebote müssen dabei stärker



als bisher die Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung berücksichtigen.

Dieser berechnete und notwendige Anspruch auf qualifizierende Berufsausbildung für alle wird entsprechend dem Berufsbildungsgesetz des Bundes durch das duale Berufsausbildungssystem von Wirtschaft und Staat im Prinzip wahrgenommen; beide Partner haben nach objektiver Einschätzung der Situation auch in den letzten Jahren verstärkte Bemühungen unternommen.

Aber leider gehören die Angst um den fehlenden Ausbildungsplatz und um die Zukunftschancen unserer Kinder zu den großen Sorgen unserer Zeit; denn die von der Wirtschaft bereitgestellten Ausbildungsplätze reichen bei weitem nicht aus und ausreichende Ausbildungsplätze im Lernort Betrieb entscheiden über den Eintritt in ein Berufsausbildungsverhältnis und nicht die gestiegene Zahl von Plätzen im Lernort Schule. Daher hat das Bundesverfassungsgericht zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom Dezember 1980 festgestellt, daß es die verfassungsmäßige Pflicht der Wirtschaft ist, für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen für alle nachfragenden Jugendlichen derart zu sorgen, daß sie auch die Möglichkeit der Auswahl zwischen verschiedenen Angeboten haben.

Um weiterhin möglichst allen Jugendlichen wenigstens die Chance zum Einstieg in das spätere Erwerbsleben bieten zu können, hält die SPD in NRW es daher für verfassungsrechtlich geboten, die in der dualen Berufsausbildung bestehenden Verpflichtungen von Wirtschaft und Staat nachdrücklich zu erfüllen. Hierzu fordert die SPD alle Beteiligten zu einem Solidarpakt auf, den Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze kurzfristig ein Bildungsangebot zu machen. Dazu ist es erforderlich, die im Lande Nordrhein-Westfalen eingeleiteten Maßnahmen verstärkt fortzusetzen und mit Nachdruck auch von der Bundesregierung gleichwertige Anstrengungen zu verlangen:

- überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungszentren auch in Ausbildungsverbänden und in Ausbildungskooperativen in privater und öffentlicher Trägerschaft,
- Programme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, auch im gewerblich-technischen Bereich für Mädchen,
- Berufsförderlehrgänge und Zuschüsse an Betriebe für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Hauptschüler ohne Abschlüsse oder Sonderschüler,
- Einflußnahme auf den Umfang der betrieblichen Ausbildungsplätze durch die Vergabe von Aufträgen,
- verstärkte Ausbildungsmöglichkeiten in den öffentlichen Verwaltungen, Betrieben und Hochschulen,
- Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen,
- größere Übersichtlichkeit für die unterversorgten Regionen und Personengruppen und Darstellung der Handlungsmöglichkeiten durch Verbesserung der regionalen Ausbildungsstatistik.

Über die zusätzliche Finanzierung von Ausbildungsplätzen hinaus ist der Staat bereits als Träger von vollwertigen Berufsausbildungsangeboten aufgetreten.

Eine neue Finanzierungsregelung für die Berufsausbildung wäre dann nicht notwendig, wenn die Wirtschaft als vorrangiger und gleichberechtigter Partner in der dualen

Berufsausbildung ausreichende Ausbildungsplätze für den Lernort Betrieb bereitstellt. Sollte dies nicht der Fall sein und der Staat eine neue und größere Aufgabe in der Berufsausbildung zu übernehmen haben, so muß der Staat auch zusätzliche, vor allem finanzielle Instrumente zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe erhalten.

<b>Antrag Nr.:</b>	A/6
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Warendorf
<b>Betreff:</b>	Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, Umwandlung der Jugendvertretungen in Jugend- und Ausbildungsvertretungen

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Bundestag einen Gesetzentwurf einzubringen mit dem Ziel, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen (Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes), damit auch in Ausbildung befindliche Jugendliche über 18 Jahre an Wahlen zur Jugendvertretung bis zum Ende ihrer Ausbildungszeit teilnehmen können.

<b>Antrag Nr.:</b>	A/7
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Dortmund
<b>Betreff:</b>	Verstärkte Förderung von Arbeitsplätzen für Frauen

Die SPD-Landesregierung und die Landtagsfraktion werden aufgefordert, Arbeitsplätze für Frauen verstärkt durch entsprechende Initiativen zu fördern.

Die SPD im Lande Nordrhein-Westfalen steht in der Pflicht, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern durchzusetzen.

<b>Antrag Nr.:</b>	A/8
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Unna
<b>Betreff:</b>	Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landesregierung für Sozialhilfeempfänger

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, das bisher schon bestehende Arbeitsbeschaffungsprogramm für Sozialhilfeempfänger aufrechtzuerhalten und auszubauen. Es kommt hierbei darauf an, daß aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschiedene Arbeitnehmer nicht länger auf Sozialhilfe angewiesen sind, sondern zu tariflichen Bedingungen wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden und ihre Anspruchsberechtigung an die sozialen Sicherungssysteme wieder voll erlangen.

<b>Antrag Nr.:</b>	A/9
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Unna
<b>Betreff:</b>	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - Förderung von Projekten mit Arbeitslosen

Der SPD-Landesparteitag begrüßt, daß die SPD-Landesregierung bisher schon ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Sozialhilfeempfänger eingerichtet hat und fünfzig „Stammkräfte“ für Arbeitslosenprojekte finanziert. Seit dem 1. 1. 1985 hat der Bund die AB-Maßnahmen eingeschränkt. Arbeitslose werden nur noch für ein Jahr in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingewiesen.

Der SPD-Landesparteitag fordert daher:

- Rücknahme der Einschränkungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, d. h.: mehrjährige Beschäftigungsverhältnisse müssen in begründeten Fällen möglich sein.
- Projektförderungen bei Ausbildungsinitiativen für beschäftigungslose Jugendliche, Arbeitsloseninitiativen, Werkstattprojekte; insbesondere für Festeinstellung von Stamm- bzw. Begleitpersonal.
- Das Land soll daher diese Projektförderung durch die Ausweitung der Stellen für das Landesprogramm „Stammkräfte“ unterstützen.

Praktische Arbeitsfelder sind in den Bereichen der Entsorgung, der Energie- und Umweltberatung, des Umweltschutzes ganz allgemein, der Wohnumfeldverbesserung, des Denkmalschutzes und der Verdichtung des Netzes der ambulanten Sozial- und Beratungsdienste denkbar.

Unbeschadet der Ausgestaltung der AB-Maßnahmen bleibt unser grundsätzliches Ziel die dauerhafte Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

**Antrag Nr.:** A/10  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Sicherung der Sozialversicherung durch Einführung eines „Wertschöpfungsbeitrages“

Die von der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl in Kauf genommene Massenarbeitslosigkeit verschärft die Probleme der bisher nur auf lohnbezogene Betriebs-einnahmen angewiesenen und reformbedürftigen Sozialversicherungssysteme (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung besonders).

Angesichts der immer weiteren Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft aus dem Wirtschaftsgeschehen kann nicht länger hingenommen werden, daß immer weniger beschäftigte Arbeitnehmer durch immer höhere Beiträge oder durch von ihnen über die Lohnsteuer mitzufinanzierende Zuschüsse des Staates allein die Ausgaben/Leistungen der Sozialversicherungen aufbringen.

Die Führungsgremien der Partei in Land und Bund sowie die dafür zuständige Bundestagsfraktion werden deshalb dringend aufgefordert, vor einer konkreten Detailausgestaltung des Themas „Wertschöpfungsbeitrag“ durch eine breite und sachbezogen geführte öffentliche Diskussion das notwendige Bewußtsein bei der Bevölkerung, den Fachleuten und den politischen Entscheidungsträgern und damit den notwendigen Problemdruck zur Lösung dieser Fragen zu erzeugen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Absolutheit der Aussage wird dabei auf folgende Punkte hingewiesen:

1. Es kommt darauf an, eine Abgabenteilung für die Produktion von Werten unabhängig vom Anteil menschlicher Arbeitskraft zu erreichen, damit die sozialen Sicherungssysteme unabhängig werden vom konjunkturellen Auf und Ab der Lohnsummen und zusätzliche Einnahmen erschlossen werden.
2. Die Beiträge der beschäftigten Arbeitnehmer dürfen dabei keinesfalls weiter erhöht werden, sondern müssen bei zunehmender Beschäftigung wieder abgebaut werden. Eine Aufhebung der Beitragshöchstbemessungsgrenze könnte in die Überlegung einbezogen werden.

3. Unternehmer, die überwiegend oder nur Maschinen beschäftigen bzw. Erträge ohne Einsatz menschlicher Arbeitskraft erwirtschaften, müssen angemessen beitragspflichtig werden. Damit werden – verstärkt bei notwendigem Abbau von Arbeitslosigkeit – die lohnintensiven Betriebe durch Absenken der Sozialbeiträge und damit der Lohnnebenkosten auch wieder mehr angeregt, mehr Arbeitnehmer einzustellen.

4. Das in Jahrzehnten gewachsene, heute ausschließlich lohnbezogene Beitragssystem sollte nicht durch ein völlig anderes System ersetzt werden, sondern durch zusätzliche Beiträge, d. h. erweiterte Arbeitgeberbeiträge, ergänzt werden.

5. Es müssen Lösungen erarbeitet werden, die den Dienstleistungssektor, insbesondere auch die öffentliche Hand und die bisher umsatzsteuerfreien Sektoren einbeziehen. Das Problem beispielsweise der allgemeinen „Arbeitsmarktgabe“ würde hierbei, verfassungsrechtlich einwandfrei, mit gelöst werden können.

6. Leistungen an Anspruchsberechtigte der Sozialversicherung sollen im Grundsatz an Beitragsleistungen der Arbeitnehmer/Arbeitgeber weiter gekoppelt bleiben.

7. Für Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme, die ohne ursprüngliche eigenen Beitragsleistungen durch den Gesetzgeber geschaffen werden, sind feste und kostendeckende Zuschüsse des Bundes zwingend notwendig.

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Schutz und die Wiederherstellung der Umwelt, die Teilhabe der Arbeitnehmer und ihrer Familien am technischen Fortschritt, die mit allen drei Gebieten verbundene Reform der sozialen Sicherungssysteme sind eine Gemeinschaftsaufgabe (Solidarpakt) aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes, deren Lösung die Sozialdemokraten unbeirrbar vorantreiben werden.

**Antrag Nr.:** A/17  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Förderung dezentraler Stromerzeugungsanlagen auf der Basis Kraft-Wärme-Kopplung

Der Landesparteitag fordert mittels kommunal regionaler Energiekonzepte die verstärkte Förderung von Nahwärme mit dezentraler Stromerzeugung auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechende kommunale Initiativen zu unterstützen.

**Antrag Nr.:** A/20  
**Antragsteller:** Unterbezirk Münster  
**Betreff:** Schnellbrutreaktortechnologie

Der Landesparteitag der SPD in NRW spricht sich dafür aus, die Entwicklung der Schnellbrutreaktortechnologie zu beenden. Fast 20 Jahre nach dem Beginn der öffentlichen Förderung dieser Technologie ist ein Stopp der weiteren Entwicklung der Schnellbrutreaktortechnologie überfällig, da sich die Rahmenbedingungen tiefgreifend verändert haben. Die früher erwarteten Energieverbrauchs- und Stromverbrauchszuwachsraten haben sich als Illusion erwiesen. Weltweit ist auf Generationen hinaus eine Urknappheit nicht zu erwarten. Schnelle Brutreaktoren werden auf Generationen hinaus Strom nicht wirtschaftlich erzeugen können. Die SPD ist nicht gewillt,

den mit der Nutzung der Schnellbrutreaktorlinie notwendig verbundenen Einstieg in eine großdimensionierte Plutoniumwirtschaft einschließlich Wiederaufarbeitung mitzugehen, der auch mit erheblichen Mißbrauchsmöglichkeiten verbunden ist.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, mit der Bundesregierung über eine öffentliche Neubewertung der ökonomischen, energiepolitischen und technologiepolitischen Bedeutung der Schnellbrutreakortekhnologie mit dem Ziel zu verhandeln, die öffentliche Förderung dieser Technologie zu beenden und das Projekt des SNR 300 in Kalkar nicht in Betrieb gehen zu lassen. Der Landesparteitag erwartet, daß die Neubewertung der Schnellbrutreakortekhnologie in Form einer durch Gutachten abgestützten öffentlichen Anhörung – etwa nach dem Vorbild des Gorleben-Hearings – durch die Landesregierung sorgfältig vorbereitet wird. Es ist notwendig, daß vor Abschluß der Neubewertungsdiskussion zur Brüterteckhnologie keine Teilbetriebsgenehmigung erteilt wird.

Der Landesparteitag spricht sich dagegen aus, in Nordrhein-Westfalen einen Standort für ein Nachfolgeprojekt für den SNR 300 zu genehmigen.

Der Landesparteitag fordert die Sozialdemokraten, die als Vertreter kommunaler Aktionäre in verschiedensten Gremien des RWE tätig sind, auf, darauf zu drängen, daß sich das RWE aus der Finanzierung der Schnellbrüterteckhnologie zurückzieht.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird als Genehmigungsbehörde aufgefordert, die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar nicht auszusprechen, wenn keine umfassende Entsorgungsvorsorge für den Reaktor vorgelegt wird.

Nach vorliegenden Gutachten wirft die Änderung des Reaktorkerns des SNR 300 grundsätzliche Fragen für die Genehmigungsfähigkeit des Reaktors auf, da

- die Plutoniummenge im Reaktor wesentlich erhöht wird,
- das radiotoxische Gefährdungspotential erheblich steigt,
- in einem Unglücksfall eine erheblich größere Energie freigesetzt werden kann.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar nicht auszusprechen, wenn im Genehmigungsverfahren bestätigt wird, daß die seit Baubeginn vorgenommenen Änderungen des Reaktorkerns des SNR 300 zu grundsätzlichen Risiken beim Betrieb führen könnten.

**Antrag Nr.:** A/23  
**Antragsteller:** Unterbezirk Münster  
**Betreff:** Zwischenlager Ahaus

Die Landesregierung wird aufgefordert, über die Inbetriebnahme des Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken in Ahaus erst dann zu entscheiden, wenn eine abschließende Klärung darüber erfolgt ist, wann und wo der gesamte Atommüll, der in Ahaus zwischengelagert werden soll, auf Dauer endgelagert werden kann.

Nach Aussagen vieler Experten wird die Eignung des Salzstocks in Gorleben als Endlager für atomare Abfälle erst Anfang der 90er Jahre endgültig bewertet werden können. Deshalb kann die Landesregierung eine endgültige Entscheidung über die Inbetriebnahme erst Anfang der 90er Jahre treffen.

**Antrag Nr.:** A/25  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Gegen Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen

Alle SPD-Politiker in den Kommunen, Ländern sowie auf Bundes- und Europaebene werden aufgefordert, sich der immer stärker entwickelnden Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen tatkräftig entgegenzustellen.

Die zuständigen Parteivorstände werden aufgefordert, nach einer genauen Analyse dieser Privatisierungsvorgänge eine Strategie zu entwickeln, die entsprechende kurz-, mittel- und langfristige Gegenmaßnahmen vorsieht.

**Antrag Nr.:** B/1  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Straßenbau und Umweltschutz

1. Der Landesparteitag unterstützt die Haltung des Landesverkehrsministers Zöpel, überflüssige und nicht vertretbare Fernstraßenplanungen des Bundes zu stoppen. Er fordert die Landesregierung auf, auch die eigene Fernstraßenplanung gründlich zu überprüfen.

2. Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, klare Richtlinien für den Ausbau und Rückbau von Landstraßen zu erlassen, die den Zielen einer an Umweltschutz und Verkehrssicherheit orientierten Verkehrspolitik entsprechen. Hierzu gehören:

- Der Verzicht auf überflüssige Neutrassierungen.
- Die Verteilung des überörtlichen Verkehrs auf bestehende Straßen u. a. unter Ausbau von Ortsumgehungen.
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen auch an Ortsdurchfahrten überörtlicher Straßen.
- Der Verzicht auf Ausbaumaßnahmen für überörtliche Straßen, die zur Beschleunigung des Verkehrsflusses beitragen. Die Straßen braucht lediglich so gut ausgebaut zu sein, daß sie mit höchstens Tempo 100 gefahrlos zu benutzen sind.
- Auf großräumige Kurvenbegradigung ist an überörtlichen Straßen weitgehend zu verzichten, weil dadurch wertvolle Landschaftsteile gefährdet sind und das Verkehrstempo erhöht wird.

3. Die Landesstraßenbauverwaltungen sind anzuweisen, die von Planungen und Maßnahmen betroffenen Gemeinden unverzüglich, umfassend und kontinuierlich zu informieren. Gegen den Willen betroffener Gebietskörperschaften sollen keine Planungen und Maßnahmen mehr durchgeführt werden.

4. Die freiwerdenden Mittel durch sparsamen Straßenausbau sind in erster Linie für die Unterhaltung des bestehenden Straßennetzes sowie für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen.

**Antrag Nr.:** C/1  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen

Der § 6 Abs. 4 GO erhält folgende Fassung:

(4) Die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch Aufgabe

der Kreise und Gemeinden. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe können die Kreise und Gemeinden Gleichstellungsbeauftragte bestellen.

**Als Material zu Antrag C/1:**

Diese Gleichstellungsbeauftragten müssen im Range einer Stabsstelle angesiedelt sein, die die zugeordneten Parlamente direkt mit Vorlagen und Stellungnahmen ansprechen und erreichen können.

Die Beauftragten können ihre von der Verwaltungsmeinung gegebenenfalls abweichende Haltung in den kommunalen Vertretungskörperschaften jederzeit darlegen.

**Antrag Nr.:** C/2  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Langfristige Sicherung der Finanzierung von Frauenhäusern

Zur langfristigen Sicherung der Frauenhäuser sind für deren Finanzierung (Restbetriebskosten und Sozialhilfe für aufgenommene Frauen, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten) neue Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Dafür bieten sich zwei Alternativen an:

1. Durch gesetzliche Regelung wird der überörtliche Träger der Sozialhilfe verpflichtet, die ungedeckten Betriebskosten der Frauenhäuser und die Sozialhilfearwendungen für aufgenommene Frauen und deren Kinder, soweit sie Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, zu übernehmen.
2. Im Rahmen des Finanzausgleichs (Gemeindefinanzierungsgesetz) wird den Gemeinden, in denen sich ein Frauenhaus befindet, zur Deckung der erforderlichen Aufwendungen ein besonderer Ausgleich als Zweckzuwendung gewährt.

Die SPD-Landtagsfraktion und die -Bundestagsfraktion werden beauftragt, entsprechende Maßnahmen zu prüfen.

**Antrag Nr.:** C/3  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Haushaltstitel für Frauenhäuser

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen möge den Haushaltstitel für Frauenhäuser im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten erhöhen, um eine Finanzierung der Arbeit mit Kindern in Frauenhäusern zu ermöglichen.

**Antrag Nr.:** C/4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Parlamentarische Staatssekretärin für Frauenfragen

Der SPD-Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, endlich den Gesetzentwurf zur Bestellung der Parlamentarischen Staatssekretärin einzubringen, zügig zu beraten und zu beschließen.

**Antrag Nr.:** C/5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Alleinerziehende

Angesichts der zunehmenden Zahl alleinerziehender Mütter und Väter in der Bundesrepublik, aber auch im Land Nordrhein-Westfalen, fordert der Landesparteitag die Landesregierung auf, kurzfristig einen Alleinerziehendenbericht vorzulegen und ein Handlungsprogramm zur Unterstützung von Einelternfamilien zu erstellen.

In diesem Programm sollten folgende Bereiche berücksichtigt werden:

- nicht diskriminierende Abwicklung der Sozialhilfe für Alleinerziehende und ihre Kinder
- Ergänzung des Kindergartengesetzes mit dem Ziel, daß die Träger der Jugendhilfe verpflichtet werden, bei Bedarf Tageseinrichtungen für Kinder berufstätiger Eltern, insbesondere alleinerziehender Mütter und Väter, wohnungsnah zu schaffen. Außerdem ist im Gesetz vorzusehen, daß bei nachgewiesener Finanzknappheit der Eltern die anfallenden Kosten für die Kinderbetreuung in der Tagesstätte ganz oder teilweise vom Jugendamt übernommen werden können, was beim Elternbeitrag für den normalen Kindergarten bereits praktiziert wird.
- Initiative im Bundesrat zur Weiterentwicklung der Unterhaltsvorschußkassen mit dem Ziel, daß Unterhaltsvorschuß so lange gewährt wird, bis die betroffenen Kinder ihre Ausbildung abgeschlossen haben.
- Die Initiative im Bundesrat zu ergreifen, auch steuerrechtlich berufstätige Alleinerziehende sogenannten vollständigen Familien gleichzustellen.
- Bestehende Modelle von Beratungsstellen für Alleinerziehende finanziell abzusichern sowie nach Ablauf der Modellphase für die Errichtung zusätzlicher integrierter Beratungsangebote für Alleinerziehende und ihre Kinder die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

**Antrag Nr.:** C/8  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** „Radikalenerlaß“

Der Landesparteitag begrüßt ausdrücklich, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren den Ministerpräsidentenbeschluß von 1972 und die damit verbundene Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst nicht mehr angewandt hat.

Er stellt fest, daß der „Radikalenerlaß“ für NRW nichtig ist.

**Antrag Nr.:** C/10  
**Antragsteller:** Ortsverein Münster-Mauritz/Erpho  
**Betreff:** Gesetzesinitiative zur Finanzierung der Pflege alter, invalider und behinderter Menschen

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, unverzüglich im Bundesrat gemeinsam mit den anderen SPD-Landesregierungen eine Gesetzesinitiative zu starten mit dem Ziel, die Finanzierung der Pflege alter, invalider und behinderter Menschen zu reformieren.

Entsprechend den Vorschlägen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge u. a. wird eine gesetzliche Pflegeversicherung eingeführt, um eine Finanzierung der Pflegekosten bei ambulanter oder stationärer Hilfe in der Regel als Versicherungsleistung zu erreichen. Als Beitragsbemessungsgrenze ist die Beitragspflicht zur Rentenversicherung anzusehen.

Dabei ist zu prüfen, in welchem Umfang Arbeitnehmer (z. B. Beamte), die nicht der Beitragspflicht unterliegen, und Selbständige an den Versicherungsbeiträgen und -leistungen beteiligt werden können.

**Antrag Nr.:** C/11  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Säuglingssterblichkeit

1. Angesichts der hohen Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik gegenüber anderen Industrieländern und auch in Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Bundesländern fordert der Landesparteitag die Landesregierung auf, regionalisierte Langzeituntersuchungen über das Säuglingssterben in Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den Kinderärzten, den Hochschulen, den Ärztekammern und der Kassenärztlichen Vereinigung sowie den örtlichen Gesundheitsbehörden anzustellen. Dabei sollen schwerpunktmäßig insbesondere die Regionen untersucht werden, in denen auch innerhalb von Nordrhein-Westfalen die Säuglingssterblichkeit auffällig hoch ist.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Vorfeld dieser Untersuchungen Fachveranstaltungen durchzuführen, mit denen Untersuchungsgegenstände definiert und möglicherweise erste Lösungswege, z. B. zur Verbesserung von Vor- und Nachsorge, aufgezeigt werden können.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gesundheitsämter anzuweisen, dem Problem der Säuglingssterblichkeit höchste Aufmerksamkeit zu widmen und gezielte Maßnahmen soweit örtlich möglich zu ergreifen.

**Antrag Nr.:** C/12  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Umweltbedingte Erkrankungen

1. In den vergangenen Jahren ist eine ständige Zunahme von umweltbedingten Erkrankungen zu beobachten. Deshalb haben sich u. a. die Vereinigungen der Kinderärzte mehrfach zu diesem Problem kritisch geäußert, ebenso wie die Ärztekammer Niederrhein, die einen ausführlichen Fragebogen über die Erfahrungen mit Umwelt-erkrankungen an ihre Mitglieder versandt hat.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, unter Auswertung der umfangreichen amerikanischen Literatur ein Handlungskonzept zur Bekämpfung umweltbedingter Erkrankungen aufzulegen.

2. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, die Ursachen für Umwelterkrankungen regionalisiert zu untersuchen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein solches Untersuchungsprogramm aufzustellen.

**Antrag Nr.:** D/1  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Umweltpolitik

A) Der Schutz unserer Umwelt und die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen gehören zu den unabdingbaren Forderungen an eine verantwortungsbewußte Politik in Bund, Ländern und Gemeinden – gerade in hochindustrialisierten und dichtbesiedelten Räumen wie Mitteleuropa.

Die Erkenntnis der Grenzen sowohl der Ausbeutung der Ressourcen als auch der Belastung von Luft, Wasser, Boden und Nahrung zwingt zu Verhaltensänderungen und politischen Aktivitäten auf vielen Gebieten.

Die erfolgreiche Umweltpolitik der 70er Jahre muß auch unter erschwerten finanz- und wirtschaftspolitischen Bedingungen uneingeschränkt fortgesetzt werden. Der Landesparteitag begrüßt daher ausdrücklich die Vorlage eines großen umfassenden Umweltpolitik-Programms durch die NRW-Landesregierung.

B) Die künftige Umweltpolitik verfolgt folgende allgemeine Ziele:

– Umweltpolitik muß mehr sein als Umweltschutz. Sie umfaßt Industrie-, Landwirtschafts-, Forschungs- und Finanzpolitik.

– Die moderne Industriegesellschaft muß umwelt- und zukunftsverträglich gemacht werden, d. h., der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie muß schrittweise überwunden werden.

– Jede wirtschaftliche Betätigung von der Produktion bis zur Entsorgung muß von ökologischen Gesichtspunkten mitbestimmt werden. Das ökologisch Falsche kann langfristig auch ökonomisch nicht vorteilhaft sein. Bei allen künftigen Planungen müssen die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten ehrlicher als bisher in Rechnung gestellt werden.

– Die Erwirtschaftung eines Wohlstandes für alle muß für die künftigen Generationen verantwortbar gestaltet werden. Dazu gehört auch der sparsame Gebrauch von Energie, Wasser und Landschaft.

– Durch Anreize, Hilfen, Ge- und Verbote muß verstärkt Kreislaufwirtschaft erreicht werden, die ökonomisch wie ökologisch sinnvoll ist.

– Unsere Wirtschaftsordnung muß stärker an ökologischen Prinzipien unter den Gesichtspunkten Daseinsvorsorge und Natur- und Gesundheitsschutz orientiert werden.

– Europapolitische Initiativen müssen das Ziel verfolgen, unsere europäischen Partner zur Mitarbeit an einer grenzüberschreitenden Umweltpolitik zu bewegen.

– Der Umweltschutzgedanke ist in den Katalog der Grundwerte und Grundrechte des Grundgesetzes aufzunehmen.

Zu den einzelnen Problembereichen der Umweltpolitik sollen folgende konkreten Maßnahmen ergriffen werden:

#### Luft

Die Schadstoffbelastung der Luft ist die wichtigste Ursache für Waldsterben, Bodenbelastung und zahlreiche gesundheitliche Bedrohungen.

1. Der Ausstoß an Schwefeldioxid und anderen Schadstoffen in Großfeuerungsanlagen soll stark reduziert werden. Zur Umrüstung sollen Investitionshilfen gewährt werden und zur Finanzierung der laufenden Kosten der Waldpfennig eingeführt werden.

2. Die Großfeuerungsanlagenverordnung ist unzureichend. Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen werden aufgefordert, die in dieser Verordnung genannte Übergangsfristen zu verkürzen und Schadstoffmengen zu unterschreiten.

3. Das Instrumentarium der Schadstoffausgleichsabgabe soll für alle Formen der Belastung angewendet werden.

4. Der Schadstoffausstoß in Kfz-Abgasen soll nach dem Stand des technisch Möglichen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt reduziert werden (insbesondere Stickoxide und Kohlenwasserstoffe). Für die Umrüstung der Altfahrzeuge soll gehend eine praktikable Lösung erarbeitet werden. Zur Durchsetzung eines umweltfreundlicheren Kfz-Verkehrs sollen finanzielle Anreize gewährt werden.

5. Energieeinsparung soll u. a. durch Kraft-Wärme-Kopplung und vermehrten Fernwärmeanschluß gefördert werden.

### Wasser

Wasser ist ein knappes Gut. Sparsamer Umgang damit ist ebenso notwendig wie Schutz der Oberflächengewässer vor belastenden Einleitungen und Erhaltung der Trinkwasserqualität des Grundwassers. Verminderung der Schadstoffbelastung auf allen Ebenen muß daher das Ziel wasserpolitischer Maßnahmen sein. Hierzu müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Eine systematische, umfassende Gewässerüberwachung ist einzurichten.

2. Bestehende wasserrechtliche Instrumente wie Abwasserabgabegesetz und Verordnung über wassergefährdende Stoffe sind schärfer anzuwenden. Die hier offenkundigen Vollzugsdefizite sind abzubauen.

3. Senkung der Nitratbelastung durch die Landwirtschaft. Dazu gehört der konsequente Vollzug der Gülleverordnung.

4. Dem Problem der Wasserbelastung durch Trichloräthylen und verwandte Stoffe ist künftig mehr Beachtung zu schenken als bisher. Zur Bekämpfung dieser Gefahr gehören:

– regelmäßige Messungen in gefährdeten Gebieten, Kontrollmessungen in weiter Umgebung;

– sofortige Sanierung in Belastungsgebieten;

– schärfere Kontrollen durch Gewerbeaufsichtsämter;

– Einschränkung der industriellen Nutzung halogener Kohlenwasserstoffe durch Ersatz- und Recyclingvorschriften;

– Verbot des Ausstoßes dieser Stoffe in die Luft.

5. Konsequente, zügige Altlastenbekämpfung (Depotien). Lückenlose Bestandsaufnahme, Kontrollanalysen und gegebenenfalls Sanierung oder andere Schutzmaßnahmen.

### Landschaft

1. Beschleunigter Abschluß der Landschaftsplanung in den Kommunen.

2. Umweltverträglichkeitsgutachten für alle großen Baumaßnahmen.

3. Einschränkung des Landschaftsneuverbrauchs, so z. B. durch Reduzierung der Neubaupläne für Bundesfernstraßen.

4. Erhalt, Wiederherstellung und Schaffung naturnaher Biotope.

5. Schutz der Grünzonen (der bestehenden und geplanten) und der Wasserläufe vor Bebauung.

6. Ausarbeitung eines Konzeptes zum Schutz des Bodens. Einschränkung des Chemikalieneinsatzes in der Landschaft.

### Gefährliche Stoffe

Die explosionsartige Vermehrung gesundheitsgefährdender Stoffe in Boden, Luft, Wasser und Nahrung muß gestoppt und reduziert werden.

1. Vorschrift zur Einschränkung der Verwendung von Asbest und Verbot für Asbest-Bremsbeläge.

2. Reduzierung der Belastung von Luft, Wasser und Boden durch Cadmium und andere Schwermetalle. Das rechtliche Instrumentarium ist zu erweitern: Kontrolle, Einschränkungen, Ersatz, Recycling.

3. Novellierung des Umweltchemikaliengesetzes mit dem Ziel: bessere Kontrolle der industriellen Massenproduktion und des Verbrauchs. Schaffung einer rechtlichen Handhabe zur Einschränkung, zum Recycling und Verbote insbesondere bei gesundheitsgefährdenden Stoffen. Bekämpfung der Krebsgefährdung durch Umweltchemikalien und Überprüfung der Grenzwerte bei solchen Stoffen. PCB-Verbot. 2,4,5-T-Produktionsverbote.

Antrag-Nr.:	D/2
Antragsteller:	Unterbezirk Unna
Betreff:	Nordwanderung des Bergbaus

Der Landesparteitag der SPD in NRW begrüßt die Nordwanderung des Bergbaus als Sicherung Tausender Arbeitsplätze im Ruhrgebiet. Er ist sich bewußt, damit auch erhebliche Belastungen zur nationalen Sicherung der Energieversorgung und Wahrung außenwirtschaftlicher Unabhängigkeit zu übernehmen. Dazu war und ist diese Region auch bereit.

Unsere Kohlevorrangpolitik ist aber ökologisch zu untermauern. Deshalb fordert die SPD die Landesregierung auf, künftige Entscheidungen erst dann zuzulassen, wenn ein ökologisches Gesamtkonzept, das die Interessen des Bergbaus und seiner Beschäftigten und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze, des Natur- und Landschaftsschutzes, der Waldwirtschaft, der Wasserwirtschaft, des Denkmalschutzes und der geplanten Siedlungsstruktur beinhaltet, entwickelt worden ist.

Die Landesregierung wird zudem gebeten, sicherzustellen, daß alle Informationen, die zur Beurteilung der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus erforderlich sind, ungeteilt allen Beteiligten und in geeigneter Form auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dies gilt insbesondere für Informationen, über die bislang nur der Bergbau selbst verfügt (Ergebnisse von Explorationsprogrammen).

Die Landesregierung wird des weiteren gebeten, ein Höchstmaß an Beteiligung der betroffenen Gemeinden und der Bürger im Zuge von Planungen von Betriebsanlagen des Bergbaus sicherzustellen. Insbesondere soll sie Lösungen entwickeln, wie das Planungssystem des Bergbaus auf der Grundlage des Bundesberggesetzes und die Planungsinstrumente der Gemeinden, der Regionen und des Landes aufeinander abgestimmt werden. Es wird dringend ersucht, auf eine Anpassung des Bundesberggesetzes an die demokratischen Planungssysteme in Nordrhein-Westfalen zu drängen.

Ein ökologisches Gesamtkonzept für das Nordwärts-wandern des Steinkohlenbergbaus kann nur auf der Grundlage von sorgfältigen wissenschaftlichen Vorarbeiten entwickelt werden. Hierzu reicht es nicht aus, daß der Bergbau Untersuchungen in Auftrag gibt. Angesichts der Bedeutung des Problems ist es erforderlich, daß unabhängige Gutachter und die Hochschulen des Landes auf diese Fragestellung gelenkt und durch Informationen und Forschungsaufträge unterstützt werden.

Der Landesparteitag fordert daher von der SPD-Landtagsfraktion und der Landesregierung, vor einem weiteren Beschluß über die landesplanerische Konzeption zur Nordwanderung des Bergbaus einen ausreichenden Zeitraum für die sachliche Aufarbeitung der anstehenden Probleme und die Beteiligung aller Betroffenen zu gewährleisten.

**Antrag Nr.:** D/4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Herne  
**Betreff:** Altlasten

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird gebeten, gesetzliche Initiativen dahingehend zu ergreifen, daß grundstücksbezogene Informationen über Altlasten dauerhaft festgehalten und öffentlich zugänglich sein müssen.

**Antrag Nr.:** D/5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Herne  
**Betreff:** Entsorgung von Sonderabfällen durch private Betreiber von Deponien

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird gebeten, gesetzliche Initiativen dahingehend zu ergreifen, daß den privaten Betreibern von Deponien zur Entsorgung von Sonderabfällen die Verpflichtung zur unbegrenzten Haftung selbst beim ordnungsgemäßen Betrieb auferlegt wird.

**Antrag Nr.:** D/6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Herne  
**Betreff:** Schadstoffbelastung der Luft

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, die jetzigen maximalen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft, nach denen die Smog-Alarmstufen klassifiziert sind, unverändert und im Interesse der Gesundheit der Bürger unseres Landes beizubehalten.

**Antrag Nr.:** D/8  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Kommunaler Betrieb von Boden- und Bauschuttdeponien

Die Landesregierung hat sich dafür einzusetzen und Maßnahmen einzuleiten, daß in Zukunft an Boden- und Bauschuttdeponien schärfste Anforderungen gestellt werden. Die strikte Einhaltung dieser Anforderungen muß wirksamer als bisher überwacht werden.

**Antrag Nr.:** D/9  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Deklarationspflicht für Formaldehyd

Die Bundestagsfraktion der SPD soll sich für eine umfassende und für den Laien verständliche Deklarationspflicht für Formaldehyd – unabhängig von der Konzentration – in allen Haushaltsprodukten und Bedarfsgegenständen im privaten Bereich einsetzen.

**Antrag Nr.:** D/11  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Export von Chemikalien

Der Export von in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen Chemikalien (Liste der biologischen Bundesanstalt) soll ganz verboten werden.

**Antrag Nr.:** D/12  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Herbizide und Fungizide

Die SPD-Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, den Kommunen die rigorose Beschränkung des privaten und öffentlichen Einsatzes von Herbiziden und Fungiziden zu ermöglichen.

Die wirklich notwendige Entfernung von Wildkräutern kann mechanisch geschehen. Über Umfang und Art der verwendeten Mittel ist auf der kommunalen Ebene jährlich zu berichten.

**Antrag Nr.:** D/13  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Verbot und Austausch von PCB

Um eine Verseuchung der Bevölkerung mit Dioxin auszuschließen, fordert der Landesparteitag:

1. Grundsätzlich Austausch und Entsorgung aller PCB-Trafos, die sich in öffentlicher Hand befinden.
2. Einwirkung der zuständigen behördlichen Stellen auf private Nutzer von PCB-Trafos, ihre Anlagen ebenfalls auszutauschen und zu entsorgen.
3. Bis zum Austausch von PCB-Trafos gegen Trocken- oder Öl-Transformatoren: Alle Betriebe, die PCB besitzen, sollen in das Gefährdungskataster aufgenommen werden.
4. Einen schriftlichen Nachweis der Entsorgung.
5. Verbot des Exportes in andere Länder.

**Antrag Nr.:** D/14  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Gülle-Problematik

Die Landesregierung und die Sozialistische Fraktion im Europaparlament werden aufgefordert, beschleunigt die Forschung darauf hinzulenken, daß die ungeheure Güllemenge aus der Massentierhaltung eine nutzbringende, umweltfreundliche Weiterverwendung findet.

Die Landesregierung und die Sozialistische Fraktion im Europaparlament müssen mit Hilfe von Pilotprojekten das Problem schon bei seiner Entstehung anpacken.

**Antrag Nr.:** D/15  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Versickern von Regenwasser

Der Landesparteitag fordert eine umweltfreundliche Entsorgung von Regenwasser in ländlichen Gebieten mittels Versickerungslösungen im Vorfeld von Kanalisationsplanungen.

**Antrag Nr.:** D/16  
**Antragsteller:** Unterbezirk Essen  
**Betreff:** Altlasten

a) Die Landesregierung wird aufgefordert, nachdrücklich auf die bundesweite Erarbeitung von allgemein anerkannten Beurteilungsgrundlagen für die Gefährdungsabschätzung und von Anforderungen an die Sanierung von Altlasten hinzuwirken. Im Vorgriff auf bundeseinheitliche Regelungen muß das Land Beurteilungsmaßstäbe für die Gefährdung besonders schutzwürdiger Nutzung selbst erarbeiten und dafür notwendige Untersuchungs- und Forschungsvorhaben vorantreiben.

b) Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Erforschung und Anwendung von Methoden und Technologien zur Beseitigung von Altlasten zu fördern.

c) Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, die für die Erfassung, Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten notwendigen Finanzhilfen zu gewähren. Die Bundesregierung muß dieser Verpflichtung durch Erlaß eines Geldleistungsgesetzes, die Landesregierung durch eine Erhöhung der Landesförderung nachkommen.

d) Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, die Industrie zu veranlassen einen Solidarfonds zur Finanzierung der Beseitigung von Altlasten zu bilden. Sollte ein solcher Solidarfonds auf diesem Wege nicht zu erreichen sein, werden Bundes- und Landesregierung aufgefordert, die Einführung eines Altlastensanierungsfonds auf gesetzlicher Grundlage zu prüfen.

**Antrag Nr.:** D/18  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Smog-Alarm

Der Landesparteitag fordert die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf, für alle vergleichbaren Landesregionen einheitliche Regelungen zur Ausrufung von Smog-Alarm zu schaffen.

**Antrag Nr.:** E/4  
**Antragsteller:** Unterbezirk Gelsenkirchen  
**Betreff:** Personalausstattung der Gesamtschulen

Damit die Gesamtschule ihren pädagogischen Auftrag erfüllen kann, ist es erforderlich,

– die Schüler-Lehrer-Relation von derzeit 18,6 auf 17 zu senken und den Ganztagszuschlag für die Sekundarstufe I auf den früheren Wert von 30 % zur Grundstellenzahl zu erhöhen. Der hierdurch sich ergebende

Mehrbedarf an Lehrerstellen soll durch Umschichtung von Überhangstellen aus anderen Schulformen abgedeckt werden. Neueinstellungen, die durch einen spezifischen Fächerbedarf notwendig werden, sind dadurch nicht ausgeschlossen;

– für Sozialpädagogen zusätzliche Stellen einzurichten.

**Antrag Nr.:** E/5  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Regelung der Mindestgröße einer Gesamtschule bei der Errichtung

Bei der nächsten Novelle des Schulverwaltungsgesetzes ist der letzte Halbsatz im § 10 a, der lautet: „dabei gelten 28 Schüler als eine Klasse“, zu überprüfen und den veränderten Verhältnissen anzupassen.

**Antrag Nr.:** E/6  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Regelung zur Mindestzügigkeit von Gesamtschulen

Die im § 10 a (1) Schulverwaltungsgesetz (SchVG) vorgeschriebene Regel-Mindestzügigkeit für Gesamtschulen kann unterschritten werden, wenn die schulorganisatorischen Voraussetzungen für die Oberstufe durch eine benachbarte Gesamtschule gegeben sind.

Es ist zu prüfen, ob hierfür eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes erforderlich ist.

**Antrag Nr.:** E/8  
**Antragsteller:** Unterbezirk Recklinghausen  
**Betreff:** Oberstufe der Gesamtschule nach dem Vorbild der Kollegschule

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei neuen Gesamtschulen dafür Sorge zu tragen, daß die Oberstufe der Gesamtschule nach dem Vorbild der Kollegschule organisiert werden kann. Dies bedeutet, daß die Oberstufe dieser Gesamtschulen nicht nur studienqualifizierende Bildungsgänge, sondern auch doppelqualifizierende Bildungsgänge, berufsqualifizierende Bildungsgänge einschließlich der Teilzeitberufsschule anbietet. Bei den bestehenden Gesamtschulen soll die Landesregierung darauf hinwirken, daß die dort zur Zeit existierenden gymnasialen Oberstufen im Sinne des oben genannten Modells reformiert werden.

**Antrag Nr.:** E/9  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Standorte für weitere Gesamtschulen

Alle Sozialdemokraten werden aufgefordert, bei Bedarf an geeigneten Standorten weitere Gesamtschulgründungen zu fördern.

**Antrag Nr.:** E/11  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kreis Neuss  
**Betreff:** Erlaß von Richtlinien für den Informatik-Unterricht

Der sozialdemokratische Kultusminister wird aufgefordert, den Informatik-Unterricht und den Einsatz von Computern in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen zu regeln und nicht von den Interessen der Industrie abhängig zu machen.

Computer sollen im Informatik-Unterricht eingesetzt werden bei allen Schulformen der Jahrgangsstufen der Sekundarstufen I und II. In Schulformen und Jahrgangsstufen der Primarstufe und der Orientierungsstufe soll der Einsatz von Computern nicht erlaubt werden.

Diese Richtlinien sind so zu gestalten, daß die Schüler zu einem kritischen Umgang mit Computern angehalten werden und die gesellschaftspolitischen Wirkungen der Technisierung vieler Lebensbereiche mit und durch Computer beleuchtet werden.

**Antrag Nr.:** E/12  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Förderung des Projektes „Frauenstudien“ an der Universität Dortmund zum „Modell“-Studium

Die SPD-Landesregierung und die Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß das Projekt „Frauenstudien“ an der Universität Dortmund kurzfristig in einen langjährigen „Modellversuch“ umgewandelt wird.

**Antrag Nr.:** E/13  
**Antragsteller:** Unterbezirk Unna  
**Betreff:** Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf die Landesregierung einzuwirken, daß zur Anwendung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes auch verstärkt zusätzliche Weiterbildungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die berufliche und politische Weiterbildung nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz sowie die personenbezogene Weiterbildung in den sieben Sachbereichen des Weiterbildungsgesetzes sind weiter als leistungsfähige Instrumente auszubauen, um dem einzelnen persönliche und berufliche Qualifizierungsangebote zur Bewältigung des technologischen Wandels zu eröffnen. Dementsprechend sind insbesondere Zuschüsse für Teilnehmertage und Zielgruppenarbeit im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten dem Entwicklungsbedarf anzupassen.

Darüber hinaus werden die Landtagsfraktion und Landespartei aufgefordert, die Anwendung und die Auswirkungen aus der Praxis zu beobachten und, sofern erforderlich, gesetzliche Ergänzungen zu beschließen.

**Antrag Nr.:** F/1  
**Antragsteller:** Unterbezirk Gelsenkirchen  
**Betreff:** Lokaler gemeinnütziger Rundfunk in NRW

Die nordrhein-westfälische SPD fordert die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, den Beschluß des Bundesparteitages der SPD vom 19. Mai 1984 in Essen: „lokaler Rundfunk – Hörfunk und Fernsehen – als Sender geringer Reichweite wird nur in gemeinnütziger Trägerschaft zugelassen und darf nicht kommerzielle Gewinne erzielen oder einseitigen Interessen dienen“ in der Form in die Bestimmungen des künftigen Landesmediengesetzes aufzunehmen, daß lokaler Rundfunk in öffentlich-rechtlicher oder in privater, dem Gemeinwohl verpflichteter Trägerschaft, durchzuführen ist.

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert zu prüfen, ob gegebenenfalls dem Landesmediengesetz ein Vorschaltgesetz für einen Versuch mit lokalem Rundfunk in Nordrhein-Westfalen vorangestellt wird.

**Antrag Nr.:** G/1  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Unterstützung für Nicaragua durch das Land NRW

Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, im Bundestag bei der Ausweisung von Bundesmitteln für die Entwicklungshilfe 1986 einen eindeutigen Schwerpunkt auf Nicaragua zu setzen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen mit Nicaragua ist zu fördern und auszubauen.

**Antrag Nr.:** G/2  
**Antragsteller:** Unterbezirk Bonn  
**Betreff:** Südafrika-Politik

Alle SPD-Gliederungen werden aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Information der Öffentlichkeit über die Situation im südlichen Afrika sowie über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Südafrika zu verstärken. Alle Appelle an die südafrikanische Republik, das unmenschliche Prinzip der Apartheid und die damit verbundenen Zwangsumsiedlungen sowie die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für Namibia aufzugeben, müssen als gescheitert angesehen werden.

Daher fordert der Landesparteitag wirtschaftliche Sanktionen gegen das rassistische Minderheitsregime in Südafrika, insbesondere

- ein Verbot der Lieferung von militärischen und paramilitärischen Ausrüstungen,
- die sofortige Beendigung jeglicher technologischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit, vor allem im Bereich Kernenergie, sowie
- die Überprüfung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens.

Auf die Einrichtung eines Goethe-Instituts in Südafrika sollte gegenwärtig verzichtet werden.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten erwarten von der SPD-Bundestagsfraktion, daß sie ihre Initiativen, die auf eine entsprechende Änderung des außen- und entwicklungspolitischen Kurses der Bundesregierung gerichtet sind, verstärkt fortsetzt. Gleichzeitig appellieren sie an die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen, in ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die Frontstaaten im südlichen Afrika sowie die Befreiungsbewegungen SWAPO und ANC bevorzugt zu unterstützen. Auch auf kommunaler Ebene müssen die Möglichkeiten politischer Gegensteuerung durch praktische Solidaritätsarbeit, z. B. in der Form von Städtepartnerschaften, wirksam genutzt werden. Schließlich kann jeder einzelne durch den Boykott südafrikanischer Waren und durch Kündigung seines Kontos bei denjenigen Banken, die mit Südafrika Geschäfte machen, zur Verstärkung des Drucks auf Südafrika beitragen.

**Antrag Nr.:** H/1  
**Antragsteller:** Ortsverein Wesseling  
**Betreff:** Offenlegung von Beschäftigungsverhältnissen und Beteiligung an Unternehmen von Mandatsträgern

Die Mandatsträger werden aufgefordert, gemäß den Verhaltensregeln, die vom Parteirat 1981 (auf der Basis des überwiesenen Antrages des Berliner Parteitages von 1979) beschlossen worden sind, ihre Beschäftigungsverhältnisse und ihre Beteiligung an Unternehmen gegenüber dem zuständigen Vorstand der Organisationsgliederungen jährlich offenzulegen.

**Antrag Nr.:** H/2  
**Antragsteller:** Unterbezirk Hamm  
**Betreff:** Umweltbelastendes Werbe- und Arbeitsmaterial

In zukünftigen Wahlkämpfen, Öffentlichkeitsaktionen der Partei und bei innerparteilichen Aktivitäten sollte die SPD nach Möglichkeit auf umweltbelastendes Werbe- und Arbeitsmaterial verzichten und stattdessen umweltfreundliche Produkte einsetzen. Die Untergliederungen der Partei sowie die SPD-Fraktionen werden aufgefordert, sich entsprechend diesem Beschluß zu verhalten.

**Antrag Nr.:** H/3  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Recycling/Altpapier

Der Landesvorstand wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß im Landesbüro verstärkt Recycling-Papier eingesetzt wird und anfallendes Altpapier gesammelt und der AWO (bzw. der Wiederverwertung) zur Verfügung gestellt wird.

**Antrag Nr.:** Initiativ-Antrag 2  
**Betreff:** Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen

SPD-Landtagsfraktion und -Landesregierung werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu unterstützen, die eine weitere Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen zum Ziel haben, d. h.

1. Prüfung, ob weitere Autobahnstrecken aus Verkehrssicherheitsgründen ein 100-km-Limit erhalten (Zuständigkeit Land);
2. Initiative im Bundesrat mit anderen SPD-regierten Ländern aus Umweltschutzgründen für ein generelles Tempolimit.

**Antrag Nr.:** Initiativ-Antrag 3  
**Betreff:** Änderung der ABM-Anordnung

Der Landesparteitag der SPD in Oberhausen fordert von der Bundesregierung nachdrücklich eine Reform des Arbeitsförderungsgesetzes und eine erneute Änderung der ABM-Anordnung.

Die Gewinne der Bundesanstalt für Arbeit sind auf die Städte und Gemeinden zu verteilen. Die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit müssen zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung verwendet werden. Die dramatisch ansteigenden Kosten für die Massenarbeitslosigkeit können nicht länger von den Gemeinden getragen werden, so daß der hier zuständige Bund seiner Verantwortung gerecht werden muß.

**Antrag Nr.:** Initiativ-Antrag 4  
**Betreff:** Zur aktuellen Lage der Stahlindustrie

Die EG-Kommission beabsichtigt, bereits zum 1. Januar 1986 die Quotenregelungen auf dem europäischen Stahlmarkt teilweise abzuschaffen. Gleichzeitig bewilligt die EG-Kommission den europäischen Stahlkonkurrenten nochmals 11 Mrd. DM Subventionen. Diese Form der „Liberalisierung“ ohne gleichzeitigen Subventionsabbau führt zu ruinösen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der leistungsfähigen deutschen Stahlindustrie und gefährdet Arbeitsplätze bei uns.

Der SPD-Landesparteitag von NRW lehnt die absurde und verfehlte Stahlpolitik der EG-Kommission ab.

Wir fordern die EG-Kommission auf, erst durch Abbau der wettbewerbsverzerrenden Subventionen die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb auf dem Stahlmarkt zu schaffen. Es bleibt unser Ziel, die Quoten abzuschaffen – aber solange in Europa Stahlsubventionen fließen, müssen auch Quoten bleiben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in Brüssel die Interessen des deutschen Stahls endlich mit Nachdruck zu vertreten. Wir verlangen von der Bundesregierung, daß endlich ein nationaler Stahlausschuß unter gleichberechtigter Beteiligung von Gewerkschaft und Stahlindustrie die Weichen für eine gute Zukunft des deutschen Stahls stellt.

Wir erwarten, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft alles in ihrer Kraft Stehende tut, damit die nationale Subventionsbasis an Rhein und Ruhr erhalten bleibt.

**Antrag Nr.:** Initiativ-Antrag 6  
**Betreff:** Ausbau der sozialpädagogischen Familienhilfen

Im Rahmen der Jugend- und Familienpolitik ist seit 1980 in Nordrhein-Westfalen mit gutem Erfolg die sozialpädagogische Familienhilfe eingeführt worden.

Durch den Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften in Familien konnte in Nordrhein-Westfalen über 3 000 Kindern die drohende Heimeinweisung erspart werden. Die Kinder konnten in den Familien bleiben.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, trotz knapper Finanzmittel den guten Anfang mit kleinen Schritten weiter auszubauen und den Familien und Kindern, die von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen sind, eine Hilfe zu geben.

**Resolution**  
**Innerparteiliche Gleichstellung der Frauen**

Der Landesparteitag begrüßt die Entschließung des Parteirates vom 16. September 1985 und fordert alle Gremien der Partei in Nordrhein-Westfalen auf, entsprechende Beschlüsse zur innerparteilichen Gleichstellung der Frauen zu fassen und durchzuführen.

Der Landesparteitag fordert den neugewählten Landesvorstand und die vier Bezirke auf, die Gleichstellungsbestrebungen in der Partei wirkungsvoll zu koordinieren, u. a. auch durch Bildungs- und Schulungsprogramme und gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

# Wortlaut der überwiesenen Anträge

**Antrag Nr.:** A/15  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Landeshilfen für Unternehmen

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, finanzielle Landeshilfe an Unternehmer nur noch dann zu gewähren, wenn sichergestellt ist, daß die Gelder nicht zu solchen Rationalisierungsmaßnahmen eingesetzt werden, die Betriebsschließungen oder Entlassungen von Arbeitnehmern zur Folge haben.

## Begründung:

Es ist nicht einsehbar, daß mit finanzieller Landeshilfe Arbeitsplätze vernichtet werden, den davon betroffenen Arbeitnehmern dann zum Teil finanzielle Hilfen aus Steuergeldern gewährt werden müssen.

**Antrag Nr.:** A/16  
**Antragsteller:** Bezirk Mittelrhein  
**Betreff:** Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen

## 1. Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist das Energiezentrum der Bundesrepublik Deutschland und wird es auch in Zukunft sein. Unser Land wird weiterhin in großem Maß die Energieversorgung der Bundesrepublik sichern. Die Säulen dieser Sicherung sind die heimischen Kohlevorkommen, die in unserem Land vorhandenen technischen Kenntnisse und die Fähigkeiten und Fertigkeiten der im Energiebereich tätigen Arbeitnehmer.

Die in unserem Land geförderte Kohle ist eine sichere Energie auch für andere Bundesländer:

- fast die Hälfte des in der Bundesrepublik erzeugten Stroms kommt aus unserem Land,
- in Nordrhein-Westfalen werden über 90 % der Kohle gefördert, 60 % der Kohlekraftwerksleistung des Bundesgebietes stammt aus unserem Land,
- in Nordrhein-Westfalen arbeiten 77 % der im Bergbau Beschäftigten.

## Beiträge der Energieträger zur Stromerzeugung 1983 (Quelle: VdEW)

	Nordrhein-Westfalen	Bundesgebiet
Braunkohle	56,7 %	29,0 %
Steinkohle	31,8 %	32,5 %
Kohle insgesamt	88,5 %	61,5 %
Im Vergleich dazu:		
Öl	0,5 %	1,8 %
Kernkraft	1,2 %	20,7 %
Erdgas	7,5 %	9,2 %

Der Einsatz heimischer Kohle zur Gewinnung nutzbarer Energie wird bei Berücksichtigung umweltschonender Technologie auch in Zukunft eine große Bedeutung für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Bereitstellung der heimischen Energiereserven haben. Gerade im Kraft-Wärme-Bereich hat die Kohle eine große Zukunft. Weitere Einsatzfelder - z. B. bei der Kohleveredelung - müssen durch weitere Erforschung und Erprobung gefunden und gesichert werden.

Die Erkenntnis, daß ein stetig steigender Verbrauch von nicht erneuerbaren Energiequellen nicht möglich ist und zu erheblichen ökologischen Problemen führt, hat zu einem Bewußtseinswandel beigetragen. Die konkrete Folge dieses Bewußtseinswandels und der gestiegenen Energiepreise ist der abnehmende Energieverbrauch in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Während frühere Prognosen von einem stetig wachsenden Energieverbrauch mit jährlichen Steigerungsraten zwischen 3 und 7 % ausgingen, kann für die Zukunft angenommen werden, daß sich diese Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum durch sinkenden Energieverbrauch je Produktionseinheit weiter fortsetzt.

(Aus heutiger Sicht wird es für wahrscheinlich gehalten, daß die nächsten 10 Jahre durch ein deutliches Überangebot an Energie gekennzeichnet werden - Energiepolitik in NRW, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Düsseldorf 1984).

Die Produktion in unserer Industriegesellschaft und die damit verbundenen Auswirkungen auf Natur und Umwelt haben zu einem Bewußtseinsmangel geführt. Den ökologischen Folgen der Erzeugung und Nutzung von Energie, auch und gerade fossiler Energieträger, wird heute mehr Gewicht eingeräumt als früher.

Die bis vor wenigen Jahren festzustellende Energiepolitik des stetig wachsenden Verbrauchs zeitigte:

### - Schäden für die Volkswirtschaft

Die Steigerung der Energieproduktion - in der Erwartung immer weiter steigenden Energieverbrauchs - schuf Überkapazitäten in einigen Bereichen und sorgte so für Verschwendung von eingesetzten, endlichen, nicht erneuerbaren Ressourcen.

Überkapazitäten sind, für die Unternehmen, vergeudetes Kapital. Diese Kapitalvergeudung und die Überwälzung indirekter Kosten, die der Allgemeinheit aufgebürdet wurden, führten zu erheblichen Belastungen für die Verbraucher.

### - Schäden für die Natur

Die ökologischen Belastungen, die bei der Erzeugung und bei der Nutzung von Energie auftreten, stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Schadstoffe werden in die Atmosphäre abgegeben; Abwärme heizt die Luft und das Wasser auf, das Klima verändert sich; Energieproduktion benötigt große Flächen. Beim Braunkohlenabbau treten als besondere Belastungen neben dem sehr großen Flächenverbrauch die Grundwasserabsenkung und Probleme der durch den Tagebau notwendigen Umsiedlung von Menschen hinzu. Bis zum Jahre 2000 werden zu den bisher betroffenen 16 000 weitere 5000 bis 6000 Menschen umsiedeln müssen.

### - Schäden für die Menschen

Durch die Veränderung der Landschaft, des Klimas und der Umweltbeschaffenheit werden Menschen direkt und indirekt Gefährdungen ausgesetzt. Die vermeintliche „saubere“ Alternative Kernkraft bietet keine

Lösung: sie enthält unabwägbar Risiken bei der Sicherheit der Anlagen und der Beseitigung der Abfallstoffe.

Sozialdemokraten unterstützen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die sozialen ökonomischen und ökologischen Belastungen, die durch die Erzeugung, den Transport und die Nutzung von Energie entstehen, zu vermindern.

## 2. Neue Leitpfade in der Energiepolitik

### Ziele und Handlungsfelder

Energiepolitik kann sich nicht mehr auf die Ziele der preiswerten, ausreichenden und gesicherten Versorgung mit Energie beschränken.

Die Energieversorgung der Zukunft muß insgesamt gemeinwohlorientiert sein, d. h. zu den bislang gültigen Kriterien, eine preiswerte, ausreichende und gesicherte Versorgung zu garantieren, werden Anforderungen an die Gefährdungssicherheit, die Sozialverträglichkeit, die Wirtschaftlichkeit, die ökologische und energetische Effizienz und die Flexibilität der Versorgung mit nutzbarer Energie mehr als bisher zu berücksichtigen sein.

Trotz rückläufigen Energieverbrauchs je Produktionseinheit und derzeit niedriger Ölpreise auf dem Weltmarkt gilt: Energie bleibt ein knappes Gut.

Sozialdemokraten fordern die Landesregierung auf, weiterhin und verstärkt eine Energiepolitik zu betreiben nach den Grundsätzen:

- Vorrang für die Kohle, „Weg“ von Importenergien,
- Energieeinsparen und verstärkte Bemühungen um rationelle Energienutzung.
- Entwicklung von Technologien, die Energie einsparen helfen, die Versorgung sichern und die Umweltverträglichkeit verbessern.

Die Kohle darf nicht verdrängt werden, sondern ihr sind durch die Förderung von rationellen und umweltfreundlichen Heizkraftwerken neue, zukunftssträchtige Einsatzfelder zu erschließen. Kohle ist ein hervorragender Energieträger für den Einsatz in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

Ökologisch, sozial und ökonomisch riskante Großtechnologien, deren möglicherweise zu erwartender Nutzen in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Kosten steht, sind keine Bestandteile einer zukunftssträchtigen, sozial- und umweltverträglichen Energiepolitik.

Erforderlich ist eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, damit den Zielen Energieeinsparung, Nutzung alternativer Energiequellen, rationelle Energieverwendung und umweltfreundliche Energieproduktion besser entsprochen werden kann.

### 2.1 Energiesparen

Die beste und billigste Energie-„Quelle“ ist und bleibt das Energiesparen. Eine zukunftsorientierte Energiepolitik darf auch in Zeiten sinkender Ölpreise auf dem Weltmarkt den erfreulichen Einsparungstrend der letzten Jahre nicht abreißen lassen.

Alle Maßnahmen sind zu unterstützen, die dazu führen, daß weniger Strom, weniger Heizenergie und weniger Energie im Verkehrsbereich verbraucht werden. Dies gilt

für den öffentlichen Bereich ebenso wie für die produzierende Wirtschaft und die privaten Verbraucher.

In öffentlichen wie in privaten Gebäuden kann der Energieverbrauch noch erheblich gesenkt werden, z. B. durch

- Erneuerung veralteter Heizanlagen in Verbindung mit einem Wechsel des Brennstoffes,
- den Einbau moderner Regel- und Steuergeräte,
- die Verbesserung von Dächern, Fenstern und Außenfassaden,
- die Nutzung bzw. Verbesserung von Wärmerückgewinnungsanlagen,
- die Berücksichtigung des Energiesparaspektes bei Stadtplanung und Bebauungsplänen.

In der produzierenden Wirtschaft, vor allem in mittleren und kleineren Unternehmen, besteht noch ein erhebliches Energiesparpotential. Bessere Ergebnisse können hier erzielt werden, wenn den Energiekosten die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird: z. B. die tatsächlichen Bezugs- und Nutzungskosten elektrischer und thermischer Energie, der Anteil der Energiekosten am Umsatz.

Im Verkehrsbereich kann der Energieverbrauch ebenfalls erheblich gesenkt werden, indem dem öffentlichen Personennahverkehr bessere Konkurrenzchancen gegenüber dem Privatverkehr gegeben werden. Im Straßenverkehr wird Energie eingespart, wenn ein stetiger Verkehrsfluß gewährleistet ist, der zu einer gleichmäßigen Geschwindigkeit führt. Eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung ist hier hilfreich. Dem Sparziel dient eine Flottenverbrauchs-Richtlinie für die Automobilindustrie nach dem Vorbild der USA.

Durch geeignete Preisgestaltung, Information und Aufklärung können die Verbraucher in die Lage versetzt werden, beim Einsparen von Energie mitzuwirken. Um dies zu erleichtern, sollte auf Geräten, die Energie brauchen, der Verbrauch deutlich und so angegeben werden, daß ein Energiekostenvergleich möglich ist.

Um das Energiesparpotential der Verbraucher, das noch längst nicht ausgeschöpft ist, optimal auszunutzen, sollten mehr Einrichtungen geschaffen werden, die die Bürger beim Energiesparen beraten können. Ein umfassender „Energiesparservice“ bis hin zu Informationen über staatliche Fördermittel und Kreditverbilligungen für Energiesparinvestitionen ist anzubieten.

Die Stromtarife der Energieversorgungsunternehmen sollten so ausgestaltet sein, daß sie zum Energiesparen Anreiz geben. Dazu sind die Tarife zu überprüfen und gegebenenfalls der Tarifverlauf neu zu gestalten.

Eine solche Energiepolitik eröffnet Chancen für eine sozialverträgliche Modernisierung im Energiebereich. Denn sie entwickelt technische Lösungen weiter, die den Einstieg in ein Kernenergiesystem mit Brutreaktoren und Wiederaufbereitung überflüssig machen. Und sie fördert Technologien, die der Zentralisierung und Monopolisierung im Energiebereich entgegenwirken, die hohe regionale Beschäftigungswirkungen aufweisen, in ihren gesellschaftspolitischen Auswirkungen überschaubar sind und die eine stärkere Einflußnahme der Kommunen und der Bürger ermöglichen.

## 2.2 Schonung der Umwelt

Nicht nur die Gewinnung, sondern auch die Umwandlung von Primär- in Sekundärenergieträger, die Verteilung und die Umwandlung in Nutzenergien (Licht, Wärme, Kraft) ist mit ökologischen Auswirkungen verbunden. Besonders problematisch ist dies, wenn wie bei uns im südlichen Nordrhein-Westfalen Braunkohleabbau und Stromerzeugung inmitten dicht besiedelter Gebiete erfolgen. Im Steinkohlenbergbau lassen sich die ökologischen Problembereiche mit den Stichworten Bergehalden, Bergsenkungen und Nordwanderung von Abbaugebieten im Revier umreißen. Die ökologischen Folgen des Braunkohletagebaus zeigen sich besonders im Flächenverbrauch und in der Beeinträchtigung des Grundwassers. Bisher sind im rheinischen Braunkohlenrevier ca. 20 000 ha Land in Anspruch genommen worden. Rund zwei Drittel davon wurden wieder nutzbar gemacht. Es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten 20 Jahren weitere rund 6 200 ha für den Braunkohlenabbau genutzt werden. Flächenverbrauch bedeutet Inanspruchnahme hochwertiger, vorher durch die Landwirtschaft genutzter Böden und Umsiedlungsmaßnahmen.

Diese Auswirkungen müssen zukünftig bei der Abbauplanung stärker berücksichtigt werden. Nicht allein die zu erwartende Kohleförderung darf dabei den Ausschlag geben, sondern das Verhältnis zwischen quantitativem und qualitativem Flächenverbrauch und gewinnbarer Kohlenmenge. Ebenso muß berücksichtigt werden, daß der Tagebau nicht nur Auswirkungen auf die reine Betriebsfläche, sondern auch auf angrenzende Gebiete und gegebenenfalls die gesamte Region bis in die Niederlande hat bzw. haben kann.

Die Eingriffe des Braunkohlenabbaus in den Wasserhaushalt sind erheblich. Durch das Trockenlegen der Kohlefelder wird der Grundwasserspiegel gesenkt. Dies hat Auswirkungen nicht nur in der engeren Umgebung des Abbaugebietes selbst. Nach Angaben der Landesregierung sind bisher ca. 2 000 qkm durch die Grundwasserabsenkung betroffen. Eine weitere Ausdehnung ist zu erwarten. Die Folgen der Grundwasserabsenkung für die Natur sind erheblich; betroffen sind z. B. seltene und wertvolle Biotope, Wälder, der Tierbestand. Auch durch Wiederaufforstungsmaßnahmen und durch Rekultivierung ist der ursprüngliche Zustand nicht wiederherzustellen. Die Änderung der Grundwassersituation kann auch den internationalen Naturpark Maas-Schwalm-Nette in der Zukunft bedrohen.

Die Veränderung der Landschaftsstruktur als Folge des Braunkohletagebaus hat nicht nur geologische und klimatische Folgen, sondern auch über die Umsiedlung der Menschen hinaus „sozial-historische“ Elemente: die Landschaft ist anders als sie früher war, sie kann auch nicht wieder so hergestellt werden.

Im Steinkohlenabbau ist neben dem Problem der Bergehalden besonders das Problem der Bergsenkungen bedeutsam. Dadurch können Siedlungsgebiete, Straßen und Kanäle durch Bodenabsenkungen betroffen sein. Durch Bergsenkungen entstehende Feuchtgebiete können gezielt als „Natur aus zweiter Hand“ gesichert werden. Diese Umwandlung in naturnahe Gewässer hat besondere Bedeutung für den Umweltschutz. Für zukünftige Planungen ist als Forderung aufzustellen: das Recht auf Landschaftsschutz, auf natürliche Lebensgrundlagen ist dem Bergrecht gleichzustellen. Dies gilt besonders, wenn neue Abbaugebiete erschlossen werden, wie dies bei der Nordwanderung von Steinkohleabbaugebieten vom Revier aus zu beobachten ist.

Bei der derzeitigen Stromerzeugung belasten Abwärme und Schadstoffemissionen Wasser, Boden und Luft. Im Bereich der Luftreinhaltung hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung besondere Anstrengungen unternommen. Der im November 1984 verabschiedete Emissionsminderungsplan reduziert die Schadstoffemissionen um etwa drei Viertel in den Jahren 1989/1990 im Vergleich zum heutigen Stand. Dabei werden in einzelnen Anlagen die in der Großfeuerungsanlagenverordnung genannten Grenzwerte weit unterschritten.

Weitere Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Schadstoffemissionen bei Kleinfeuerungsanlagen, also insbesondere Heizungen von Wohnungen, zu mindern. Dies kann langfristig nur Erfolg haben, wenn die Fernwärmeversorgung ausgebaut wird. Dezentrale Wärmekraftwerke mit den besten Umwelttechnologien können den Schadstoffausgleich wesentlich reduzieren. Die Kraft-Wärme-Kopplung kann darüber hinaus noch wesentlich den Ausnutzungsgrad erhöhen.

An dem im Umweltprogramm NRW der Landesregierung geforderten ökologischen Anforderungsprofil für künftige Braunkohleplanverfahren müssen sich alle Abbauplanungen in Zukunft orientieren. Neue Erkenntnisse sind dabei zu berücksichtigen und das Profil ist diesen Erkenntnissen gemäß weiterzuentwickeln und fortzuschreiben.

## 2.3 Versorgungssicherheit

Für die Energie- und Rohstoffversorgung unseres Landes ist das heimische Kohlevorkommen ein unverzichtbarer Grundstoff. Der Beitrag der Kohle an der Energieversorgung des Landes ist im jetzigen Umfang unter bestmöglicher Beobachtung des schonenden Umgangs mit der Umwelt beizubehalten. Um dies zu erreichen sind der Jahrhundertvertrag zu erfüllen, der Hüttenvertrag zu verlängern, die Marktsituation der Kohle durch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen zu sichern und die Bedeutung der heimischen Kohle gegenüber Importen zu stabilisieren.

Von den in unserem Lande geförderten Kohlearten wird Braunkohle heute fast ausschließlich zur Stromerzeugung genutzt. Die im Elektrizitätsbereich bereits jetzt vorhandenen Kapazitäten bieten die Chance, Braunkohle in Zukunft verstärkt konkurrenzfähig zu Öl, Gas und Steinkohle im Wärmemarkt einzusetzen.

Freie Kapazitäten bei der Stromproduktion dürfen nicht in den Raumwärmemarkt gelenkt werden, weil der Wärmebedarf energetisch rationeller auf andere Weise gedeckt werden kann.

Wachsende Überkapazitäten können auch die enge Verknüpfung von Steinkohle, Braunkohle und Kernenergie in der Stromversorgung so beeinträchtigen, daß Kraftwerke mit den jeweils höheren Brennstoffkosten aus der Stromerzeugung verdrängt werden. Dadurch würde die aus Gründen der Risikostreuung erforderliche ausgewogene Kraftwerksstruktur zerstört.

Die Entwicklung bietet andererseits aber auch langfristig die Möglichkeit, den relativen Anteil der Kernenergie zu vermindern.

## 2.4. Rationelle Energieerzeugung und -nutzung

Die in der Energiepolitik und -wirtschaft traditionelle Betrachtungsweise, das Primärenergieangebot zu erweitern und abzusichern, ist als angebotsorientiert zu be-

zeichnen. Geht man dagegen von den benötigten Energiedienstleistungen aus, ergibt sich eine nachfrageorientierte Blickrichtung (Energiepolitik NRW, Düsseldorf, 1984).

Vorrang bei der Energieerzeugung muß also der konkrete Bedarf der Stromabnehmer unter Beachtung aller Einsparmöglichkeiten haben, nicht die Kapazitätsausweitung und die Gewinnorientierung der Energieversorgungsunternehmen. Bei der Erzeugung nutzbarer Energie und ihrer ökonomischen Bewertung sind alle direkten und indirekten Kosten und Folgekosten, das sind besonders auch die Umweltkosten, zu berücksichtigen. Die Technologien, die mit möglichst wenig Ressourceneinsatz, mit möglichst wenig Umweltbelastung und mit möglichst hohem Nutzungsgrad möglichst viel Energie bereitstellen, sind die Technologien der Zukunft.

Zu einer rationellen Energiepolitik gehört vor allem auch, die eingesetzten Ressourcen optimal zu nutzen. Hier ist vor allen Dingen der Ausbau zentraler und dezentraler Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der Fernwärmenetze zu berücksichtigen.

Die Kraft-Wärme-Koppelung führt zu einer mehr als doppelt so hohen Ausnutzung der eingesetzten Primärenergie im Vergleich zum Nur-Strom-Kraftwerk. Neben der besseren Auslastung wird die Umwelt weniger belastet: weniger Luftverschmutzung entsteht, wenn der Hausbrand zugunsten von Fernwärme abgebaut wird, weniger Abwärmebelastung für Luft und Wasser entsteht, wenn die Wärme zur Raumheizung genutzt wird. Die Nutzung von Strom zur Raumheizung ist eine der größten Verschwendungen und Fehlentwicklungen im Energiebereich.

Bestrebungen, fossile Energieträger bei der Raumheizung durch Strom zu verdrängen, sind zugunsten des Ausbaus der Fernwärme zu verhindern.

Allerdings sind Fernwärmesysteme nicht im notwendigen Ausmaß vorhanden. Verglichen mit der jährlichen Investitionssumme von 14 Mrd. DM durch die Energieversorgungsunternehmen nimmt sich die jährliche Investition von 1 Mrd. DM in den Fernwärmeausbau bescheiden aus. Die Landesregierung ist mit einer Maßnahme, die die Elektroversorgungsunternehmen zur Nutzung der Abwärme veranlassen sollte, die Einführung einer Abwärmeabgabe, 1983 im Bundesrat gescheitert.

Die Kommunen müssen sich mehr Mitspracherechte im Energiebereich sichern. Dies kann geschehen durch die Vertragsgestaltung mit den Elektroversorgungsunternehmen und durch verstärktes eigenes Engagement im Kraftwerkbau, vor allem im Kraft-Wärme-Bereich. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, in diesen Bereich zu investieren.

Wesentliche Voraussetzung für eine Neuorientierung der Energiepolitik ist der Ersatz des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) durch ein Gesetz zur Förderung der rationellen Energienutzung. Begleitende Maßnahmen sind konkrete Umweltschutzaufgaben, konsequente Verfolgung des Verursacherprinzips bei der Beseitigung von Umweltschäden und beispielhafte rationelle Verwendung von Energie im öffentlichen Betrieb.

Großanlagen, die sich in der Regel weit entfernt vom Abnahmeort befinden, eignen sich für die Nutzung von Abwärme weniger als dezentrale Kraftwerke. Dezentrale Anlagen können darüber hinaus besser auf den jeweiligen örtlichen Bedarf zugeschnitten werden.

Eine Änderung der Angebotsstruktur kann zu Tarifen führen, die das Energiesparen ökonomisch sinnvoll machen.

## 2.5. Arbeitsplätze

Bei der Frage um die ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft kann es nicht um die Scheinalternative „Industriegesellschaft ja oder nein“ gehen. Ein „Ausstieg“ aus der Industriegesellschaft würde den Menschen ihre soziale Sicherheit und ihre Arbeitsplätze nehmen.

Eine Strategie zur rationellen Nutzung von Energie kann positive Auswirkungen auf die herrschende Arbeitslosigkeit haben. Nach Angaben von Experten (Fraunhofer-Institut in Karlsruhe) können durch die Verdrängung von Importenergien durch inländisch erzeugte Güter, Substitution kapitalintensiver Produktion durch arbeitsintensive Produktion für Güter der rationellen Energienutzung jährlich 3 000–6 000 zusätzliche Arbeitsplätze je eingesparter Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten pro Jahr geschaffen werden. Gleichzeitig würden die Exportchancen bei Branchen, die Güter- oder Dienstleistungen mit höherer Energieproduktivität anbieten können, gesteigert.

Durch Energiesparen wird Geld frei, das in andere Bereiche, die der Arbeitsplatzsicherheit dienen, gelenkt werden kann. Vorrangig sind hier zu nennen:

- verstärkte Forschung und Förderung von Einspartechnologie,
- Forschung und Ausbau von Technologien, die die Umweltbelastung vermindern. Eine technologische Vorreiterrolle in diesem Bereich würde darüber hinaus die Wettbewerbschancen der Wirtschaft wesentlich erhöhen.
- Forschung im Bereich der Sicherheit und der Entsorgungsprobleme von kerntechnischen Anlagen.

Eine zukunftsichere Energiepolitik kann dazu beitragen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen,

- wenn sie Starthilfen für modellhafte, technische Lösungen, die wirtschaftlich tragfähig sind, gewährt,
- wenn sie für den Abbau von Hemmnissen für dezentrale Anlagen und energiesparende Investitionen durch eine Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen sorgt
- wenn sie dazu beiträgt, die Innovationsschwellen bei Vorhaben, deren energie- und umweltpolitischer Nutzen eine Förderung rechtfertigt, zu überwinden.

## 2.6 Dezentralisierung

Das Erzeugermonopol auf dem Stromsektor, das im Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahr 1935 begründet ist, hat zur Entwicklung von zentralen Großeinheiten zur Energieversorgung geführt. In einem solchen Energieversorgungssystem werden Überkapazitäten gefördert und Verbrauchssteigerungen induziert, weil die Überkapazitäten mit Preisnachlässen verkauft werden.

Der Satz „je größer das Kraftwerk, desto billiger der Strom“ ist nur dann richtig, wenn lediglich die elektrische Energie, nicht aber die Wärmeenergie in die Rechnung einbezogen wird. Bei Berücksichtigung aller direkten und indirekten Kosten und des Nutzungsgrades der eingesetzten Primärenergie wird deutlich, daß kleinere dezentrale

trale Einheiten den heute vorwiegend vorzufindenden Großeinheiten auch ökonomisch nicht unterlegen sind, wenn sie gleichzeitig zur Wärmeversorgung eingesetzt werden können.

Großkraftwerke haben gegenüber anderen dezentralen Einheiten folgende Nachteile:

- Je größer ein Kraftwerk ist, desto größer muß die Kapazitätsreserve sein, die einen solchen Erzeugerblock – wenn er einmal ausfällt – ersetzen soll.
- Im Gegensatz zu Kleinkraftwerken – die im Ballungsgebiet selbst errichtet werden können –, werden Großanlagen nach außerhalb, in weniger besiedelte Natur verlegt. Mit ihren Schutzzonen und Transportwegen beeinträchtigen sie erheblich die Landschaft.
- Vom Verbrauchsort weit entfernte Großanlagen haben größere Leitungsverluste und sind für Kraft-Wärme-Koppelung weniger geeignet als dezentrale Anlagen.
- Bau und Planung von Großkraftwerken sind zeitlich sehr aufwendig, damit ist keine flexible Reaktion auf Änderung der Verbrauchsgewohnheiten möglich.

Durch die Tarifgestaltung der Energieversorgungsunternehmen können industrieeigene Kraftwerke unrentabel werden. Dies hindert gleichzeitig den Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen in Form von Blockheizkraftwerken, die dort errichtet werden sollten, wo der Wärmebedarf auftritt, also bei der Industrie, beim Gewerbe, in öffentlichen Gebäuden. Um die Entwicklung in diese Richtung zu treiben, sind die Anschlußmöglichkeiten an die bestehenden Energienetze wegen deren Pufferfunktion zu verbessern.

Die Abnahmepreise und die Preise für gegebenenfalls zu liefernden Reservestrom müssen so gestaltet sein, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Vorteile auswirken können.

Eine Neustrukturierung des Energieversorgungsbezirks hin zu dezentralen Kraftwerken ist notwendig.

Um umweltschonenden und sparsamen Einsatz von Energie in bestehenden und geplanten Siedlungsstrukturen zu erreichen bzw. zu gewährleisten, sollen örtliche Energieversorgungskonzepte erarbeitet werden. Ein örtliches Energieversorgungskonzept umfaßt die Analyse des Energieverbrauchs (Ziel ist zunächst: welcher Bedarf besteht?, wo läßt sich Energietechnik modernisieren?), des Energiesparangebots (Ziel: wird in Modernisierung oder in Einsparung investiert?, welche Chancen bestehen auf Dezentralisierung?) und der Umweltbelastung (Ziel: welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Umweltbelastungen zu mindern?).

Eine auf diesem Konzept basierende dezentrale kommunale Energieversorgung schafft Möglichkeiten für flexible Reaktionen auf die Nachfrageschwankungen im Energiebereich und vor allem für den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung.

## 2.7 Alternativen: Additive und regenerative Energiequellen

Neben nicht-erneuerbaren Energiequellen wie Kohle, Öl oder Erdgas bestehen Alternativen in der Nutzung von

- Wasserkraft,

- Windkraft,
- Bio-, Klär- oder Deponiegas,
- direkter Sonneneinstrahlung,
- indirekter Sonnenwärme.

Die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse in anderen Bereichen, wie z. B. bei der Kernfusion, lassen eine ökonomische Nutzung der dort gewinnbaren Energie für die nähere Zukunft nicht erwarten.

Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft können alternative Energiequellen Industriegebiete oder große Siedlungsbereiche nicht versorgen. Wasser- und Windkraft, Energie aus Bio-, Klär- und Windkraft, Energie aus Bio-, Klär- und Deponiegas können allerdings besonders in ländlichen Räumen im Verbund mit der herkömmlichen Energieversorgung (Anschlußmöglichkeiten an bestehende Energienetze) in Zukunft erheblich mehr als bisher zur gesamten Energieversorgung beitragen. Für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen stellt sich also nicht die Frage des totalen Umschwenkens von den gebräuchlichen Energieversorgungssystemen auf alternative Energiequellen, durchaus aber die Frage nach deren besserer Nutzung.

Ein wesentlicher Nachteil der alternativen Energietechnik ist die zu geringe Energiedichte, d. h., um nutzbare Energie zu erhalten, muß sehr viel investiert werden, sowohl an Produkten als auch an Produktionsverfahren. Zum Vergleich: um 1 Megawatt Generatorleistung aus Öl, Kohle, Gas oder Kernkraft zu gewinnen, werden 4–15 Tonnen Stahl und Beton benötigt; für die gleiche Leistung benötigt ein Windkraftwerk 35–85 Tonnen Stahl, Beton und Kunststoffe; eine solarthermische Energieanlage würde für 1 Megawatt Generatorleistung 130–220 Tonnen Stahl, Beton, Kunststoff, Glas und Aluminium benötigen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die Produkte, die zum Herstellen der Anlage notwendig sind, selbst wieder Energie in nicht zu vernachlässigendem Ausmaß benötigen. Alternative Energieproduktionsformen brauchen viel „Beiwerk“, um Energie „einzufangen“, die umzuwandeln ist in nutzbare Energie.

Zum Vergleich der Rentabilität von alternativen Energiequellen zu den bisherigen, fossilen Energieträgern ist die Betrachtung des kumulierten Energieverbrauchs notwendig. In diese integrierte Bilanz fließen alle für die Produktion der Anlage selbst eingesetzten Energiemengen ein.

Die ökologische Dimension der Energieproduktion durch alternative Energieträger darf nicht übersehen werden. Für die Herstellung sogenannter alternativer Energieanlagen selbst ist Energie in relativ großer Menge notwendig. Das gleiche gilt für die benötigten Rohstoffe. Der Flächenverbrauch z. B. bei Wind- oder Sonnenenergieanlagen ist erheblich. Anlagen, die aus Wasserkraft nutzbare Energie gewinnen, können das Landschaftsbild (z. B. durch den Bau von Talsperren) erheblich beeinträchtigen. Leitungsprobleme und die damit verbundenen Umweltbelastungen entstehen dort, wo Energie nicht in der Nähe des Abnahmeortes produziert werden kann. Zum Beispiel sind für Windenergieanlagen Küsten- und Höhenlagen, für Sonnenenergieanlagen Wüstengebiete ideale Standorte. Das heißt, daß die Produktionsstätten in der Regel nicht in der Nähe von Siedlungsgebieten liegen.

Alternativ-Energiequellen können nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft und Forschung nicht für die Grundlastversorgung mit Energie eingesetzt werden.

Alternativen werden jedoch in der Zukunft benötigt. Fossile Energieträger gehen unweigerlich einmal ihrem – nicht nur wirtschaftlich vertretbaren – Ende zu. Alternativen sind also notwendig, sie müssen schnellstmöglich entwickelt, erschlossen, auf breiter Basis eingeführt werden. Die Auswahl, welcher Energieträger dabei genutzt wird, muß sich nach den regionalen Gegebenheiten richten. Nur wenn eine breite Palette von Alternativen entwickelt und jeweils am optimalen Standort eingesetzt ist, können alternative Energiequellen ihren Beitrag zur Energieversorgung leisten. Der Beginn kann darin liegen, daß regional unterschiedliche Energiezuwächse in der Zukunft nicht aus fossilen Energieträgern (wegen der Umweltbelastung), sondern aus alternativen Energiequellen befriedigt werden.

Die Entwicklung und Förderung alternativer Energietechniken ist darüber hinaus auch notwendig, um den weltweit zu erwartenden Bedarf an Energie (wegen der Entwicklung der Industrie in den Ländern der „Dritten Welt“) zu erfüllen.

Um im Bereich der alternativen Energiequellen wesentliche Fortschritte zu erreichen, muß erheblich mehr Geld als bisher in die Forschung und Entwicklung fließen. Die Bereitschaft zum finanziellen Engagement, die bei der Entwicklung der Atomenergie vorzufinden war, muß für die Entwicklung von Alternativen noch gesteigert werden. Dies wird gelingen, wenn in die Betrachtung des Nutzens von alternativer Energieproduktion nicht lediglich betriebswirtschaftliche, sondern vor allem auch gesellschaftspolitische und ökologische Überlegungen einfließen.

## 2.7 Kernenergie

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich von Beginn der Nutzung der Kernenergie an auf diesem Gebiet engagiert. Wegen der in unserem Land reichlich vorhandenen fossilen Energieträger wurde allerdings der konkreten Forschung und Entwicklung in diesem Bereich ein breiter Raum gegeben zu Lasten der Energieproduktion durch Kernenergieanlagen. Besonderer Wert ist dabei auf die Nutzung und Nutzbarkeit von Kernenergieanlagen im Verbund mit der heimischen Kohle gelegt worden, wie Forschungen im Bereich der Kohleveredelung zeigen.

Die Chancen, die in der Kernenergienutzung liegen, müssen allerdings gegen die Risiken in ökonomischer, sozialer und umweltpolitischer Hinsicht abgewogen werden. Diese Risiken sind in den letzten Jahren immer deutlicher geworden.

Aus ökonomischer Sicht sind hier insbesondere die vermeintlichen Kostenvorteile der Kernenergie und die Schaffung von Überkapazitäten im Strombereich durch Kernkraftwerke zu bedenken. Bei der Berücksichtigung aller derzeit absehbaren Kosten ist die Verstromung von Kohle selbst in der Grundlast noch kostengünstiger als die Stromerzeugung aus Kernenergie. Die Ursache für die Überkapazitäten bei der Stromerzeugung liegen zum Großteil bei der Kernenergie, denn mit den für Kerntechnologien notwendigen großen und kapitalintensiven Anlagen kann nur mit größeren Verzögerungen auf Nachfrageänderungen reagiert werden. Die Kosten für die Entsorgung und die Beseitigung stillgelegter Kernkraftwerke sind überhaupt noch nicht zu beziffern.

Mögliche Störfälle in Kernkraftanlagen bieten neben ökonomischen vor allem auch bislang unabwägbar Risiken für die Menschen und die Natur. Es ist nicht auszuschließen, daß bereits der Betrieb der Anlagen Risiken birgt.

Es hat sich gezeigt, daß die Forschungslinie der schnellen Brutreaktoren sich kostenmäßig nicht beherrschen läßt und sich energiepolitisch heute nicht mehr vertreten läßt. Betrachtet man die Kosten-Nutzen-Analyse und die Versorgungslage mit Uran, so ist die Verfolgung dieser Forschungslinie auch ökonomisch nicht mehr sinnvoll, von den gesellschaftlichen und umweltpolitischen Problemen einmal ganz abgesehen. Das Land beteiligt sich deshalb nicht am „Schnellen Brüter“ in Kalkar, der auf Initiative und in Verantwortung des Bundes errichtet wird.

Angesichts der Risiken der Kernenergie und angesichts der großen Kohlevorkommen in unserem Land ist derzeit kein Bedarf für neue Kernkraftwerke zur Stromerzeugung festzustellen. Die Erforschung der Möglichkeiten, die in der Nutzung und den Auswirkungen der Kernenergie stecken, sollte allerdings behutsam weiterbetrieben werden, wobei die Sicherheit der Bürger und der Schutz der Umwelt Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben müssen. Der Entsorgungsforschung muß ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Der Nutzen weiterer kerntechnischer Forschung liegt in der Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft in diesem Bereich.

## Maßnahmen

1. Um die heimische Kohle umweltverträglich weiter nutzen zu können, ist zu fordern:

- die Rolle der Kohle im Grundlastbereich bei der Stromversorgung muß gesichert sein,
- Kohlenutzung muß sich im Wärmebereich stärker durchsetzen,
- Vergasung und Verflüssigung von Kohle müssen intensiv erforscht werden,
- bei Abbauplanungen müssen die Auswirkungen für die Umwelt, besonders für Grundwasser und Landschaft, auch für Bergschäden und Bergehalden, einbezogen werden,
- ökologische Anforderungsprofile müssen bei Abbauplanungen und Realisierungen berücksichtigt werden,
- die Bergschadensregulierung muß bürgerfreundlicher ausgestattet werden.

2. Die Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Kohletechnologien muß weiter gefördert werden, wobei neben der Versorgungssicherheit, der rationellen Energienutzung und der Preiswürdigkeit die Umweltverträglichkeit ein gleichrangiges Ziel sein muß.

3. Bei der Rekultivierung und Wiedernutzung ausgebeuteter Braunkohlefelder muß die Erhaltung des Natur-, Freizeit- und Erholungswertes im Vordergrund stehen. Bei der Behandlung von Bergehalden aus dem Steinkohlenabbau ist anzustreben, das Bergematerial in zunehmender Menge für die Verfüllung stillgelegter Abbaubiete zu verwenden.

4. Die Neustrukturierung der Energieversorgungssysteme ist durch Maßnahmen zu unterstützen, die eine rationelle Energieverwendung fördern und dezentrale Energieerzeugung ermöglichen. Dazu muß das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 ein „Gesetz zur Förderung der rationellen Energienutzung“ werden. Das Gesetz muß folgenden Inhalt abdecken:

- Gleichrangige Ziele zur Förderung der rationellen Energienutzung müßten die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftlichkeit und die Umweltverträglichkeit sein.
- Der Geltungsbereich des neuen Gesetzes muß zukünftig Elektrizität, Gas und Fernwärme umfassen.
- Die bisherige bloße Anzeigenpflicht der Energieversorgungsunternehmen beim Bau oder bei der Erweiterung von Anlagen ist durch eine förmliche Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörden zu ersetzen. Bei der Genehmigung ist die Prüfung des Standortes, der Anlagenart, der Brennstoffart und der Abwärmenutzung unter Berücksichtigung von Alternativen auf Umweltverträglichkeit durchzuführen. Bei der Abwägung müssen zukünftig der mögliche Beitrag der geplanten Energieversorgung zum Schutz von Boden, Luft, Gewässer, Natur und Landschaft, zum rationellen Primärenergieeinsatz, zur rationellen Energiebedarfsdeckung und zur sicheren Energieversorgung ausschlaggebend sein.
- Das industrielle Wärme-Kraft-Koppelungspotential muß aktiviert und die kommunale Energieerzeugung mit Hilfe dezentraler Einleiter gefördert werden. Hierbei ist die Entlastung der Umwelt durch Wärme-Kraft-Koppelung durch einen Bonus zu honorieren. Dieser Bonus ist durch steuerliche Belastung von nicht genutzter Abwärme zu finanzieren. Darüber hinaus ist in einer Gemeinwohlklausel die Errichtung von Großkraftwerken zu untersagen, die nur Strom produzieren und nicht die Abwärme zur Fernwärmeversorgung nutzen.
- Es darf keine personelle Verquickung zwischen Energieunternehmen und Aufsichtsbehörden geben. Die Energiewirtschaft ist durch Behörden zu kontrollieren, die nicht an Weisungen der Wirtschaftsministerien des Bundes oder der Länder gebunden sind. Gegebenenfalls sind eigene Behörden nach dem Vorbild des Bundeskartellamtes zu schaffen.
- Die Forschung und Nutzung nicht-fossiler Primärenergieträger ist langfristig zu fördern.
- Verbundnetz und Energieerzeugung sind wirtschaftlich und organisatorisch zu trennen.

5. Die Kommunen müssen örtliche Energieversorgungskonzepte aufstellen. Bei kommunalen Planungen muß die Infrastruktur für Energie berücksichtigt werden. Kommunen mit eigenen Kraftwerken müssen in die Lage versetzt werden, ihre Verträge mit den Energieversorgungsunternehmen zu ändern. Kommunen ohne eigene Kraftwerke sollen angehalten werden, Kraftwerke nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Koppelung zu errichten. Öffentliche Gebäude sind so zu planen, zu bauen oder umzubauen, daß die Fernwärme sinnvoll eingesetzt werden kann. Bei der Neuerschließung von Siedlungsgebieten ist von vornherein für Fernwärme zu sorgen.

6. Mittel zur Forschungsförderung müssen umgestellt werden. Im Vordergrund dabei muß die Entwicklung von Technologien stehen, die zu rationeller Energieerzeugung und Verwendung führen. Die Forschung im Bereich regenerativer Energiequellen ist verstärkt zu fördern. Es sind Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, daß Investitionen künftig verstärkt in den Bereichen Substitution (d. h. weg von der Großtechnologie hin zu alternativen Energiequellen und dezentralen Einheiten), Einsparen von Energie und rationelle Nutzung von Energie (Wärmedämmung) eingesetzt werden.

7. Die jetzige Preisgestaltung bei Strom begünstigt Großverbraucher durch den degressiven Verlauf des Tarifs. Preispolitisch kann das Ziel der Energieeinsparung besser durch eine Tarifänderung erreicht werden, die in Richtung auf einen linearen bzw. progressiven Tarif verläuft. Zumindest sollte aber bei eventuellen Preisanhebungen in diesem Bereich nicht der Bereitstellungspreis (Grundpreis), sondern lediglich der Preis pro genutzter Stromeinheit (Abnahmepreis) erhöht werden. Bei der Preisgestaltung dürften allerdings auch Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht übersehen werden.

8. Im Bereich der Kernenergie sind derzeit weitere Anlagen zur Stromerzeugung weder politisch sinnvoll noch ökonomisch vertretbar. Kernenergiepolitik darf nicht isoliert von der Kohlevorrangpolitik betrieben werden.

Vorrang in der Kernenergiepolitik müssen Projekte haben, die sich mit der Sicherheit der Anlagen, den Problemen der Entsorgung und der Beseitigung stillgelegter Kernenergieanlagen beschäftigen.

Mittel zur Forschungsförderung sind mehr als bisher auch in dem Bereich der Erforschung der Möglichkeiten alternativer Energiequellen einzusetzen, um der Gefahr einer „technologischen Lücke“ bei alternativen Energienutzungsmethoden zu begegnen.

9. Eine Energieverbrauchsminimierung im Kraftverkehr muß durch die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung erreicht werden. Eindeutige Prioritäten müssen in den örtlichen Haushalten für die Entwicklung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs gelten. Dies betrifft insbesondere den raschen Ausbau des S-Bahn-Netzes.

10. Investitionsförderung im Energiebereich muß sich auf die Bereiche

- Energiesparen im Wohnungsbestand,
- Energiesparen in öffentlichen Einrichtungen,
- Auf- und Ausbau von dezentralen Energienutzungsanlagen,
- Entwicklung von Pilot- und Demonstrationsanlagen zur Energieeinsparung und rationellen Energienutzung,
- Erstellung von Energiekonzepten, Energieberatung und Bürgerbeteiligung

erstrecken.

Folgende Einzelmaßnahmen kommen in Betracht:

- Maßnahmen zum Anschluß von Heizungsanlagen an Nah- und Fernwärmeversorgung aus Kraft-Wärme-Koppelung, aus Wärmepumpen oder aus Abwärmenutzung
- Maßnahmen zur Nutzung von erneuerbaren Energieträgern zur Raumheizung und Warmwasserbereitung,
- Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen,
- Maßnahmen zur Umrüstung von elektrischer auf nichtelektrische Beheizung.
- Erwerb oder Ausbau von Netzen zur Verteilung von elektrischer Energie und von Wärme durch Gemeinden und Kreise,

- Entwicklung und Bau von Anlagen der dezentralen Gasproduktion (Biogas, Klärgas, Deponiegas) und der entsprechenden Transport- und Verteilungssysteme,
- Bau von Anlagen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung sowie Anlagen der Abwärmenutzung (Energieumwandlungsanlagen, Wärmenetz, Übergabestationen, Hausanschlüsse, Fernwärme-Technik, elektrische Steuertechnik, Wärmespeicher, Gas-Wärmepumpen).
- Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken, Kohleheizkraftwerken, Anlagen zur energetischen Verwertung von Biomasse etc., wobei Umweltauflagen und Energieleistungsgrenzen beachtet werden müssen,
- Aufstellen von Energieversorgungs Konzepten und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, die der Energieberatung mit dem Ziel Energieeinsparung dienen.

**Antrag Nr.:** A/18  
**Antragsteller:** Unterbezirk Warendorf  
**Betreff:** Thorium-Hochtemperaturreaktor

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein ergänzendes Gutachten zur Vorbereitung des Sonderkatastrophenschutzplanes für den Thorium-Hochtemperaturreaktor in Auftrag zu geben.

Dem Landesparteitag erscheint es unzureichend, wenn die Kernforschungsanlage Jülich, die den Reaktor maßgeblich mitentwickelt hat, gleichzeitig als Gutachter in Sicherheitsfragen für das Land und die betroffenen Gebietskörperschaften auftritt.

**Antrag Nr.:** A/21  
**Antragsteller:** Unterbezirk Münster  
**Betreff:** Standort für den Bau eines weiteren Hochtemperaturreaktors in NRW

Die Bereitstellung eines Standortes für den Bau eines weiteren Hochtemperaturreaktors in Nordrhein-Westfalen ist nur dann energie- und technologiepolitisch vertretbar, wenn dieser Hochtemperaturreaktor im Unterschied zum THTR 300, der in Schmehausen errichtet wird, tatsächlich zur Kohleveredelung durch Prozeßwärmeerzeugung verwandt wird. Es besteht kein Bedarf für eine weitere Reaktorlinie, die nur Strom erzeugen kann.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Inbetriebnahme des Hochtemperaturreaktors THTR 300 in Hamm-Schmehausen nur dann zu genehmigen, wenn ein umfassendes Entsorgungskonzept für diesen Reaktor vorgelegt wird.

**Antrag Nr.:** C/6  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Datenschutzgesetz

Der Landes- und Bundesparteitag werden aufgefordert, folgende Datenschutzgesetze umgehend zu erwirken:

1. Schutz der personenbezogenen Daten als Verankerung im Grundgesetz (z. B. Übernahme des Art. 4 Abs. 2 der Landesverfassung NRW – dazu eindeutige Festlegung, wann „Interesse der Allgemeinheit“ vorliegt, das den Eingriff in dieses Recht zuläßt);

2. Stärkung der Kontrollrechte der Datenschutzbeauftragten und Offenlegung aller vorhandenen (auch geheimen) Datenbanken;

3. Strafbarkeit des Datenmißbrauchs von Privatpersonen, Organisationen und Behörden;

4. Schadensersatzregelungen bei Datenmißbrauch und Fehlern in der Datenverarbeitung (die Beweisführung muß bei den Datenbanken, nicht bei den betroffenen Personen liegen);

5. Pflicht zur unentgeltlichen Information an jeden Bürger über seine gespeicherten Daten;

6. Keine Weitergabe von Daten, auch nicht im Zuge der „Amtshilfe“;

7. Verhinderung des maschinenlesbaren Personalausweises.

Die SPD muß feststellen und ist der Überzeugung, daß gegenwärtig versucht wird, den Bürger zu entmündigen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch indirekt ausgeübten Zwang einzuschränken. Sie tritt nach ihren Grundsätzen für die Stärkung der Bürgerrechte gegenüber dem Staat ein und nicht für deren unerschwelligen Abbau.

#### Begründung:

Staatliche (INPOL, PIOS, NADIS), halbstaatliche (Renten- und Sozialversicherungen), Finanz- und Sozialämter (ZEVIS) und private (Firmen, SCHUFA, Krankenkassen) Dateien haben über jeden Bürger spezifische Daten gesammelt. Zusammenfassung und Zentralisierung durch Datenaustausch (ein Zweck der Volkszählung) würden die totale Überwachung durch lückenlose Aufdeckung (Krankheiten, Aufenthalte, Mitgliedschaften, Konsumverhalten) ermöglichen und damit das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2-12 GG) verletzen. Der Bürger sieht sich einem anonymen System gegenüber, das sämtliche Handlungen kontrollieren und für seine Zwecke ausnutzen kann. Ein beabsichtigter Schritt dazu wird die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises und die gleichzeitige Pflicht zum Mitführen sein.

Um derzeitigen und künftigen Mißbrauch zu verhindern, muß jedem Bürger das Recht gegeben sein, sich über seine gespeicherten Daten zu informieren, sie zu korrigieren und Schadensersatz aus ihrer unrechtmäßigen Verwendung zu verlangen.

**Antrag Nr.:** C/9  
**Antragsteller:** Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
**Betreff:** Änderung des Wahlrechts zur Wahl des Landtages

Das Wahlrecht zur Wahl des Landtages in Nordrhein-Westfalen soll dahingehend geändert werden, daß die Hälfte der Abgeordneten direkt, die andere Hälfte über Parteilisten gewählt wird.

#### Begründung:

Das bisherige Wahlrecht, nach dem nur ein Viertel der Mitglieder des Landtages über Listen gewählt wird, entspricht nicht mehr der kommunalen Gliederung des Landes Nordrhein-Westfalen.

**Antrag Nr.:** C/13  
**Antragsteller:** Unterbezirk Münster  
**Betreff:** Verwirklichung der programmatischen Grundlagen

Der Ausbau der absoluten Mehrheit verpflichtet die Partei, den Weg, den sie in ihren „programmatischen Grundlagen“ angekündigt hat, planvoll und konsequent bis zur Verwirklichung der solidarischen Gesellschaft zu gehen. Der Landesparteitag begrüßt, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Schwerpunkt der Regierungserklärung ist und eine offensive Ausnutzung der Handlungsspielräume des Landes angekündigt wird.

In Ergänzung hält es der Landesparteitag für notwendig, neben den in der Regierungserklärung genannten noch folgende Maßnahmen durchzuführen, um den tiefgreifenden Hoffnungen unserer Wähler und unserem eigenen Anspruch, die solidarische Gesellschaft zu entwickeln, gerecht zu werden:

#### **Arbeit und Umwelt**

1. Uneingeschränkter und nachdrücklicher Einsatz für Arbeitszeitverkürzungen, vor allem für die 35-Stunden-Woche
2. Vorbildmaßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst
3. Durchführung einer landesrechtlichen Lösung bei einem Scheitern der Bundesratsinitiative zur Umlagefinanzierung für die berufliche Bildung
4. Einsatz im Bundesrat für Investitionsprogramme des Bundes im Umweltbereich, die durch Abgaben der Beserverdienenden finanziert werden
5. Entwicklung von Modellen zur Wertschöpfungssteuer
6. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Beachtung der Tatsache, daß das Land oft der einzige Arbeitgeber für Akademiker ist
7. Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei der Altlastsanierung
8. Verbesserung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten in die Energieversorgungsunternehmen durch Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes
9. Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb kürzestmöglicher Zeit
10. Durchführung der Vorstellungen des Verkehrsministers zum Autobahnstopp und Ausbau und attraktiver Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Erhöhung der öffentlichen Fördermittel.

#### **Verbesserung der Situation der Frauen**

1. Verbesserung der Versorgung mit Tageseinrichtungen zur Betreuung von Kindern, insbesondere unter drei Jahren
2. Fortentwicklung des Frauenförderprogramms nach den Vorstellungen der ASF
3. Politische Durchsetzung der Gleichstellungsbeauftragten gemäß der Neufassung der Gemeindeordnung von 1984

4. Initiative der Landesregierung im Bundesrat zur Durchsetzung eines Elternurlaubs und des gesetzlichen Rechts, nach Beendigung des Urlaubs zu den jeweils günstigsten familiären Bedingungen in den Arbeitsprozeß wiedereingegliedert zu werden.

#### **Wohnen und Leben**

1. Beibehaltung der gegenwärtigen Mietpreishöchstsätze im sozialen Wohnungsbau sowie Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau
2. Bundesratsinitiative zur Durchsetzung des Planungsmehrwertausgleichs
3. Konsequente Realisierung des LEP III (Landesentwicklungsplan „Umweltschutz durch Sicherung von Freiräumen“) – das gilt auch für Flächenrecycling zum Zwecke anderer Flächennutzung
4. Einrichtung eines „Feuerwehffonds“ zur Förderung von Eigeninitiativen auf dem Gebiet des Flächenrecyclings.

#### **Demokratischer Staat – Staat der Freiheit**

1. Erhebung der Verfassungsklage gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts
2. Offizielle Aufkündigung des „Radikalenerlasses“ statt bloßer Aussetzung der Regelanfrage – Erledigung der „Altfälle“ durch Einstellung der Betroffenen
3. Orientierung der Bildungspolitik an den Primärtugenden der Zivilcourage und Konfliktfähigkeit
4. Ausgestaltung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes mit Förderungsanspruch
5. Ausbau des Bildungsurlaubsgesetzes zum Zwecke der Entwicklung von mehr Mitbestimmung.

#### **Entwicklung und Frieden**

1. Konzentration der wenigen Landesmittel für die Entwicklungshilfe vor allem auf Nicaragua als dem Modell einer eigenständigen Demokratie in der Dritten Welt und dabei Nutzung der Möglichkeiten im Bildungsbereich
2. Ablehnung der im Entwurf vorliegenden Fassung des Zivilschutzgesetzes und durch eine Initiative im Bundesrat insbesondere dafür zu sorgen, daß Schutzraumbaupflicht und Zivilschutzdienstpflicht nicht aufgenommen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen setzen große Hoffnungen auf die SPD-Landesregierung. Es ist die Herausforderung und Verpflichtung von Landesregierung, Landtagsfraktion und Partei, diese Hoffnungen nicht zu enttäuschen und ihre Fähigkeiten, die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart zukunftsweisend zu lösen, unter Beweis zu stellen.

**Antrag Nr.:** D/17  
**Antragsteller:** Unterbezirk Kleve  
**Betreff:** Abfallvermeidung

Appelle an die Verbraucher, Abfälle möglichst zu vermeiden, sind sicherlich sinnvoll und notwendig. Jedoch müssen die Voraussetzungen für Abfallvermeidung entscheidend verbessert werden.

Da die Industrie offenbar nicht – oder jedenfalls in völlig unzureichendem Maße – dazu bereit ist, aufwendige Verpackungen zu vermeiden bzw. Mehrwegverpackungen anzubieten, ist es nun an der Zeit, daß der Staat entsprechende Maßnahmen ergreift.

Angesichts immer stärker zutage tretender Umweltschäden kann nicht länger geduldet werden, daß die Erzeuger zu Reklamezwecken einem ungehemmten Verpackungskult frönen, den Verbraucher zwingen, alles überflüssige Verpackungsbeiwerk (im wahrsten Sinne des Wortes) in Kauf zu nehmen, andererseits aber nicht an der Beseitigung der so entstehenden Abfälle beteiligt werden.

Über folgende Vorschläge (und weitere, noch zu entwickelnde) muß daher ernsthaft nachgedacht werden:

- Getränke in Einwegflaschen sollen mit einer „Einwegsteuer“ belegt werden, deren Höhe dazu geeignet ist, die Erzeuger von der Nützlichkeit der Mehrwegflasche zu überzeugen.
- Dasselbe gilt für alle Flüssigkeiten (Weichspüler, Öle aller Art, Putzmittel), für die die Einführung von Mehrwegflaschen sinnvoll und möglich erscheint.
- Ebenso sollen stabile Mehrwegpackungen für alle feinkörnigen Substanzen (Waschmittel, Zucker) eingeführt werden. Das Nachfüllen dieser Behälter kann unter Umständen direkt im Einzelhandel aus Großbehältern erfolgen, so daß ein „Pfandverfahren“ überflüssig wird.
- Die Herstellung von Dosengetränken soll einer Normung unterliegen, so daß die Dosen im Haushalt platzsparend untergebracht werden können. Die Hersteller sollen verpflichtet werden, sich auf Normen nach dem Prinzip „gleichartiges Produkt – gleichartige Behälter“ zu einigen. Hierfür ist eine angemessene Frist einzuräumen.
- „Minipackungen“ (z. B. Portionspackungen für Marmelade und Kondensmilch) sollen von einer (noch einzurichtenden) amtlichen Stelle auf unnötigen Aufwand untersucht werden. Je nach Ausfall dieser Prüfung soll das Produkt gegebenenfalls mit einer zusätzlichen Verpackungssteuer belegt werden, die von der Höhe her geeignet ist, den Hersteller zur Herabsetzung des Verpackungsaufwands zu veranlassen.

Grundprinzip einer entsprechenden „Verpackungsgesetzgebung“ soll nicht die Unterstützung „einsichtiger“, sondern die spürbare Hemmung „uneinsichtiger“ Produzenten sein. Es handelt sich dabei nicht um staatliche Eingriffe in die „freie Marktwirtschaft“, sondern um konsequentes Handeln im Sinne „sozialer Marktwirtschaft“. Die in den Vorschlägen erwähnten Steuern sollten zweckgebunden erhoben werden und der Forderung und Praxis bei der Entwicklung von Abfallwirtschaft (statt Abfallbeseitigung) zugute kommen.

Zusatzbemerkung: Abgesehen von der zu erzielenden Gesamtmüllverminderung liegt ein weiterer Vorteil von Mehrwegpackungen auf der Hand: Bei vielen umweltschädigenden Stoffen (Waschmittel, Mineralöl) verbleibt stets ein Rest in der Packung und wandert mit ihr unkontrolliert in den Müll. Geeignete Mehrwegbehälter für solche Stoffe können dagegen unter Umständen ohne vorherige Reinigung aufgefüllt werden.

<b>Antrag Nr.:</b>	E/1
<b>Antragsteller:</b>	Unterbezirk Dortmund
<b>Betreff:</b>	Bildungspolitik

Zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist nach wie vor die Verbesserung der Chancengleichheit.

Das erfordert eine Überwindung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems durch den Ausbau der integrierten Gesamtschule:

Mit der gesetzlichen Gleichstellung der Gesamtschule im geänderten Schulverwaltungsgesetz von 1981 wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

Nun gilt es vor allem,

1. auch die faktische Gleichstellung zu vollziehen und Hemmnisse und Benachteiligungen zu beseitigen, die den weiteren Ausbau dieser Schulform behindern und ihre Stellung im viergliedrigen Schulsystem erschweren. Vorrangiges Ziel der schulpolitischen Bemühungen von Landtagsfraktion und Landesregierung müssen in der nächsten Zeit deshalb sein:

- Die Neufassung der Bestimmungen zur Errichtung und Fortführung von Schulen.

- Die Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen an den Gesamtschulen durch Verkleinerung der Klassen und dadurch bedingte bessere Personalausstattung.

2. Einen weiteren Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode stellt die Lösung der Strukturprobleme dar, die sich in der Entwicklung des viergliedrigen Schulwesens im Zusammenhang mit dem Rückgang der Schülerzahlen ergeben und erhebliche Benachteiligungen auslösen (können).

Um in allen Regionen des Landes ein wohnortnahes und differenziertes Bildungs- und Abschlußangebot sicherzustellen, sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die bisher getrennten Schulformen der Sekundarstufe I in der Gesamtschule zusammengeführt werden können. Dies ist insbesondere dann zwingend vorzusehen, wenn eine der drei traditionellen Schulformen wegen zu geringer Schülerzahlen nicht mehr in der Lage ist, ein notwendiges Differenzierungs- und Abschlußangebot sicherzustellen, wenn damit die Leistungsfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems in Frage gestellt ist und Benachteiligungen für Schülergruppen entstehen. Das umfassende Bildungs- und Abschlußangebot kann in solchen Fällen nur über eine integrierte Gesamtschule aufrechterhalten werden.

#### Begründung:

**Zu 1.:** Trotz der gesetzlichen Gleichstellung der Gesamtschule gibt es erhebliche Hemmnisse, die auch bei großem Eltern-Zuspruch den weiteren Ausbau dieser Schulform und ihre Stellung im viergliedrigen Schulsystem erschweren. Dies sind vor allem:

- Die bisherigen Bestimmungen für die Errichtung und Fortführung von Schulen, die den Bestand traditioneller Schulen gegenüber der Errichtung neuer Gesamtschulen deutlich begünstigen, wenn sie zum Beispiel einerseits die Fortführung von Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen mit kaum noch vertretbaren Jahrgangsstärken von 35 bzw. 18 Schülern ermöglichen, andererseits aber die Errichtung einer Gesamtschule vom Zuspruch einer wesentlich größeren Zahl von Schülern pro Jahrgang abhängig machen;

- Klassengrößen an den Gesamtschulen, die deutlich über den in den traditionellen Schulen inzwischen erreichten Werten liegen und damit sowohl die pädagogischen Rahmenbedingungen als auch die Attraktivität

der Gesamtschule in Elternschaft und Lehrerschaft beinträchtigen.

Diese Hemmnisse und Benachteiligungen der Gesamtschule sind umgehend abzubauen.

**Zu 2.:** Zusammen mit dem drastischen Rückgang der Schülerzahlen führt die Aufsplitterung der Sekundarstufe I auf vier Schulformen zu erheblichen Problemen der Qualität und der Nähe des schulischen Angebots. Diese Probleme werden zunehmend deutlich in den Städten und Gemeinden, in denen sich die Schüler schon heute annähernd gleichmäßig auf die vier Schulformen verteilen. Mit dem fortschreitenden Ausbau des viergliedrigen Schulsystems werden sie auch landesweit immer stärker auftreten:

- Kleiner werdende traditionelle Schulen, die aufgrund der großzügigen gesetzlichen Bestimmungen fortgeführt werden, können kaum noch ein Mindestmaß an Differenzierung leisten und bieten deshalb geringere Chancen und Abschlußmöglichkeiten.
- Ein wohnortnahes schulisches Angebot mit vier Schulformen selbst in Großstädten ist nicht möglich. Ein neues, von Schulstandorten abhängiges „Bildungsgefälle“ entsteht.
- Fördermöglichkeiten für bestimmte Schülergruppen (z. B. Ausländer) werden erheblich eingeschränkt, wenn diese Schülergruppen entweder ebenfalls auf die vier Schulformen verteilt sind (und damit z. B. in keiner der Schulformen eine Lerngruppe zur muttersprachlichen Förderung mehr zustandekommt) oder wenn sie völlig auf eine Schulform konzentriert sind (z. B. Hauptschule), die dann bei anderen Schülergruppen keinen Zuspruch mehr findet.

Am deutlichsten ist zur Zeit bereits die Hauptschule von diesen Problemen betroffen, weil sie beim Konkurrenzkampf um kleiner werdende Schülerjahrgänge die schlechteste Ausgangsposition hat. Die bisherige Entwicklung der Hauptschule zeigt, daß sie im Vergleich zu anderen Schulformen beständig an Attraktivität verloren hat (Anteil an den Siebtklässlern in NRW: 1955 73,2 %, 1970 53,9 %, 1982 42,3 %; Anteil an den Fünftklässlern in NRW 1984 37 %). Ihre Probleme sind offensichtlich nicht isoliert zu lösen, zumal alle bisherigen Versuche zur Stärkung der Hauptschule keine Umkehrung dieser Trends bewirken konnten. Auch ein Aufgehen der Hauptschule in der Gesamtschule als isolierter Schritt bietet (abgesehen von seiner verfassungsrechtlichen Problematik) keine befriedigende Lösung, da die genannten strukturellen Probleme damit nicht beseitigt würden.

Neben den bekannten gesellschafts-, bildungspolitischen und pädagogischen Gründen, die für die Gesamtschule sprechen, gibt es somit auch aus den bisherigen Erfahrungen mit dem viergliedrigen Schulsystem erhebliche Gründe und Notwendigkeiten, die für die Einführung der Gesamtschule als einzige Regelschule sprechen.

**Antrag Nr.:** E/2  
**Antragsteller:** Ortsverein Wiedenbrück  
**Betreff:** Änderung der flexiblen Schulferien im Sommer

Es wird beantragt, die bisherige flexible und rotierende Sommerferien-Regelung zwischen den Bundesländern, aus der sich Berlin teilweise und Bayern sogar vollständ-

dig „ausgeklinkt“ haben, zumindest für das Land Nordrhein-Westfalen so zu ändern, daß die Sommerferien im Zeitraum vom 1. Juli bis 15. September eines jeden Jahres beginnen und enden.

Ein so früher Ferienbeginn wie in 1985 soll in Zukunft nicht mehr vorkommen. Der Beginn der Schulsommerferien sollte keinesfalls vor dem 1. Juli liegen. Es sollte weiterhin sichergestellt sein, daß bei einem frühen Ferienbeginn am 1. Juli die Feriendauer sieben Wochen beträgt, also noch gut drei Wochen im August liegt.

#### **Begründung:**

Abgesehen von Gründen, die vom Wetter bedingt sind, das nach langjährigen meteorologischen Betrachtungen erst im August im Norden und Westen der Bundesrepublik beständig gut wird, und daß viele Bürger entgegen den Meldungen der Touristik-Industrie aus wirtschaftlichen Gründen den großen Teil der Ferien zuhause oder in der näheren Umgebung verbringen müssen und somit durch zu früh liegende Ferientermine benachteiligt sind, entstehen vor allem in schulischer und pädagogischer Hinsicht erhebliche Nachteile bei einem derart extrem frühen Ferienbeginn wie z. B. in diesem Jahr. Nach der bisherigen Regelung beginnen die Schulferien in NRW in jedem 4. und 5. Jahr schon Mitte Juni. Daraus resultiert, daß manche Schuljahre genau 12 Monate dauern, andere wiederum gut ein Dreivierteljahr, wodurch eine äußerst unterschiedliche und ungleichmäßige Verteilung des Lernstoffs vorprogrammiert wird.

Dies trifft in erheblichem Maße auch für eine in ihrem bisherigen Leben besonders benachteiligte Schülergruppe zu, nämlich diejenigen, die an Volkshochschulen in Abendkursen Schulabschlüsse nachholen wollen oder müssen, die sie während ihrer früheren Schülerzeit – aus welchen Gründen auch immer – nicht erreichen konnten. Bei einem Ferienbeginn Mitte Juni ist aus pädagogischen Gründen kaum noch zu gewährleisten, daß die Abschlußprüfung unmittelbar an das Unterrichtsende anschließt, was aber erforderlich ist, um gravierende Nachteile für die Prüflinge auszuschließen.

Dieses Problem stellt sich an anderen Schulformen ebenso dar, wobei auch ein Schulwechsel zwischen den Bundesländern – z. B. durch arbeitsmarktbezogene Gründe bei der Person des Hauptverdieners bedingt – erheblich problematischer wird, durch eine zu große Differenz im bewältigten Lernstoff und dem zeitlichen Abstand der Ferien zwischen den betroffenen Bundesländern. Im Extremfall kann ein Schüler bei einem Wechsel zwischen den Bundesländern gar keinen Tag Sommerferien mehr genießen. Verkehrsstauungen entstehen während der Reisezeit auch bei der bisherigen „entzerrten“ Regelung.

**Antrag Nr.:** E/10  
**Antragsteller:** Unterbezirk Dortmund  
**Betreff:** Verbesserung der Bedingungen an Sonderschulen für Lernbehinderte

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen,

- daß die Schüler-Lehrer-Relation an den Sonderschulen für Lernbehinderte auf 8:1 gesenkt wird,
- daß der Klassenfrequenzrichtwert auf 11 Schüler je Klasse, der Klassenfrequenzhöchstwert auf 14 Schüler verringert wird,

- daß der Unterrichtsausfall durch eine Erhöhung der Stellenreserve aufgefangen wird.

**Begründung:**

Die Schülerschaft in den Schulen für Lernbehinderte hat sich gerade in den letzten Jahren grundsätzlich gewandelt; dadurch hat sich die pädagogische Situation verschärft. Ein ständig wachsender Anteil der Schüler zeigt Verhaltensauffälligkeiten, Sprach- und Wahrnehmungsstörungen, motorische Defizite und andere körperliche Beeinträchtigungen. Dabei ist zu beachten, daß die verschiedenen Behinderungen nicht rein additiv nebeneinander bestehen, sondern durch ihre wechselseitige Beeinflussung kumulieren und damit eine andere - komplexere - Art von Behinderung schaffen.

Nur eine verstärkte schulische Förderung kann verhindern, daß die Schüler immer stärker in Randgruppenpositionen geraten; die sehr geringen beruflichen Eingliederungschancen lassen diese Tendenz schon jetzt erschreckend erkennen.

**Antrag Nr.:**           Initiativ-Antrag 1  
**Betreff:**             Kommunaler Finanzausgleich

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 19. Juli 1985 entschieden, daß die sogenannte Aufstockung II in den Gemeindefinanzierungsgesetzen 1983 und 1984 verfassungswidrig und somit nichtig ist.

Die Landesregierung hat hieraus Konsequenzen gezogen und mit Beschluß vom 3. September 1985 den „Entwurf eines Nachtragsgesetzes zu den Gemeindefinanzierungsgesetzen 1983, 1984 und 1985 („Reparaturgesetz“) verabschiedet und am 8. September 1985 in den Landtag eingebracht. Zugleich ist angekündigt worden, die Mittel im kommunalen Finanzausgleich 1986 durch Absenkung des Verbundsatzes von 25,5 auf 23,0 v.H. um rd. 955 Mio. DM zu kürzen.

Seit der „Bonner Wende“ sind die Städte und Gemeinden (Gemeindeverbände) durch eine reaktionäre Bundespolitik des Sozialabbaus sowie durch die aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Folgekosten erheblichen, zum Teil gravierenden Zusatzbelastungen ausgesetzt. Einnahmeeinbußen aus unsozialen oder überflüssigen Steuerrechtsänderungen kommen hinzu, die allein für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1986 mit 1,116 Mrd. DM zu beziffern sind.

Durch das Zusammenwirken all dieser Maßnahmen wurden viele Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände - insbesondere im Ruhrgebiet - vor unlösbare finanzielle Probleme gestellt. Zweifellos ist es nicht Landesaufgabe und kann es angesichts der Haushaltslage des Landes auch nicht sein, finanzielle Einbußen der Kommunen aus Aktivitäten des Bundesgesetzgebers auszugleichen. Ebenso wenig kann aber eine untragbare Verschärfung der örtlichen Probleme durch landespolitische Maßnahmen in Frage kommen.

Deshalb werden die Landesregierung und die Landtagsfraktion aufgefordert, im Rahmen der Beschlußfassung über das „GFG-Reparaturgesetz“, das „Gemeindefinanzierungsgesetz 1986“ und die Anschlussgesetze der Folgejahre die folgenden Grundsätze bzw. Regelungen zu prüfen und über das Ergebnis der Landespartei detailliert zu berichten:

1. Es bleibt weiterhin finanzpolitisches Ziel, den strukturschwächeren Städten und Gemeinden in besonderer Weise finanziell zu helfen. Dies gilt vor allem für eine verfassungskonforme Anschlußregelung für die Aufstockung II bei den Schlüsselzuweisungen.

2. Mit dem vorgelegten Entwurf eines „Nachtragsgesetzes zu den Gemeindefinanzierungsgesetzen 1983, 1984 und 1985“ - dem sogenannten Reparaturgesetz - hat die Landesregierung im Grundsatz einen gemeindefreundlichen Lösungsweg beschritten. Ergänzungsbedürftig ist allerdings die Regelung für das Jahr 1985: Die beiden letzten Raten aus der Aufstockung II sollten schon aus Gründen des Vertrauensschutzes und der erfolgten kommunalpolitischen Verplanung dieser Mittel voll zur Auszahlung gelangen (insgesamt 72,9 Mio DM); die Kompensationsregelung für nicht begünstigte Städte und Gemeinden wäre entsprechend aus Landesmitteln zu ergänzen.

3. Der Verbundsatz im GFG 1986 muß mindestens 24,0 v. H. betragen; eine mittelfristige Wiederanhebung auf den Satz des Jahres 1981 ist anzustreben.

4. In jedem Fall muß das Aufteilungsverhältnis von allgemeinen Zuweisungen und Zweckzuweisungen im GFG 1986 auf ein Verhältnis von 85 zu 15 verbessert werden. Dabei darf die Verschiebung nicht zu Lasten der Investitionspauschale erfolgen; diese ist vielmehr auf dem Niveau 1985 (520 Mio DM) zu belassen.

5. Darüber hinaus sind dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1986 die folgenden Strukturverbesserungen zugrundezulegen:

a) An der sogenannten Aufstockung I als Verteilungsinstrument für die Schlüsselzuweisungen ist prinzipiell festzuhalten. Sie sollte aber so modifiziert werden, daß der Unterschiedsbetrag zwischen 90 v. H. der Bedarfsmeßzahl und der Steuermeßzahl als Schlüsselzuweisung gewährt wird.

b) Die aus der Sozialhilfe und der Dauerarbeitslosigkeit resultierenden besonderen Belastungen der Städte und Gemeinden sind im Finanzausgleich verstärkt zu berücksichtigen. Dazu sind die örtlichen Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten in die Bedarfsberechnung zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen einzubeziehen.

c) Die fiktiven Hebesätze zur Ermittlung der örtlichen Steuerkraft sind anzuheben und hinsichtlich ihrer Staffellung deutlich anzunähern mit dem Ziel einer späteren Vereinheitlichung.

d) Bei der Verteilung der die Selbstverwaltung stärkenden Investitionspauschale ist zu den Verteilungsgrundsätzen früherer Jahre (50 v. H. nach der Einwohnerzahl, 50 v. H. nach der Arbeitslosigkeit) zurückzukehren.

6. Falls es zu grundlegenden Reformüberlegungen zum kommunalen Finanzausgleich ab 1987 kommen sollte, wären Vertreter der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände angemessen und rechtzeitig zu beteiligen.

# 12. Wahlen

## Wahlergebnisse

Bei allen Wahlgängen waren 314 Delegierte stimmberechtigt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

### Wahl des Landesvorsitzenden:

Vorschlag Johannes Rau  
abgegebene Stimmen: 310, davon gültig: 310 =  
304 JA-Stimmen,  
4 NEIN-Stimmen,  
2 Enthaltungen

### Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Vorschlag Christoph Zöpel  
abgegebene Stimmen: 310, davon gültig: 310 =  
261 JA-Stimmen,  
35 NEIN-Stimmen,  
14 Enthaltungen

Vorschlag Antje Huber  
abgegebene Stimmen: 309, davon gültig: 309 =  
266 JA-Stimmen,  
28 NEIN-Stimmen,  
15 Enthaltungen

### Wahl der Beisitzer/innen

abgegebene Stimmen: 308, davon gültig: 303  
Gewählt:

Franz-Josef Antwerpes	160 Stimmen
Friedhelm-Julius Beucher	136 Stimmen
Friedhelm Farthmann	271 Stimmen
Reinhard Grätz	188 Stimmen
Wolfgang Hahn-Cremer	139 Stimmen
Helmut Hellwig	171 Stimmen
Waltraud Hessedenz	192 Stimmen
Werner Kuhlmann	218 Stimmen
Rainer Maedge	182 Stimmen
Diether Posser	266 Stimmen
Ilse Ridder	246 Stimmen
Helga Schmedt	214 Stimmen
Hans Schwier	203 Stimmen
Gerd Wendzinski	164 Stimmen
Fritz Ziegler	176 Stimmen

Nicht gewählt:  
Horst Niggemeier 119 Stimmen

### Wahl der Kontrollkommission

Vorschläge  
abgegebene Stimmen: 283, davon gültig: 281

Ferdi Franke	279 Stimmen
Jörg Grahl	277 Stimmen
Wilfried Mittelberg	280 Stimmen
Herbert Nilges	276 Stimmen
Rainer Verhoeven	279 Stimmen

### Wahl eines Mitglieds für den Parteirat

Vorschlag Christoph Zöpel  
abgegebene Stimmen: 284, davon gültig: 284 =  
243 JA-Stimmen,  
30 NEIN-Stimmen,  
11 Enthaltungen

# 13. Schlußwort von Johannes Rau

Liebe Freunde!

Wenn ich jetzt ein längeres Schlußwort hielte, dann würde dies ja das, was Hermann Heinemann in Dortmund hatte – eine Art Jubilarehrung. Das will ich nicht versuchen. Hier stehen schon die Freunde aus Witten, die uns schon bei manchem Parteitag erfreut haben. Sie haben schon eine ganze Stunde darauf gewartet, daß sie hier den Schlußtakt anspielen dürfen. Deshalb beschränke ich mich auf drei, nach meiner Meinung allerdings notwendige, Bemerkungen:

1. Ich möchte allen denen danken, die bei diesem Parteitag nicht am Rednerpult, sondern im Hintergrund eine Rolle gespielt haben, unseren Schreibkräften, unseren Sekretären und allen anderen Helfern.
2. Ich möchte ein Wort des Dankes sagen an Horst Niggemeier, der dem Landesvorstand jetzt nicht mehr angehört. Das ist ein kantiger Mann, und der hat es uns manchmal nicht leicht gemacht, aber die Partei braucht auch kantige Leute. Ich hoffe, daß er das heutige Ergebnis nicht als Entmutigung versteht, sondern daß er weiter mitmacht. Und er soll wissen, daß wir uns über seine klar profilierten Beiträge, z. B. in seinem Bereich in der IGBE und in der Redaktion der Zeitung „Einheit“ freuen, und daß wir seine Arbeit als Unterbezirksvorsitzender mit guten Wünschen begleiten, auch wenn er nicht mehr im Landesvorstand ist.
3. Ich danke dem Präsidium dieses Parteitages. Und ich danke der Antragskommission unter Reinhard Grätz. Das war eine ganze Menge Arbeit, die da heute und in den letzten Wochen geleistet wurde.

Ich will jetzt keinen mehr mit politischen Bemerkungen „strafen“. Ich kenne ja schon die Überschrift in der Rheinischen Post am Montag: SPD stürzt Kalkar. Und da gibt es dann sicherlich noch ein paar andere Überschriften.

Die Hauptsache ist aber, was wir von diesem Parteitag draußen weitergeben, und es ist klar, was wir weitergeben sollten: die Siegeszuversicht, das Selbstbewußtsein und die Einsatzbereitschaft der Sozialdemokraten.

Heute hat Bernhard Worms darauf verzichtet, Landesvorsitzender der CDU im Rheinland zu werden. Ich will Euch hier sagen – die Presse ist zwar nicht mehr da – aber ich sage es Euch trotzdem: Ich habe mich über den Mann oft geärgert, aber ich finde es nicht gut, wie mit ihm umgegangen worden ist.

Da kommen jetzt neue Leute, auf die werden wir uns auch einstellen, mit denen werden wir kämpfen. Da werden wir auch siegen, aber wir werden nie politische Gegner zu persönlichen Feinden erklären. Das muß uns unterscheiden von den anderen.

Und jetzt sage ich: Kommt gut nach Hause Ihr Treuen, die Ihr hiergeblieben seid. Ostwestfalen und Wuppertal ist im Saal gut vertreten. Jetzt kommen die Zurufe. Kommt gut nach Hause und habt Dank für Eure Geduld und für Eure Mitarbeit. Wir wollen alles tun, damit es mit der Sache der SPD weiter vorwärtsgeht und weiter aufwärtsgeht.

## Zum Schluß sangen alle: „Brüder zur Sonne . . .“

„Brüder zur Sonne zur Freiheit. . .“, mit dem Lied der Sozialdemokraten klang der 8. ordentliche Landesparteitag in der Oberhausener Stadthalle aus. Der SPD-Spielmannszug aus Witten spielte die Melodie, die jeder Sozialdemokrat kennt. Alle sangen mit.



---

**Impressum**

**Herausgeber:** SPD-Landesverband NRW,  
Eilsabethstraße 3, 4000 Düsseldorf 1

**Verantwortlich:** Bodo Hombach